

Electrolux plant weitere Schließungen

vL. STOCKHOLM, 15. Februar. Der schwedische Electrolux-Konzern wird seine Sparstrategie fortsetzen und in den kommenden vier Jahren bis zur Hälfte seiner 27 Fabriken in Hochlohnländern schließen, umgliedern oder in Niedriglohnländer verlagern, wo er bereits 16 Produktionsstätten hat. Im Geschäftsjahr 2004 beschloß der größte Haushaltswarenkonzern der Welt, zu dem die Warenmarke AEG zählt, vier Fabriken für Weiße Ware (Kühlschränke, Herde, Mikrowellen und Waschmaschinen) zu schließen oder zu verlagern und zwei Fabriken für Staubsauger. Bis 2008 erwartet Electrolux AB, Stockholm, aus der Umstrukturierung Kosten von etwa einer Milliarde Euro. Der Reingewinn des Konzerns für 2004 fiel auf 346 (525) Millionen Euro bei einem Jahresumsatz von 13,3 (13,6) Milliarden Euro. Der Betriebsgewinn sank im vierten Quartal durch die Schließung einer Herdfabrik im französischen Reims um 34 Prozent und die Gewinnmarge auf 4 (5,8) Prozent. Da Analysten aber einen deutlich niedrigeren Gewinn erwartet hatten, stieg der Aktienkurs von Electrolux am Dienstag um 12 Prozent. Andere Analysten warnen, die Kosten der Umstrukturierung seien nur deshalb niedriger als erwartet, weil sie teils auf das kommende Quartal verschoben worden seien. Vorstandsvorsitzender Hans Stråberg sprach von einem starken vierten Quartal bei Weißer Ware in Nordamerika und Europa, auch dank neuer Produkte und der Markenkonzentration, während der Absatz in Asien sank.

Electrolux verlagert AEG-Produktion

vL. STOCKHOLM, 16. Februar. Der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates der Konsumgütermarke AEG, Rainer Kretzschmer, hat gesagt, bei der Belegschaft herrsche Unruhe wegen der Schließungspläne der Muttergesellschaft. Der schwedische Electrolux-Konzern will in den kommenden vier Jahren bis zur Hälfte der 27 Fabriken in Hochlohnländern in Billiglohnländer verlagern. Electrolux, der Weltmarktführer bei Haushaltswaren, hat neben je fünf Fabriken in den Vereinigten Staaten und in Italien sowie je vier in Schweden und in Australien zwei Fertigungsstätten in Deutschland. In Nürnberg hat Electrolux, von der AEG übernommen, 1800 Mitarbeiter, in Rothenburg ob der Tauber 1300 Angestellte. Nicht betroffen von den Überlegungen sind 1100 weitere AEG-Mitarbeiter in Deutschland, etwa im Vertrieb. Zwei deutsche Fabriken hatte AEG bereits vor etwa drei Jahren geschlossen – die Fertigung von Kühlschränken wurde aus Kassel nach Ungarn verlegt, und die Produktion in Burg bei Herborn nach Rothenburg verlagert. Neben laufender Modernisierung hat AEG indes auch den deutschen Standort ausgebaut, so mit der Verlegung seines europäischen Entwicklungszentrums für Mulden (Kochfelder) nach Rothenburg. In Nürnberg vereinbarten die Angestellten eine Beschäftigungssicherung, mit der im Gegenzug zur 30-Stunden-Woche mit Lohneinbußen 300 Stellen gerettet und betriebsbedingte Kündigungen für 14 Monate ausgeschlossen wurden.

Ringen um Zukunft von AEG in Franken

him. MÜNCHEN, 10. Juni. Beim Hausgerätehersteller AEG hat am Freitag das Ringen um eine Rettung des Werkes in Nürnberg mit 1750 Mitarbeitern begonnen. In einer zweistündigen Sitzung informierte das Management den Wirtschaftsausschuß, dem auch Arbeitnehmervertreter angehören, über die schwierige Marktlage in Europa und besonders in Deutschland. Ein Ergebnis habe es wie erwartet noch nicht gegeben, berichtete ein Sprecher von AEG. Das nächste Gespräch im Wirtschaftsausschuß finde voraussichtlich am 20. Juni statt. Am Donnerstag hatten rund 1200 Mitarbeiter des Werkes in Mittelfranken mit Warnstreiks und einer Kundgebung gegen die drohende Schließung protestiert. Wie berichtet, hat der Aufsichtsrat des schwedischen Mutterkonzerns Electrolux den Vorstand beauftragt, eine mögliche Schließung des Standortes Nürnberg zu prüfen (F.A.Z. vom 8. Juni). Electrolux ist vor Whirlpool und Bosch Siemens der größte Hausgerätehersteller der Welt, AEG eine der Marken der Schweden. Der Sprecher von AEG betonte am Freitag, daß das Ergebnis der Verhandlungen ebenso wie ein Termin für einen Abschluß der Gespräche offen seien. Es würden alle Optionen besprochen, die Schließung sei eine davon. Das Werk mit 1750 Arbeitsplätzen, in dem vor allem Waschmaschinen sowie Geschirrspüler und Wäschetrockner hergestellt werden, sei nicht ausgelastet und unter den aktuellen Bedingungen mit einem scharfen Preisdruck auf dem deutschen Markt nicht wettbewerbsfähig. Die Gewerkschaft IG Metall hat berichtet, einen Gutachter beauftragt zu haben, um ein Konzept für Kostensenkungen von AEG in Nürnberg zu erstellen.

AEG-Krise erschüttert den Standort Nürnberg

Die drohende Werksschließung ist ein weiterer Tiefschlag für die ehemalige Wiege der deutschen Industrie

theu. MÜNCHEN, 8. Juni. Am Tag danach schwankte die Stimmung in Nürnberg zwischen Bangen und Hoffen. „Der alte Industriestandort Nürnberg blutet weiter aus“, kommentierte am Mittwoch düster das Regionalblatt „Nürnberger Zeitung“. Andere wollen das von der Schließung bedrohte Nürnberger AEG-Hausgerätekwerk noch nicht aufgeben. „Solange auch nur ein Prozent Chance da ist, müssen wir heftig arbeiten“, versuchte Roland Fleck, Wirtschaftsdezernent der Stadt Nürnberg, gegen die Resignation anzukämpfen. Die Gewerkschaft IG Metall hat unterdessen für Donnerstag zu Protesten aufgerufen.

Bei AEG in Nürnberg stehen 1750 Arbeitsplätze auf der Kippe (F.A.Z. vom 8. Mai). Verhandlungen zwischen Unternehmensleitung und Arbeitnehmern über die Zukunft des Werkes sollen am Freitag beginnen. Betriebsratschef Harald Dix spricht von „Erpressung“. Der schwedische AEG-Eigentümer Electrolux wolle die Löhne drücken und Einschnitte in den Tarifvertrag durchsetzen. Weil ein neues Werk in Polen erst im Bau sei, erwartet Dix eine mögliche Schließung in Nürnberg frühestens für 2007. Das Unternehmen ist bisher einer der zehn größten Arbeitgeber in der Region (siehe Grafik). In die Rettungsbemühungen haben sich mittlerweile auch der bayerische Wirtschaftsminister Otto Wiesheu (CSU) und Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) eingeschaltet. „Clement hat uns seine persönliche Unterstützung zugesagt“, macht sich Fleck Mut.

Für Mittelfranken ist der drohende Stellenkahl Schlag bei AEG ein weiterer wirtschaftlicher Tiefschlag. Schon seit gut 20

Jahren steckt die Region in einem schwierigen Strukturwandel. Im 19. Jahrhundert rollte zwischen Nürnberg und Fürth die erste deutsche Eisenbahn, der Landstrich war eine der Wiegen der Industrialisierung. „Wir haben heute noch immer einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Industrieunternehmen in der Region“, sagt Dieter Riesterer, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Nürnberg. So ist Erlangen für den Elektrokonzern Siemens nach München der weltweit zweitwichtigste Standort. Und im benachbarten Herzogenaurach rauchen die Schlotte von INA/FAG, einem der beiden größten Wälzlagerhersteller der Welt.

Doch schon seit langem erodiert die industrielle Basis. Einst große Arbeitgeber in

der Region wie der Rundfunkgerätekonzern Grundig oder der Büromaschinenhersteller Triumph-Adler sind mittlerweile bedeutungslos. „Wir hatten hier massive Einschnitte“, sagt Wirtschaftsdezernent Fleck. In den vergangenen 25 Jahren gingen in Mittelfranken fast 30 Prozent der Stellen im produzierenden Gewerbe verloren. Rund 95 000 Stellen fielen seit 1980 weg. Zugleich entstanden allerdings im Dienstleistungssektor auch 135 000 neue Arbeitsplätze. Unternehmen wie der Marktforscher GfK oder der Datenverarbeiter Datev sind heute wichtige Arbeitgeber. Auch im Dienstleistungsgeschäft gibt es freilich Problemfälle. Der Versandhändler Quelle in Fürth, Teil des krisengeschüttelten Karstadt-Quelle-Konzerns, leidet unter chroni-

schen Umsatzrückgängen. Auch hier sind deshalb Arbeitsplätze gefährdet. Unter dem Strich liegt die Arbeitslosenquote in Mittelfranken mit 9,2 Prozent deutlich über dem bayerischen Durchschnitt von 7,6 Prozent. Damit fällt sie freilich immer noch niedriger aus als in Westdeutschland insgesamt. „Unter den deutschen Ballungsräumen schneiden nur Stuttgart, München und Frankfurt besser ab als wir“, sagt Fleck.

Für die Beschäftigten in der Metall- und Elektrobranche in Mittelfranken, die um ihre Arbeitsplätze bangen, bietet die Statistik dennoch nur wenig Trost. „Der Abbau von Industriearbeitsplätzen wird weitergehen“, sagt IHK-Chef Riesterer. Im Nürnberger Trafowerk von Siemens sind nach monatelanger Hängepartie noch immer 850 Stellen bedroht. Selbst bei der hochprofitablen INA kochte vergangenes Jahr ein Konflikt zwischen Geschäftsleitung und Belegschaft um die Arbeitskosten hoch. Und jetzt AEG. „Wer als Metaller seinen Arbeitsplatz verliert, hat hier kaum eine Chance, in seiner Branche eine neue Stelle zu finden“, sagt Gerd Lobodda, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Nürnberg. Nur die wenigsten Unternehmen der Metallbranche suchten derzeit Mitarbeiter.

Gewerkschafter Lobodda zeigt sich für die Zukunft der AEG-Arbeitsplätze pessimistisch. „Die Entscheidungen werden fernab von der Region getroffen“, kritisiert er die schwedische Electrolux. Mit Unternehmen, deren Zentralen vor Ort säßen, seien dagegen viel konstruktivere Gespräche möglich. Als Beispiele nennt er den Nürnberger Rüstungs- und Industriekonzern Diehl oder den Lastwagen- und Druckmaschinenkonzern MAN, dessen Zentrale in München sitzt. „Da haben wir eine ordentliche und kooperative Beziehung.“

Die größten Arbeitgeber in Mittelfranken

Unternehmen	Zahl der Mitarbeiter in Mittelfranken und in Deutschland insgesamt
Siemens	32 880	165 000
Quelle	9000	12 500
INA	8800	28 000
Sparkasse (Mittelfranken)	7420	272 000
Bosch	5100	105 600
Deutsche Post	5000	220 000
Datev	4683	5391
Nürnberger Versicherung	4360	32 665
Deutsche Telekom	4000	173 278
AEG	3741	4314
MAN	3625	23 070

Quelle: IHK Nürnberg

F.A.Z. - Grafik Walter

AEG soll wieder eine Premiummarke werden

Deutsche Electrolux in der Verlustzone / Nürnberg muß zweistelligen Millionenbetrag einsparen

geg. FRANKFURT, 17. Juni. Die Marke AEG soll wieder als Premiummarke bei Haushaltsgeräten etabliert werden. Im Werk Nürnberg ist ein zweistelliger Millionenbetrag einzusparen und die Vertriebsgesellschaften werden verselbstständigt und kostengünstiger organisiert. Mit diesem Maßnahmenbündel will der schwedische Konzern Electrolux seine deutsche Tochtergesellschaft wieder aus der Verlustzone führen, wie nach einer Sitzung des Aufsichtsrates in Frankfurt mitgeteilt wurde.

In Zukunft soll AEG wieder eine Hochpreismarke in der Nähe des Mitbewerbers Miele werden, die Marke Electrolux den Mittelpreisbereich und die Marke Zanussi den Niedrigpreisbereich abdecken. Es sei ein Fehler gewesen, die Haushaltsgeräte-marke AEG auch in das mittlere und untere Preissegment zu erweitern. Dadurch habe man sie einem hohen Preisdruck ausgesetzt. Der immer stärker werdende Preisdruck hat nach den Worten des Europachefs von Electrolux, Johann Bygge, drei Gründe. Es gebe kaum noch lokale Märkte. Global würde die Nachfrage immer ähnlicher. Damit hätten preiswerte Massenanbieter aus Asien weltweit große Wettbewerbsvorteile. Zum zweiten Sorge die Konzentration im Einzelhandel für Preisdruck, und drittens seien die Verbraucher immer weniger bereit, für Ware aus

einem bestimmten Herkunftsland mehr Geld zu bezahlen. Die Folge sei, daß der Marktpreis für die in Deutschland gängigste Waschmaschinenart (1400 Umdrehungen je Minute) innerhalb der letzten fünf Jahre um ein Drittel gesunken sei. Dadurch sei die AEG Hausgeräte GmbH in die Verlustzone gerutscht.

Electrolux hatte Anfang des Monats (F.A.Z. vom 8. Juni) bekanntgegeben, das Werk Nürnberg auf Kostensenkungen hin zu überprüfen und eventuell sogar zu schließen. Es wurde versichert, daß neben Nürnberg auch die anderen vier europäischen Werke für Waschmaschinen überprüft werden.

Abgeschlossen ist die Überprüfung der Kühlsparte von Electrolux. Als Folge seien ein Werk in Spanien geschlossen und je ein Werk in Schweden und Italien etwa auf die Hälfte reduziert worden. Wann im Fall Nürnberg mit Ergebnissen zu rechnen sei, wollte Bygge noch nicht sagen. Im Hinblick auf die zähen Gespräche mit den Arbeitnehmervertretern sagte er nur, daß es Monate dauern könne, bis man konkrete Ergebnisse habe. Die Verhandlungen, die am kommenden Montag fortgesetzt werden, müßten ein Einsparvolumen im zweistelligen Millionenbetrag erbringen, heißt es. In Nürnberg sind 1750 Mitarbeiter in der Produktion beschäftigt.

Durch eine neue Organisation des Vertriebs sollen weitere 15 Millionen Euro eingespart werden. Vor allem kleinere Regionalbüros sollen geschlossen werden. Außerdem werden die Vertriebsbereiche der AEG Hausgeräte GmbH mit ihren zusammen 1500 Mitarbeitern in vier selbständige GmbH-Gesellschaften ausgegliedert. „Diese neuen Firmen sind nicht tarifgebunden und werden sich bestimmt nicht im Tarifgefüge der IG Metall wiederfinden“, zeigt der deutsche Geschäftsführer Martin Wolgshaft Einsparmöglichkeiten auf. Er versicherte aber, daß niemand mit Lohnneinbußen rechnen müsse.

Auch ein Abbau von Arbeitsplätzen sei mit den Ausgliederungen nicht verbunden. Zurückgewiesen wurde ebenso der Verdacht, die Ausgliederung diene der Vorbereitung eines Verkaufs von Unternehmensteilen. Deutschland bleibe auch weiterhin ein wichtiger Markt für den Electrolux-Konzern, betonte Bygge. Allerdings sei es den Verbrauchern auch egal, wo die Produkte hergestellt werden, fügte er hinzu. Nur die mit der Marke verbundene Qualität müsse stimmen. Electrolux sei aber entschlossen, mit den eingeleiteten Maßnahmen in Deutschland wieder zu ertragreichem Wachstum zurückzukehren.

Das F.A.Z.-Gespräch mit Hans Stråberg

„Der AEG-Standort in Nürnberg ist von der Schließung bedroht, Rothenburg aber nicht“

Mit dem Vorstandsvorsitzenden des schwedischen Haushaltsgerätekonzerns Electrolux sprach Robert von Lucius

STOCKHOLM, 1. September. Der AEG-Standort Nürnberg mit 1750 Mitarbeitern ist von der Schließung bedroht. Eine erste Entscheidung dürfte die schwedische Muttergesellschaft Electrolux aber erst in einigen Monaten nach weiteren Untersuchungen und Gesprächen treffen können. Noch sei der Ausgang offen, sagte der Electrolux-Vorstandsvorsitzende und Präsident Hans Stråberg dieser Zeitung in Stockholm. Der Entschluß werde nicht hastig getroffen. Er sei sich „des Schmerzes und der Ohnmacht“ für die Mitarbeiter ebenso bewußt wie der Tragweite einer solchen Entscheidung, auch für das Unternehmen und dessen Vertrauenskapital.

Electrolux werde ebenso bedachtsam vorgehen wie offen in der Informationspolitik und im Verfahren. Im Juni hatte der Aufsichtsrat des schwedischen Konzerns den Vorstand beauftragt, eine mögliche Schließung der Fertigungsstätte für Waschmaschinen, Geschirrspüler und Wäschetrockner zu untersuchen. Dieser ist angesichts des Preisverfalls nicht mehr gewinnbringend. In Deutschland sanken die Preise allein in den letzten beiden Jahren bei Waschmaschinen um 15 Prozent, während Lohn- und Materialkosten, vor allem Stahl, kräftig stiegen. Die Schere zwischen Ertrag und Kosten wachse und sei vermutlich zu groß, als daß alleine eine Kappung der Löhne sie schließen könne.

Stråberg sicherte zu, unabhängig vom Ausgang des Prüfverfahrens um Nürnberg, daß der zweite deutsche Standort Rothenburg mit seiner „gediegenen Produktion“ von Herden gesichert bleibe. Ebenso sicher sei die Marke AEG, die Electrolux erst vor

zwei Jahren von Daimler-Chrysler erwarb, obwohl es die Sparte AEG-Haushaltsgeräte bereits 1994 übernahm. Das war einer von mehreren Schritten in den Achtzigern und Neunzigern, die Electrolux zum größten Weißwarenhersteller der Welt und zum Weltmarktführer bei Kühlschränken, Waschmaschinen, Herden und zahlreichen anderen Geräten für Küche und Garten machte.

Electrolux werde als Hersteller und mit seiner Marke AEG in Deutschland bleiben. Derzeit gebe es in der deutschen Wirtschaftspolitik „viel gutes Denken“, sagte der 48 Jahre alte Ingenieur. Der Ausgang der Bundestagswahlen – Stråberg zeigte sich auch mit aktuellen Details des Wahlkampfes wohlvertraut – habe indes mit den anstehenden Entscheidungen „nichts“ zu tun.

Electrolux sehe sich durch die Globalisierung und wachsende Konkurrenz aus Billiglohnländern gezwungen, knapp die Hälfte seiner 27 Fabriken in Hochlohnländern in Europa, Nordamerika und Australien bis 2008 zu schließen, und tue das ungern und als letzter der großen Haushaltsgerätehersteller, sagt er. Dabei kann Stråberg bei aller Emotion harte Entscheidungen treffen: Unter den ersten geschlossenen Werken war eines in Schweden, das er einst selber geleitet hatte. In Deutschland hatten die kleineren Rivalen Bosch, Siemens und Miele bereits jeweils mehrere hundert Arbeitsplätze gestrichen. Vor Jahresende schließt eine Rasenmäherfabrik in Italien, im kommenden Jahr ein Eisschrankhersteller in Spanien, und eine weitere Kühlschrankfabrik in Italien wird im kommenden Jahr ver-



Hans Stråberg

Foto dpa

kleinert. Eines der neuerbauten Werke – dort wird alle zwei Sekunden ein Kühlschrank gebaut – ist eine der größten Industrieansiedlungen Mexikos. Die Umstrukturierung, so Stråberg, werde „nicht ewig“ dauern, ein Ende sei in Sicht.

Neben der Verlagerung teurer Werke in preisgünstigere Länder wie Polen und Ungarn, die indes marktnah genug sind, um Transportkosten im Griff zu halten, setzt Electrolux auf billigere Zulieferungen. Im April hatte der Konzern von seinen Lieferanten und Dienstleistern gefordert, ihre Preise um 21 Prozent zu senken. Analysten meinten, ein solch beispielloser Preisdruck werde nicht durchsetzbar sein. Stråberg sprach vom Erfolg dieser Vorgabe, wollte aber Zahlen nicht nennen. Wo Lieferanten zu einer angemessenen Anpassung, in einem Schritt oder in Stufen, nicht bereit seien, werde man jetzt nach anderen Zulieferern suchen.

Stråberg hält für möglich, daß der Preisverfall und andere Einflüsse den Druck auf eine Konsolidierung der Haushaltsgeräteindustrie verstärken werden. Falls es zu wei-

teren Fusionen komme, werde Electrolux wie in der Vergangenheit „zu den Jägern, nicht zum Jagdwild“ zählen. Er wollte nicht ausschließen, daß unter Übernahmekandidaten mittelfristig große Namen sein könnten. Zu den Rivalen des Konzerns mit derzeit 72 000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von 11,3 Milliarden Euro zählen

„Electrolux wird zu den Jägern, nicht zum Jagdwild zählen.“

Bosch-Siemens, Whirlpool, General Electric, LG, Samsung und die chinesische Haier, die den Abstand zu Electrolux rasch aufholt.

Neben den Kostenabbau, der derzeit die öffentliche Debatte um Electrolux überschattet, setzt Stråberg auch Umbau und Ausbau: Umbau beim Konzern und Ausbau bei neuen Produkten. Eine große Umstrukturierung wird vor dem nächsten Sommer kommen mit der Abkoppelung und Börsennotierung der Garten- und Freizeitprodukte von Electrolux unter dem Namen

Husqvarna. Die Anteile werden an die Electrolux-Aktionäre ausgeschüttet, und Husqvarna wird einen völlig getrennten Vorstand erhalten. In die neue Gruppe wird etwa die Hälfte des derzeitigen Marktwertes von Electrolux von etwa fünf Milliarden Euro überführt, derzeit der gewinnträchtigere Teil der Gruppe. Bei Rasenmähern und Kettensägen ist Husqvarna vor allem in den Vereinigten Staaten Marktführer; zudem stellt es Traktoren und Diamantenwerkzeuge her. Die Gewinnmargen der Husqvarna-Produkte liegen mit zwischen 10 und 18 Prozent weit über jenen der traditionellen Electrolux-Produkte, auf die sich der Konzern wieder besinnen will.

Die nach einem Ort in Südschweden benannte Marke ist eine der ältesten Markennamen der Welt: Die Produktion wurde 1689 begonnen. Husqvarna habe einen Jahresumsatz von 40 Millionen Euro gehabt, berichtete Stråberg, als Electrolux es übernahm, jetzt liege er bei drei Milliarden Euro. In seiner Unternehmensgeschichte habe Electrolux schon mehrfach Unternehmensteile ausgegliedert, die dann Welt-

marktführer in Nischen wurden. Zwischen Electrolux und Husqvarna seien die Synergien jetzt zu gering, um einen Verbleib im Konzern zu rechtfertigen. Unter dem Namen Husqvarna vereinen sich wie bei Electrolux viele teils international bekannte Markennamen, die Stråberg auf wenige konzentrieren will, bei einigen bekannten Marken wie AEG, Kelvinator, Zanussi und Frigidaire durch Doppelmarken.

Beim Ausbau zeigt Stråberg, sonst ruhigen Gemüts, Leidenschaft und Augenfunken. Seitdem er vor gut drei Jahren den Vorstandsvorsitz übernahm, haben sich die Ausgaben für Produktentwicklung auf 1,7 Prozent des Umsatzes wie auch neuer Produkte auf derzeit 370 jeweils fast verdoppelt. Er zeigt dem Besucher den Raum im Hauptsitz in Stockholm, in dem neue Staubsauger entwickelt werden – neben Ingenieuren und Designern setzt er vor allem auf Marktforscher, die in privaten Haushalten Bedürfnisse der Kunden ergründen. Und er führt Neuentwicklungen vor. Diese probiert er oft selber vor der Markteinführung in seinem Haus und Garten aus: Staubsauger, die ohne Strom und roboterhaft den Raum reinigen oder die gleichzeitig die Luft säubern, oder Rasenmäher, die ebenfalls selbsttätig dank Lichtsensoren den Rasen schonender und gleichmäßiger mähen als Ziegen und ebenso wenig Energie brauchen wie eine Fünfzehn-Watt-Birne.

Mit seinen Neuentwicklungen verbindet Electrolux zwei den Skandinaviern eigene Sinne: klares Design und Umweltverträglichkeit. Auf die Energiesparsamkeit neuer Geräte ist Stråberg stolz. Daher begrüßt er im Grundsatz die Richtlinie der Europäischen Union über die Entsorgung elektrischer Geräte, die Mitte August in Kraft trat und von der viele erwarteten, sie werde eine kaum erträgliche zusätzliche Kostenbelastung für die ohnehin angeschlagene Branche bringen. Nach der neuen Richtlinie müssen Hersteller – darunter Electrolux mit jährlich 55 Millionen Produkten – ihre Geräte, auch alte, entsorgen. Verkäufer müssen Herde oder Waschmaschinen zurücknehmen, die Hersteller aber die Kosten tragen, die sie auf die Verbraucher abzuwälzen hoffen. Stråberg sagt, der Gedanke der Richtlinie sei vernünftig, die vielfach noch ausstehende Umsetzung in den Einzelstaaten, bei denen jeder Verantwortung scheue, aber chaotisch. Ein vergleichbares „völliges Durcheinander“ unter den EU-Mitgliedern habe er bisher nicht erlebt, und daraus müsse man lernen.

Ein Diplomat an der Spitze eines Elektroriesen

Kleine und große Neuerungen, auch Spielereien, die das Leben der Menschen in Küche und Garten einfacher und vergnüglicher machen sollen: Immer wieder weist Hans Stråberg auf dieses Ziel. Als Präsident und Vorstandsvorsitzender des größten Haushaltsgerätekonzerns der Welt liegt ihm an neuen Produkten und an guter Atmosphäre im Betrieb – und am Ergebnis. Seit der 48 Jahre alte Vater von zwei Kindern, der zweimal in den Vereinigten Staaten lebte – erst als Diplomat, dann für Electrolux –, den schwedischen Weltmarkt-

führer Electrolux leitet, krempelt er ihn um. Der überzeugte Europäer – das ist in Schweden ebenso ungewohnt wie sein unabhängiges Denken – trimmte den Konzern mit gesteigerten Forschungsausgaben und neuer Ausrichtung auf Kundenorientierung. Zum anderen sah sich der wißbegierige Ingenieur Stråberg gezwungen zu starken Umstrukturierungen und damit Fabrik-schließungen, um dem Preisverfall, den Kostensteigerungen und dem Angriff der Rivalen in Billiglohnländern zu begegnen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.09.2005, Nr. 204, S. 17 / Seitenüberschrift: Unternehmen
Ressort: Wirtschaft

Das F.A.Z.-Gespräch mit Hans Stråberg

"Der AEG-Standort in Nürnberg ist von der Schließung bedroht, Rothenburg aber nicht"

Mit dem Vorstandsvorsitzenden des schwedischen Haushaltsgerätekonzerns Electrolux sprach Robert von Lucius

STOCKHOLM, 1. September. Der AEG-Standort Nürnberg mit 1750 Mitarbeitern ist von der Schließung bedroht. Eine erste Entscheidung dürfte die schwedische Muttergesellschaft Electrolux aber erst in einigen Monaten nach weiteren Untersuchungen und Gesprächen treffen können. Noch sei der Ausgang offen, sagte der Electrolux-Vorstandsvorsitzende und Präsident Hans Stråberg dieser Zeitung in Stockholm. Der Entschluß werde nicht hastig getroffen. Er sei sich "des Schmerzes und der Ohnmacht" für die Mitarbeiter ebenso bewußt wie der Tragweite einer solchen Entscheidung, auch für das Unternehmen und dessen Vertrauenskapital.

Electrolux werde ebenso bedachtsam vorgehen wie offen in der Informationspolitik und im Verfahren. Im Juni hatte der Aufsichtsrat des schwedischen Konzerns den Vorstand beauftragt, eine mögliche Schließung der Fertigungsstätte für Waschmaschinen, Geschirrspüler und Wäschetrockner zu untersuchen. Dieser ist angesichts des Preisverfalls nicht mehr gewinnbringend. In Deutschland sanken die Preise allein in den letzten beiden Jahren bei Waschmaschinen um 15 Prozent, während Lohn- und Materialkosten, vor allem Stahl, kräftig stiegen. Die Schere zwischen Ertrag und Kosten wachse und sei vermutlich zu groß, als daß alleine eine Kappung der Löhne sie schließen könne.

Stråberg sicherte zu, unabhängig vom Ausgang des Prüfverfahrens um Nürnberg, daß der zweite deutsche Standort Rothenburg mit seiner "gediegenen Produktion" von Herden gesichert bleibe. Ebenso sicher sei die Marke AEG, die Electrolux erst vor zwei Jahren von Daimler-Chrysler erwarb, obwohl es die Sparte AEG-Haushaltsgeräte bereits 1994 übernahm. Das war einer von mehreren Schritten in den Achtzigern und Neunzigern, die Electrolux zum größten Weißwarenhersteller der Welt und zum Weltmarktführer bei Kühlschränken, Waschmaschinen, Herden und zahlreichen anderen Geräten für Küche und Garten machte.

Electrolux werde als Hersteller und mit seiner Marke AEG in Deutschland bleiben. Derzeit gebe es in der deutschen Wirtschaftspolitik "viel gutes Denken", sagte der 48 Jahre alte Ingenieur. Der Ausgang der Bundestagswahlen - Stråberg zeigte sich auch mit aktuellen Details des Wahlkampfes wohlvertraut - habe indes mit den anstehenden Entscheidungen "nichts" zu tun.

Electrolux sehe sich durch die Globalisierung und wachsende Konkurrenz aus Billiglohnländern gezwungen, knapp die Hälfte seiner 27 Fabriken in Hochlohnländern in Europa, Nordamerika und Australien bis 2008 zu schließen, und tue das ungern und als letzter der großen Haushaltsgerätehersteller, sagt er. Dabei kann Stråberg bei aller Emotion harte Entscheidungen treffen: Unter den ersten geschlossenen Werken war eines in Schweden, das er einst selber geleitet hatte. In Deutschland hatten die kleineren Rivalen Bosch, Siemens und Miele bereits jeweils mehrere hundert Arbeitsplätze gestrichen. Vor Jahresende schließt eine Rasenmäherfabrik in Italien, im kommenden Jahr ein Eisschränkerhersteller in Spanien, und eine weitere Kühlschrankfabrik in Italien wird im kommenden Jahr verkleinert. Eines der neuerbauten Werke - dort wird alle zwei Sekunden ein Kühlschrank gebaut - ist eine der größten Industrieansiedlungen Mexikos. Die Umstrukturierung, so Stråberg, werde "nicht ewig" dauern, ein Ende sei in Sicht.

Neben der Verlagerung teurer Werke in preisgünstigere Länder wie Polen und Ungarn, die indes marktnah genug sind, um Transportkosten im Griff zu halten, setzt Electrolux auf billigere Zulieferungen. Im April hatte der Konzern von seinen Lieferanten und Dienstleistern gefordert, ihre Preise um 21 Prozent zu senken. Analysten meinten, ein solch beispielloser Preisdruck werde nicht durchsetzbar sein. Stråberg sprach vom Erfolg dieser Vorgabe, wollte aber Zahlen nicht nennen. Wo Lieferanten zu einer angemessenen Anpassung, in einem Schritt oder in Stufen, nicht bereit seien, werde man jetzt nach anderen Zulieferern suchen.

Stråberg hält für möglich, daß der Preisverfall und andere Einflüsse den Druck auf eine Konsolidierung der Haushaltsgeräteindustrie verstärken werden. Falls es zu weiteren Fusionen komme, werde Electrolux wie in der Vergangenheit "zu den Jägern, nicht zum Jagdwild" zählen. Er wollte nicht ausschließen, daß unter Übernahmekandidaten mittelfristig große Namen sein könnten. Zu den Rivalen des Konzerns mit derzeit 72 000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von 11,3 Milliarden Euro zählen Bosch-Siemens, Whirlpool, General Electric, LG, Samsung und die chinesische Haier, die den Abstand zu Electrolux rasch aufholt.

Das F.A.Z.-Gespräch mit Hans Stråberg. "Der AEG-Standort in Nürnberg ist von der Schließung bedroht, Rothenburg aber nicht"

Neben den Kostenabbau, der derzeit die öffentliche Debatte um Electrolux überschattet, setzt Stråberg auch Umbau und Ausbau: Umbau beim Konzern und Ausbau bei neuen Produkten. Eine große Umstrukturierung wird vor dem nächsten Sommer kommen mit der Abkoppelung und Börsennotierung der Garten- und Freizeitprodukte von Electrolux unter dem Namen Husqvarna. Die Anteile werden an die Electrolux-Aktionäre ausgeschüttet, und Husqvarna wird einen völlig getrennten Vorstand erhalten. In die neue Gruppe wird etwa die Hälfte des derzeitigen Marktwertes von Electrolux von etwa fünf Milliarden Euro überführt, derzeit der gewinnträchtigere Teil der Gruppe. Bei Rasenmähern und Kettensägen ist Husqvarna vor allem in den Vereinigten Staaten Marktführer; zudem stellt es Traktoren und Diamantenwerkzeuge her. Die Gewinnmargen der Husqvarna-Produkte liegen mit zwischen 10 und 18 Prozent weit über jenen der traditionellen Electrolux-Produkte, auf die sich der Konzern wieder besinnen will.

Die nach einem Ort in Südschweden benannte Marke ist eine der ältesten Markennamen der Welt: Die Produktion wurde 1689 begonnen. Husqvarna habe einen Jahresumsatz von 40 Millionen Euro gehabt, berichtete Stråberg, als Electrolux es übernahm, jetzt liege er bei drei Milliarden Euro. In seiner Unternehmensgeschichte habe Electrolux schon mehrfach Unternehmensteile ausgegliedert, die dann Weltmarktführer in Nischen wurden. Zwischen Electrolux und Husqvarna seien die Synergien jetzt zu gering, um einen Verbleib im Konzern zu rechtfertigen. Unter dem Namen Husqvarna vereinen sich wie bei Electrolux viele teils international bekannte Markennamen, die Stråberg auf wenige konzentrieren will, bei einigen bekannten Marken wie AEG, Kelvinator, Zanussi und Frigidaire durch Doppelmarken.

Beim Ausbau zeigt Stråberg, sonst ruhigen Gemüts, Leidenschaft und Augenfunken. Seitdem er vor gut drei Jahren den Vorstandsvorsitz übernahm, haben sich die Ausgaben für Produktentwicklung auf 1,7 Prozent des Umsatzes wie auch neuer Produkte auf derzeit 370 jeweils fast verdoppelt. Er zeigt dem Besucher den Raum im Hauptsitz in Stockholm, in dem neue Staubsauger entwickelt werden - neben Ingenieuren und Designern setzt er vor allem auf Marktforscher, die in privaten Haushalten Bedürfnisse der Kunden ergründen. Und er führt Neuentwicklungen vor. Diese probiert er oft selber vor der Markteinführung in seinem Haus und Garten aus: Staubsauger, die ohne Strom und roboterhaft den Raum reinigen oder die gleichzeitig die Luft säubern, oder Rasenmäher, die ebenfalls selbsttätig dank Lichtsensoren den Rasen schonender und gleichmäßiger mähen als Ziegen und ebenso wenig Energie brauchen wie eine Fünfzehn-Watt-Birne.

Mit seinen Neuentwicklungen verbindet Electrolux zwei den Skandinaviern eigene Sinne: klares Design und Umweltverträglichkeit. Auf die Energiesparsamkeit neuer Geräte ist Stråberg stolz. Daher begrüßt er im Grundsatz die Richtlinie der Europäischen Union über die Entsorgung elektrischer Geräte, die Mitte August in Kraft trat und von der viele erwarteten, sie werde eine kaum erträgliche zusätzliche Kostenbelastung für die ohnehin angeschlagene Branche bringen. Nach der neuen Richtlinie müssen Hersteller - darunter Electrolux mit jährlich 55 Millionen Produkten - ihre Geräte, auch alte, entsorgen. Verkäufer müssen Herde oder Waschmaschinen zurücknehmen, die Hersteller aber die Kosten tragen, die sie auf die Verbraucher abzuwälzen hoffen. Stråberg sagt, der Gedanke der Richtlinie sei vernünftig, die vielfach noch ausstehende Umsetzung in den Einzelstaaten, bei denen jeder Verantwortung scheue, aber chaotisch. Ein vergleichbares "völliges Durcheinander" unter den EU-Mitgliedern habe er bisher nicht erlebt, und daraus müsse man lernen.

Kastentext:

"Electrolux wird zu den Jägern, nicht zum Jagdwild zählen."

Ein Diplomat an der Spitze eines Elektoriesen

Kleine und große Neuerungen, auch Spielereien, die das Leben der Menschen in Küche und Garten einfacher und vergnüglicher machen sollen: Immer wieder weist Hans Stråberg auf dieses Ziel. Als Präsident und Vorstandsvorsitzender des größten Haushaltsgerätekonzerns der Welt liegt ihm an neuen Produkten und an guter Atmosphäre im Betrieb - und am Ergebnis. Seit der 48 Jahre alte Vater von zwei Kindern, der zweimal in den Vereinigten Staaten lebte - erst als Diplomat, dann für Electrolux -, den schwedischen Weltmarktführer Electrolux leitet, krempelt er ihn um. Der überzeugte Europäer - das ist in Schweden ebenso ungewohnt wie sein unabhängiges Denken - trimmte den Konzern mit gesteigerten Forschungsausgaben und neuer Ausrichtung auf Kundenorientierung. Zum anderen sah sich der wißbegierige Ingenieur Stråberg gezwungen zu starken Umstrukturierungen und damit Fabrikschließungen, um dem Preisverfall, den Kostensteigerungen und dem Angriff der Rivalen in Billiglohnländern zu begegnen.

Bildunterschrift: Hans Stråberg.

Foto dpa

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.09.2005, Nr. 204, S. 17



Foto AP

IG Metall droht mit Boykott wegen geplanter AEG-Werksschließung

NÜRNBERG, 5. Oktober (AP/theu.). Die Beschäftigten des Nürnberger AEG-Hausgeräte-Werks haben am Mittwoch aus Protest gegen die drohende Schließung des Betriebs einen Warnstreik über 24 Stunden begonnen. Der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, drohte vor den Werkstoren dem schwedischen Mutterkonzern Electrolux mit einem Käuferboykott, falls das Management seine Schließungspläne umsetzen wolle. Um sechs Uhr morgens legten zunächst rund 400 Mitarbeiter der Frühschicht die Arbeit nieder und blockierten unter einem Pfeifkonzert die Zufahrt zum Werk.

Huber kündigte einen entschiedenen Kampf gegen die Werksschließung an: „Wir werden alle Produkte von Electrolux nicht nur in Deutschland, sondern überall, wo wir Einfluß haben, boykottieren“, sag-

te er dem Bayerischen Rundfunk. Die IG Metall werde den „guten Ruf von Electrolux, Zanussi, Zanker – und wie die Marken alle heißen – in Frage stellen“, drohte Huber. Der Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie (VBM) bezeichnete die Betriebsblockade und den angeordneten Käuferboykott als illegal.

Der bayerische IG-Metall-Chef Werner Neugebauer kündigte an, daß insgesamt rund 2000 Beschäftigte für 24 Stunden in den Ausstand treten. Der Streik sei eine „Notwehr von Menschen, von denen man jetzt schon weiß, daß sie in 18 Monaten Sozialhilfe beziehen würden“, warnte er vor den Konsequenzen der Werksschließung. „Mit dem Streik soll gezeigt werden, daß wir die geplante Schließung des Werks nicht hinnehmen werden wie die Opferlämmer“, fügte Neugebauer hinzu. Unter

allen AEG-Kollegen herrsche eine große Betroffenheit. Neben den 1750 Mitarbeitern in der Produktion der AEG-Hausgeräte GmbH forderte die Gewerkschaft auch Beschäftigte anderer Electrolux-Töchter in der Region zur Teilnahme auf.

Electrolux hatte im Juni angekündigt, das Nürnberger Werk aus Kostengründen schließen und die Produktion nach Polen verlagern zu wollen. Dort entstehen derzeit für rund 77 Millionen Euro zwei Werke zur Fertigung von Waschmaschinen und Geschirrspülern. In Nürnberg werden derzeit etwa 1,2 Millionen Wasch- und Spülmaschinen produziert. Wegen der rapide gefallen Preise für Haushaltsgeräte sei die Produktion in Deutschland aber unrentabel geworden, argumentiert Electrolux. Ein von Arbeitnehmervertretern in Auftrag gegebenes Gutachten ist dagegen

zu dem Ergebnis gekommen, daß das Nürnberger Werk durch Kosteneinsparungen in Höhe von jährlich etwa 15 Millionen Euro gerettet werden könnte. Dazu hatte sich die Belegschaft auch zu harten finanziellen Einschnitten bereit erklärt. Die Kosten für die Standortschließung werden auf 230 Millionen Euro beziffert. Mit einer Entscheidung der Electrolux-Konzernleitung wird am 24. Oktober gerechnet.

Für die Region Mittelfranken wäre die Schließung des Nürnberger AEG-Werks ein weiterer harter Schlag. Schon seit gut 20 Jahren steckt die Region in einem schwierigen Strukturwandel. Schon seit langem erodiert die industrielle Basis. Einst große Arbeitgeber in der Region wie Grundig oder Triumph-Adler sind mittlerweile bedeutungslos.

Siehe Menschen & Wirtschaft, Seite 19

Menschen und Wirtschaft

Verkauft, wirbt, saniert

Von Hans Stråberg hängt die Zukunft des AEG-Werks Nürnberg ab

So verläuft ein Hintergrundgespräch mit dem Leiter eines Weltkonzerns sonst nicht: Statt gleich in Zahlen, Tendenzen, Pläne einzusteigen, holt Hans Stråberg den Besucher ab und bringt ihn auch wieder zum Ausgang, wißbegierig fragend und keineswegs gehetzt. Er beharrt darauf, erst ein wenig im Hauptquartier in Stockholm herumzustreifen, und fügt beruhigend hinzu, man werde genügend Zeit zum Gespräch haben. Dann verharret er am Herd einer Nischenmarke, die sich an Meisterköche in großen Restaurants wendet, und weist auf den nüchtern scheinenden Raum, in dem über die Zukunft der Staubsauger entschieden wird. Dort arbeiten Designer, Volkswirte und Techniker zusammen. Hier nimmt er neue Modelle in die Hand und saugt selber Dreck fort – leichter und punktgenauer, aber auch vernünftiger als früher. Stråberg vermag als Verkäufer zu überzeugen. Er geht aber auch taktisch geschickt vor: So lenkt er zunächst ab von der brennenden Frage nach der Zukunft des AEG-Werkes in Nürnberg und schafft eine Atmosphäre, die zeigt: Electrolux schließt und kürzt nicht nur, sondern baut beständig aus und fort.

Der hochgewachsene Schwede wirkt verbindlich und an Menschen und Entwicklungen interessiert, die Wahl in Deutschland verfolgte er bis in Einzelheiten. Wenn es aber darum geht, „seine“ Electrolux als Weltmarktführer bei Haushaltsgeräten zu erhalten in einer Zeit, in der Preise für Kühlschränke fallen, Kosten für Stahl und Energie aber steigen, hat er etwas von dem Element, das seine Geräte zum Bau brauchen: Stahl. Die Mischung aus offen und entschlossen wird Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement gespürt haben, als er bei einem Besuch in Stockholm versuchte, die Zukunft des AEG-Standorts Nürnberg und seiner 1750 Beschäftigten zu retten. Dagegen dürfte das Vorgehen der IG Metall – neben einem Warnstreik auch Drohungen mit einem Käuferboykott und einer Brandmarkung der Markennamen des Konzerns wie Electrolux, AEG, Zanussi und Zanker – dem auf Konsens, Lösungssuche und berechenbaren Umgang miteinander ausgerichteten Stråberg abschrecken.

Seit der 48 Jahre alte Ingenieur im April 2002 als einer der jüngsten Konzern-



Hans Stråberg

Foto Archiv

chefs eines Weltkonzerns Vorstandsvorsitzender und Präsident von Electrolux wurde, holte er vom Vorgänger verschobene Entscheidungen im Eiltempo nach und gestaltete den weltgrößten Hersteller von Kühlschränken, Tiefkühltruhen, Herden, Waschmaschinen, Spülmaschinen, Staubsaugern, Mikrowellen, Gartenschere um. Der gewinnträchtigste Teil für Gartenprodukte wie Kettensägen und Gartengeräte wird als Husqvarna ausgegliedert und getrennt börsennotiert. Die zersplitterten Marken werden vereinheitlicht – in zwei Jahren werden zwei Drittel des Weltumsatzes von 11,3 Milliarden Euro unter dem Markennamen Electrolux verkauft statt wie vor wenigen Jahren zehn Prozent. Etwa die Hälfte der Produktion in Hochlohnländern wird nach Osteuropa oder Asien verlegt, um wettbewerbsfähig zu bleiben gegenüber asiatischen Rivalen: Das dürfte das Kernwerk der alten, konkursreifen AEG – die Electrolux rettete – treffen. Die Entscheidung fällt am 24. Ok-

tober. Leicht wird Stråberg und seinem Vorstand eine solche Entscheidung nicht fallen. Er hat bei aller Härte im Unternehmerischen seine unkomplizierte Wärme behalten. Und seine Zugänglichkeit für andere, die der Vater von zwei Kindern außerhalb seiner Firmenwände mit seiner Familie, einem Faible für Autos (eher verrückte Nischen denn schnittige Raser), mit Segeln und Tennis teilt. Und mit neuen Grillgeräten und Staubsaugern, die er in seinem Haus und Garten ausprobiert.

Seine Kraft wendet der überzeugte Europäer, der zweimal in den Vereinigten Staaten arbeitete, nach innen: Sein freundliches Gemüt verbindet er mit einer leichten Scheu vor großen Worten und Auftritten in fremdem Terrain. So hält er sich aus der politischen Debatte heraus, auch wo sie sein Unternehmen betrifft, etwa der schwedischen Europapolitik. Obwohl das Wort eines nachdenklichen Arbeitgebers von 72 000 Menschen überall Gewicht hätte.

ROBERT VON LUCIUS

Zittern um das Nürnberger AEG-Werk geht weiter

Electrolux verschiebt seine Entscheidung / Gespräche mit Arbeitnehmern und Politikern / Kosten in Deutschland zu hoch

vL. STOCKHOLM, 12. Oktober. Electrolux wird seine Entscheidung über die Zukunft des AEG-Werkes in Nürnberg und seiner 1750 Mitarbeiter verschieben. Weit hin war erwartet worden, daß der Aufsichtsrat des Weltmarktführers für Haushaltswaren am 24. Oktober beschließen werde, den Standort zu schließen, mit harten Auswirkungen auf die fränkische Wirtschaftsregion. Der Europavorstand von Electrolux, Johan Bygge, sagte im Gespräch mit dieser Zeitung indes, der Konzern suche weiterhin nach Wegen, zumindest Teile der Fertigung in Nürnberg beizubehalten, wiewohl eine volle Schließung noch immer eine „starke Möglichkeit“ sei. Nach Angaben der IG Metall sollen stattdessen Verhandlungen mit der Gewerkschaft und dem Betriebsrat über den Standort stattfinden.

Daher lud Electrolux für Anfang kommender Woche den Wirtschaftsausschuß des Werks zu weiteren Gesprächen um mögliche Einsparmöglichkeiten ein. Noch seien nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Eine Entscheidung, wie immer sie falle, sollte nicht zu lange hinausgeschoben werden, weil man vermeiden wolle, daß die Beschäftigten länger in Ungewißheit lebten. Andererseits aber nehme Electrolux den Beschluß „ungeheuer ernst“ und wolle sich dabei nicht unter Zeitdruck setzen lassen. Ein „drittes Szenario“, statt voller Schließung oder voller Weiterführung der gesamten Produktion ohne Personalabbau, sei „eine Möglichkeit“, derzeit gehe es um Lösungssuche und Feinabstimmungen.

Die Arbeitnehmerseite hatte Electrolux Sparvorschläge vorgelegt, die indes nur knapp die Hälfte der Ersparnisse ermöglichen, die die schwedische Gruppe braucht, um in Deutschland wettbewerbsfähig zu bleiben; es bleibe noch immer eine deutliche Lücke. In Nürnberg werden derzeit unter Markennamen wie AEG, Electrolux und Zanussi jährlich 1,6 Millionen Waschmaschinen und Geschirrspülmaschinen hergestellt und zu drei Fünfteln exportiert. Nachdem nun die Rahmendaten – Marktstudien, Belegschaftsvorschläge und Überlegungen über andere Ersparnismöglichkeiten von Rohstoffen über Energie bis zur Vertriebsstruktur – vorliegen, wolle man über sie und weitere Möglichkeiten mit allen Beteiligten in Deutschland beraten.

Zu ihnen hatte auch Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) gehört, der die Konzernzentrale in Stockholm besuchte, um mit dem Vorstandsvorsitzenden Hans Sträberg und mit Bygge über Nürnberg zu sprechen. Bygge sagte, er respektiere die Bemühungen Clements als „bewundernswert“. Nur wenige Politiker in Europa setzten sich so ein. „Wenig hilfreich“ für die Fortsetzung eines Werkes sei es indes, falls



Ein Streik zeigt Wirkung. Die AEG-Mitarbeiter können hoffen.

Foto ddp

ein Gewerkschaftsvorsitzender, wie es unlängst in Nürnberg geschah, mit einem Käuferboykott gegen Electrolux-Produkte drohte, falls das Werk geschlossen werde. Falls es aber zu einer Schließung zumindest eines Teils der Produktion komme, seien die Regeln dafür in Deutschland zwar teuer, aber auch klar.

Die Zukunft des Werkes in Nürnberg beruht auf dem Preiseinbruch für Haushaltsgeräte, vor allem bei Waschmaschinen; auf neuen Mitbewerbern etwa aus China, der Türkei und Korea; auf gestärkter Ein-

kaufsmacht des Handels, die durch die beschränkte Zahl großer Ketten den Einkaufspreis drücken könne; und auf verändertem Kaufverhalten, bei dem der Preis ein immer stärkeres Gewicht im Verhältnis zur Qualität erhalte. Electrolux stellt Haushaltsgeräte wie Herde, Kühlschränke und Trockner – bei fast allen Küchengeräten ist Electrolux weltgrößter Hersteller – vorwiegend im oberen Qualitäts- und Preissegment her. Das gilt vor allem mit seiner Marke AEG, die, so Bygge, unabhängig von der Nürnberg-Entscheidung weiterhin

gestärkt und ausgebaut werden soll. Ein Beispiel sei das zweite AEG-Werk in Süddeutschland, Rothenburg. Die Herdproduktion in Rothenburg läuft nach allen Kriterien – Qualität, Kosten, Liefertreue – „sehr gut“, und Befürchtungen der Belegschaft, daß auch dort ein Abbau erwogen werde, seien zumindest auf absehbare Zeit gegenstandslos.

Deutschland sei, so der 49 Jahre alte Bygge, in Europa mittlerweile der „preissensitivste Markt“. Dort seien Preise für Haushaltsgeräte innerhalb von zwei Jahren um nahezu sieben Prozent zurückgegangen, in anderen großen westeuropäischen Märkten aber nur zwischen 3,5 und 5,5 Prozent. Bei Waschmaschinen sank der Preis in Deutschland sogar im Vorjahr um mehr als sieben Prozent, und beim auf dem deutschen Markt gängigsten Modell, Waschmaschinen mit einer Schleuderleistung von 1400 Umdrehungen in der Minute, in den letzten fünf Jahren um nahezu ein Drittel. Das bringe Haushaltshersteller in Deutschland in eine „äußerst schwierige Lage“ – nicht nur Electrolux, die den Haushaltsgeräteeinzelhandel von AEG übernahm und damit möglicherweise vor der Schließung rettete, sondern auch Konkurrenten wie Bosch-Siemens und Miele, die ebenfalls ihre Produktion teils in preisgünstigere Länder verlegten.

Electrolux hatte beschlossen, knapp die Hälfte seiner Werke in Westeuropa und den Vereinigten Staaten in Billiglohnländer zu verlegen: Die Lohnkosten in Deutschland seien etwa zehnmal so hoch wie in manchen Billiglohnländern Osteuropas oder Asiens, so Bygge (der im Vorstand neben Europa auch für Haushaltsgeräte in Asien und Afrika verantwortlich ist), und um zwanzig Prozent höher als in Italien, wo Electrolux auch Waschmaschinen herstellt. Eine solche Schere könnten auch starke Kürzungen nicht auffangen. Eine Verlagerung aus Nürnberg, sollte sie in vollem Umfang geschehen, wäre neben der Schließung eines Werkes in den Vereinigten Staaten die bisher größte und teuerste im Konzern.

Falls etwa die Produktion oder zumindest ein Teil in die Fabrik in Polen verlagert werden sollte, die im kommenden Jahr in volle Produktion geht, müßte dort mehr investiert werden. Wenn die Studien und Gespräche abgeschlossen seien, werden Sträberg und Bygge dem Aufsichtsrat in Stockholm vorschlagen, wie weiter verfahren werden sollte. Die dann zu treffende Entscheidung, möglicherweise bei einer Sondersitzung, sei „sehr, sehr groß“ – für die Arbeitnehmer, das Ansehen der Gruppe und die möglichen Kosten, die um 230 Millionen Euro liegen sollen.

Zittern um das Nürnberger AEG-Werk geht weiter

Electrolux verschiebt seine Entscheidung / Gespräche mit Arbeitnehmern und Politikern / Kosten in Deutschland zu hoch

vL. STOCKHOLM, 12. Oktober. Electrolux wird seine Entscheidung über die Zukunft des AEG-Werkes in Nürnberg und seiner 1750 Mitarbeiter verschieben. Weithin war erwartet worden, daß der Aufsichtsrat des Weltmarktführers für Haushaltswaren am 24. Oktober beschließen werde, den Standort zu schließen, mit harten Auswirkungen auf die fränkische Wirtschaftsregion. Der Europavorstand von Electrolux, Johan Bygge, sagte im Gespräch mit dieser Zeitung indes, der Konzern suche weiterhin nach Wegen, zumindest Teile der Fertigung in Nürnberg beizubehalten, wiewohl eine volle Schließung noch immer eine "starke Möglichkeit" sei. Nach Angaben der IG Metall sollen stattdessen Verhandlungen mit der Gewerkschaft und dem Betriebsrat über den Standort stattfinden.

Daher lud Electrolux für Anfang kommender Woche den Wirtschaftsausschuß des Werks zu weiteren Gesprächen um mögliche Einsparmöglichkeiten ein. Noch seien nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Eine Entscheidung, wie immer sie falle, sollte nicht zu lange hinausgeschoben werden, weil man vermeiden wolle, daß die Beschäftigten länger in Ungewißheit lebten. Andererseits aber nehme Electrolux den Beschluß "ungeheuer ernst" und wolle sich dabei nicht unter Zeitdruck setzen lassen. Ein "drittes Szenario", statt voller Schließung oder voller Weiterführung der gesamten Produktion ohne Personalabbau, sei "eine Möglichkeit", derzeit gehe es um Lösungssuche und Feinabstimmungen.

Die Arbeitnehmerseite hatte Electrolux Sparvorschläge vorgelegt, die indes nur knapp die Hälfte der Ersparnisse ermöglichen, die die schwedische Gruppe braucht, um in Deutschland wettbewerbsfähig zu bleiben; es bleibe noch immer eine deutliche Lücke. In Nürnberg werden derzeit unter Markennamen wie AEG, Electrolux und Zanussi jährlich 1,6 Millionen Waschmaschinen und Geschirrspülmaschinen hergestellt und zu drei Fünfteln exportiert. Nachdem nun die Rahmendaten - Marktstudien, Belegschaftsvorschläge und Überlegungen über andere Ersparnismöglichkeiten von Rohstoffen über Energie bis zur Vertriebsstruktur - vorliegen, wolle man über sie und weitere Möglichkeiten mit allen Beteiligten in Deutschland beraten.

Zu ihnen hatte auch Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) gehört, der die Konzernzentrale in Stockholm besuchte, um mit dem Vorstandsvorsitzenden Hans Stråberg und mit Bygge über Nürnberg zu sprechen. Bygge sagte, er respektiere die Bemühungen Clements als "bewundernswert": Nur wenige Politiker in Europa setzten sich so ein. "Wenig hilfreich" für die Fortsetzung eines Werkes sei es indes, falls ein Gewerkschaftsvorsitzender, wie es unlängst in Nürnberg geschah, mit einem Käuferboykott gegen Electrolux-Produkte drohte, falls das Werk geschlossen werde. Falls es aber zu einer Schließung zumindest eines Teils der Produktion komme, seien die Regeln dafür in Deutschland zwar teuer, aber auch klar.

Die Zukunft des Werkes in Nürnberg beruht auf dem Preiseinbruch für Haushaltsgroßgeräte, vor allem bei Waschmaschinen; auf neuen Mitbewerbern etwa aus China, der Türkei und Korea; auf gestärkter Einkaufsmacht des Handels, die durch die beschränkte Zahl großer Ketten den Einkaufspreis drücken könne; und auf verändertem Kaufverhalten, bei dem der Preis ein immer stärkeres Gewicht im Verhältnis zur Qualität erhalte. Electrolux stellt Haushaltsgroßgeräte wie Herde, Kühlschränke und Trockner - bei fast allen Küchengeräten ist Electrolux weltgrößter Hersteller - vorwiegend im oberen Qualitäts- und Preissegment her. Das gilt vor allem mit seiner Marke AEG, die, so Bygge, unabhängig von der Nürnberg-Entscheidung weiterhin gestärkt und ausgebaut werden soll. Ein Beispiel sei das zweite AEG-Werk in Süddeutschland, Rothenburg. Die Herdproduktion in Rothenburg läuft nach allen Kriterien - Qualität, Kosten, Liefertreue - "sehr gut", und Befürchtungen der Belegschaft, daß auch dort ein Abbau erwogen werde, seien zumindest auf absehbare Zeit gegenstandslos.

Deutschland sei, so der 49 Jahre alte Bygge, in Europa mittlerweile der "preissensitivste Markt": Dort seien Preise für Haushaltsgroßgeräte innerhalb von zwei Jahren um nahezu sieben Prozent zurückgegangen, in anderen großen westeuropäischen Märkten aber nur zwischen 3,5 und 5,5 Prozent. Bei Waschmaschinen sank der Preis in Deutschland sogar im Vorjahr um mehr als sieben Prozent, und beim auf dem deutschen Markt gängigsten Modell, Waschmaschinen mit einer Schleuderleistung von 1400 Umdrehungen in der Minute, in den letzten fünf Jahren um nahezu ein Drittel. Das bringe Haushaltshersteller in Deutschland in eine "äußerst schwierige Lage" - nicht nur Electrolux, die den Haushaltsgeräteeil von AEG übernahm und damit möglicherweise vor der Schließung rettete, sondern auch Konkurrenten wie Bosch-Siemens und Miele, die ebenfalls ihre Produktion teils in preisgünstigere Länder verlegten.

Electrolux hatte beschlossen, knapp die Hälfte seiner Werke in Westeuropa und den Vereinigten Staaten in Billiglohnländer zu verlegen: Die Lohnkosten in Deutschland seien etwa zehnmal so hoch wie in manchen Billiglohnländern Osteuropas oder Asiens, so Bygge (der im Vorstand neben Europa auch für Haushaltsgroßgeräte in Asien und Afrika verantwortlich ist), und um

zwanzig Prozent höher als in Italien, wo Electrolux auch Waschmaschinen herstellt. Eine solche Schere könnten auch starke Kürzungen nicht auffangen. Eine Verlagerung aus Nürnberg, sollte sie in vollem Umfang geschehen, wäre neben der Schließung eines Werkes in den Vereinigten Staaten die bisher größte und teuerste im Konzern.

Falls etwa die Produktion oder zumindest ein Teil in die Fabrik in Polen verlagert werden sollte, die im kommenden Jahr in volle Produktion geht, müßte dort mehr investiert werden. Wenn die Studien und Gespräche abgeschlossen seien, werden Stråberg und Bygge dem Aufsichtsrat in Stockholm vorschlagen, wie weiter verfahren werden sollte. Die dann zu treffende Entscheidung, möglicherweise bei einer Sondersitzung, sei "sehr, sehr groß" - für die Arbeitnehmer, das Ansehen der Gruppe und die möglichen Kosten, die um 230 Millionen Euro liegen sollen.

Bildunterschrift: Ein Streik zeigt Wirkung. Die AEG-Mitarbeiter können hoffen.

Foto ddp

Quelle:	Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.10.2005, Nr. 238, S. 16
----------------	--

AEG-Entscheidung vor Jahresende

Electrolux übertrifft Gewinnerwartungen / Aktienkurs steigt

vL. STOCKHOLM, 25. Oktober. Der Vorstandsvorsitzende des schwedischen Haushaltsgerätekonzerns Electrolux, Hans Stråberg, sagte am Dienstag in Stockholm, er hoffe, der Aufsichtsrat des Weltmarktführers könne noch vor Jahresende entscheiden über die Zukunft des von der Schließung bedrohten AEG-Werkes in Nürnberg mit 1750 Mitarbeitern. Am Freitag hatten zum zweitenmal innerhalb kurzer Zeit mehr als tausend Arbeiter in Nürnberg gegen die Schließungspläne demonstriert. Ein von der Gewerkschaft mitgetragener illegaler Streik gilt in Deutschland als ungewöhnlich. Electrolux erwägt rechtliche Maßnahmen.

Der am Dienstag vorgelegte Quartalsbericht der Electrolux AB erwähnte die mögliche Schließung nicht, wohl aber vier andere in den vergangenen Monaten beschlossene Werksschließungen in Italien, Spanien und Schweden mit zusammen 900 Mitarbeitern. Electrolux will wegen des Verfalls der Preise etwa bei Waschmaschinen und wegen des starken Wettbewerbs etwa die Hälfte seiner Fabriken aus Hochlohnländern etwa nach Mexiko, Polen und Ungarn verlagern. Seit 2002 hat

Electrolux bereits 15 Fertigungsstätten geschlossen.

Der um Sondereinflüsse bereinigte Betriebsergebnis stieg im dritten Quartal um 23 Prozent auf 178 (149) Millionen Euro bei einem Quartalsumsatz von 3,4 (3,15) Milliarden Euro, leicht über den Analystenerwartungen. Umsatz und Ertrag stiegen für Haushaltsgüter vor allem in den Vereinigten Staaten, verbesserten sich aber auch in Asien. Für das laufende Jahr erwartet Electrolux „etwas“ Wachstum in Europa wie auch in den Vereinigten Staaten. Belastet werde der Ertrag durch steigende Kosten für Rohstoffe wie Stahl. Die Gewinnmarge sei in den wichtigen Sparten Waschmaschinen, Kühlschränke und Staubsauger gestiegen. In Europa stieg der Umsatz vor allem in Osteuropa. Die guten Unternehmenszahlen und Prognosen trugen zum Anstieg des Aktienkurses an der Börse Stockholm um gut vier Prozent bei. Seit Jahresbeginn stieg der Aktienkurs um 25 Prozent teils auch wegen der geplanten Ausgliederung der stark gewinnbringenden Sparte Gartenprodukte bis Mitte kommenden Jahres in eine neue Gesellschaft Husqvarna.

Hausgemachte Fehler

theu. Die Schließung des AEG-Hausgerätekwerks in Nürnberg ist für die Region ein schwerer Schlag. Seit den achtziger Jahren hat der Niedergang einstiger Industriekonomen wie Grundig und Triumph-Adler Mittelfranken hart getroffen. Jetzt sieht auch der schwedische AEG-Eigentümer Electrolux trotz weitreichender Zugeständnisse der Arbeitnehmer keine Chance, in Deutschland weiterhin profitabel Waschmaschinen und Geschirrspüler zu fertigen. Zu stark sei der Preiskampf im Markt für Hausgeräte, zu groß der Lohnkostenvorteil osteuropäischer Länder, wohin die Nürnberger Fertigung nun abwandern wird. Dennoch muß sich Electrolux auch hausgemachte Fehler ankreiden lassen. Das Management hat zu spät erkannt, daß die profitable Fertigung von Waschmaschinen mittlerer Preislagen in Deutschland nur schwer möglich ist. Warum hat Electrolux sich nicht frühzeitig auf hochwertigere und teurere Geräte verlegt? Dort ist der Preisdruck schwächer, und die Marke AEG stand schließlich einmal für deutsche Wertarbeit. Auch eine solche Hochpreisstrategie ist kein Garant für den Erhalt aller Arbeitsplätze. Doch ein Blick auf den Gütersloher Konkurrenten Miele zeigt den Unterschied auf: Das Familienunternehmen konzentriert sich auf Produkte in höheren Preiskategorien. Auch Miele baut in Deutschland Arbeitsplätze ab, doch geschieht dies bislang sozialverträglich und ohne Werksschließungen.

Nürnberger AEG-Werk wird geschlossen

Der Eigentümer Electrolux verlagert Fertigung bis Ende 2007 ins Ausland / 1750 Arbeitsplätze betroffen

theu. MÜNCHEN, 12. Dezember. Die Rettungsversuche von Belegschaftsvertretern für das Nürnberger AEG-Hausgerätekwerk mit rund 1750 Mitarbeitern sind gescheitert. Der schwedische AEG-Eigentümer Electrolux kündigte am Montag an, das Werk, in dem Waschmaschinen und Geschirrspüler gefertigt werden, Ende 2007 zu schließen. Der Betriebsrat und die Gewerkschaft IG Metall hatten zuletzt angeboten, ohne Lohnausgleich länger zu arbeiten, um zumindest rund 1000 Arbeitsplätze zu erhalten. Electrolux, einer der weltgrößte Hersteller von Hausgeräten, hatte im Februar angekündigt, die Hälfte seiner 27 Werke in Hochlohnländern wie Deutschland zu schließen.

Seit Juni ist bekannt, daß auch das AEG-Werk in Nürnberg auf der Kippe steht. Electrolux baut zur Zeit zwei weitere Werke in Polen. Voraussichtlich wird ein großer Teil der Nürnberger Produktion dorthin verlagert. Auch italienische Electrolux-Standorte könnten nach Unternehmensangaben von der Schließung profitieren. Das zweite deutsche Werk von Electrolux in Rothenburg, wo 1300 Mitarbeiter unter anderem Einbauherde produzieren, sei dagegen nicht gefährdet, sagte ein Unternehmenssprecher. Daß einer größeren Zahl der Nürnberger Beschäftigten dort Ersatzarbeitsplätze angeboten werden, gilt als unwahrscheinlich.

Die Entscheidung von Electrolux stieß in Nürnberg auf heftige Kritik. Die IG Metall drohte mit einer Ausweitung der bisherigen Warnstreiks. Von der Werksschließung seien auch Zulieferunternehmen betroffen. Der zweite Bevollmächtigte der

Gewerkschaft, Jürgen Wechsler, rief zu einem Boykott von Electrolux-Produkten auf. „Wer diesen traditionsreichen Standort plattmacht, soll in Deutschland auch keine Waschmaschinen und Geschirrspüler mehr verkaufen“, sagte Wechsler. Der

AEG ist schwedisch

Das Unternehmen AEG AG, Frankfurt, ist nach 113 Jahren Existenz am 20. September 1996 durch Verschmelzung auf die damalige Daimler-Benz AG untergegangen. Die Rechte an der bekannten Marke wurden auf die EHG Elektroholding GmbH, Frankfurt, übertragen, die sie in der Tochtergesellschaft Licentia verwaltete. Wobei das Verwalten sehr aktiv geschah. Es gibt heute unter der Marke AEG nicht nur die seit vielen Jahren bekannten Elektrowerkzeuge oder Straßenleuchten, sondern auch schnurlose Telefone zu kaufen, Nähmaschinen (des Herstellers Singer) oder auch Fernsehergeräte und Autoradios. Die Marke AEG, die nach einer Umfrage aus dem Jahr 2004 in Deutschland noch bekannter ist als Siemens, setzt mehrere Milliarden Euro im Jahr um. Genau ist die Zahl nicht zu

ermitteln. Zum einen hat die EHG die Markenrechte an dem Namen AEG vor einem Jahr an Electrolux verkauft, weil Daimler-Chrysler keine Verwendung dafür hatte. Der schwedische Konzern ist also seither Inhaber aller Rechte an der Marke AEG, und alle anderen Nutzer der Marke sind Lizenznehmer von Electrolux. Electrolux hat aber auch erstmals AEG in eine Doppelmarke Electrolux-AEG eingebracht, so daß man Teile des darunter getätigten Hausgeräteumsatzes nicht mehr eindeutig der Marke AEG zuordnen kann.

Bei der EHG in Frankfurt liegen noch die Rechte an der Marke Telefonen. Auch für diese bekannte Marke will man weitere Verwendungsmöglichkeiten prüfen und sie einschließlich neuer Lizenzen verkaufen. (geg.)

Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) warf dem Konzern „soziale Kälte“ vor.

Electrolux verteidigte dagegen die Werksschließung. „Mit Blick auf das Gesamtunternehmen gibt es keine Alternative“, sagte Konzernvorstand Johan Bygge. Electrolux mache mit jeder Waschmaschine aus Nürnberg, die in Deutschland verkauft werde, 60 Euro und bei jedem Geschirrspüler 45 Euro Verlust. Der deutsche Hausgerätemarkt leidet seit langem unter einem starken Preisverfall. Nach Angaben des Fachverbandes ZVEI sind die Preise für Waschmaschinen in Deutschland seit Mitte der neunziger Jahre um fast ein Drittel gefallen. Auch Konkurrenten wie Miele und Bosch-Siemens Haustechnik (BSH) verlagern deshalb Arbeitsplätze an kostengünstigere Standorte.

Electrolux-Vorstand Bygge kündigte an, die Geschäftsleitung von Electrolux in Deutschland werde in den nächsten Tagen die Verhandlungen mit dem Betriebsrat über einen Sozialplan aufnehmen. Der Arbeitsplatzabbau werde voraussichtlich in mehreren Schritten vollzogen. Das Unternehmen beziffert die erwarteten Kosten für die Produktionsverlagerung ins Ausland auf rund 240 Millionen Euro.

Nürnberger AEG-Werk wird geschlossen

Der Eigentümer Electrolux verlagert Fertigung bis Ende 2007 ins Ausland / 1750 Arbeitsplätze betroffen

theu. MÜNCHEN, 12. Dezember. Die Rettungsversuche von Belegschaftsvertretern für das Nürnberger AEG-Hausgerätekwerk mit rund 1750 Mitarbeitern sind gescheitert. Der schwedische AEG-Eigentümer Electrolux kündigte am Montag an, das Werk, in dem Waschmaschinen und Geschirrspüler gefertigt werden, Ende 2007 zu schließen. Der Betriebsrat und die Gewerkschaft IG Metall hatten zuletzt angeboten, ohne Lohnausgleich länger zu arbeiten, um zumindest rund 1000 Arbeitsplätze zu erhalten. Electrolux, einer der weltgrößten Hersteller von Hausgeräten, hatte im Februar angekündigt, die Hälfte seiner 27 Werke in Hochlohnländern wie Deutschland zu schließen.

Seit Juni ist bekannt, daß auch das AEG-Werk in Nürnberg auf der Kippe steht. Electrolux baut zur Zeit zwei weitere Werke in Polen. Voraussichtlich wird ein großer Teil der Nürnberger Produktion dorthin verlagert. Auch italienische Electrolux-Standorte könnten nach Unternehmensangaben von der Schließung profitieren. Das zweite deutsche Werk von Electrolux in Rothenburg, wo 1300 Mitarbeiter unter anderem Einbaugeräte produzieren, sei dagegen nicht gefährdet, sagte ein Unternehmenssprecher. Daß einer größeren Zahl der Nürnberger Beschäftigten dort Ersatzarbeitsplätze angeboten werden, gilt als unwahrscheinlich.

Die Entscheidung von Electrolux stieß in Nürnberg auf heftige Kritik. Die IG Metall drohte mit einer Ausweitung der bisherigen Warnstreiks. Von der Werkschließung seien auch Zulieferunternehmen betroffen. Der zweite Bevollmächtigte der Gewerkschaft, Jürgen Wechsler, rief zu einem Boykott von Electrolux-Produkten auf. "Wer diesen traditionsreichen Standort plattmacht, soll in Deutschland auch keine Waschmaschinen und Geschirrspüler mehr verkaufen", sagte Wechsler. Der Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) warf dem Konzern "soziale Kälte" vor.

Electrolux verteidigte dagegen die Werkschließung. "Mit Blick auf das Gesamtunternehmen gibt es keine Alternative", sagte Konzernvorstand Johan Bygge. Electrolux mache mit jeder Waschmaschine aus Nürnberg, die in Deutschland verkauft werde, 60 Euro und bei jedem Geschirrspüler 45 Euro Verlust. Der deutsche Hausgerätemarkt leidet seit langem unter einem starken Preisverfall. Nach Angaben des Fachverbandes ZVEI sind die Preise für Waschmaschinen in Deutschland seit Mitte der neunziger Jahre um fast ein Drittel gefallen. Auch Konkurrenten wie Miele und Bosch-Siemens Haustechnik (BSH) verlagern deshalb Arbeitsplätze an kostengünstigere Standorte.

Electrolux-Vorstand Bygge kündigte an, die Geschäftsleitung von Electrolux in Deutschland werde in den nächsten Tagen die Verhandlungen mit dem Betriebsrat über einen Sozialplan aufnehmen. Der Arbeitsplatzabbau werde voraussichtlich in mehreren Schritten vollzogen. Das Unternehmen beziffert die erwarteten Kosten für die Produktionsverlagerung ins Ausland auf rund 240 Millionen Euro.

Kastentext:

AEG ist schwedisch

Das Unternehmen AEG AG, Frankfurt, ist nach 113 Jahren Existenz am 20. September 1996 durch Verschmelzung auf die damalige Daimler-Benz AG untergegangen. Die Rechte an der bekannten Marke wurden auf die EHG Elektroholding GmbH, Frankfurt, übertragen, die sie in der Tochtergesellschaft Licentia verwaltete. Wobei das Verwalten sehr aktiv geschah. Es gibt heute unter der Marke AEG nicht nur die seit vielen Jahren bekannten Elektrowerkzeuge oder Straßenleuchten, sondern auch schnurlose Telefone zu kaufen, Nähmaschinen (des Herstellers Singer) oder auch Fernsehgeräte und Autoradios. Die Marke AEG, die nach einer Umfrage aus dem Jahr 2004 in Deutschland noch bekannter ist als Siemens, setzt mehrere Milliarden Euro im Jahr um. Genau ist die Zahl nicht zu ermitteln. Zum einen hat die EHG die Markenrechte an dem Namen AEG vor einem Jahr an Electrolux verkauft, weil Daimler-Chrysler keine Verwendung dafür hatte. Der schwedische Konzern ist also seither Inhaber aller Rechte an der Marke AEG, und alle anderen Nutzer der Marke sind Lizenznehmer von Electrolux. Electrolux hat aber auch erstmals AEG in eine Doppelmarke Electrolux-AEG eingebracht, so daß man Teile des darunter getätigten Hausgeräteumsatzes nicht mehr eindeutig der Marke AEG zuordnen kann.

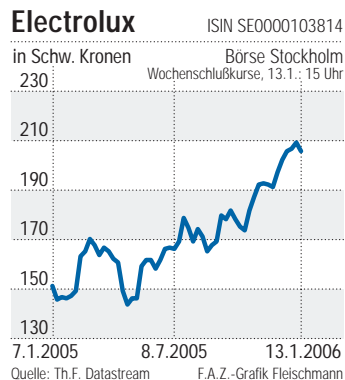
Bei der EHG in Frankfurt liegen noch die Rechte an der Marke Telefunken. Auch für diese bekannte Marke will man weitere Verwendungsmöglichkeiten prüfen und sie einschließlich neuer Lizenzen verkaufen. (geg.)

Aufschwung nach Aufspaltung?

STOCKHOLM, 13. Januar. Erzürnt über Electrolux dürften in Deutschland derzeit nicht nur die 1750 Arbeiter sein, die bei der Schließung des AEG-Werkes in Nürnberg spätestens in zwei Jahren ihre Arbeit verlieren. Auch für die Aktionäre des größten Haushaltsgüterkonzerns der Welt gab es lange keinen Grund zur Freude: Der Aktienkurs dümpelte dahin, während es selbst für viele Indizes kräftig nach oben ging. In den vergangenen Jahren belastete die geringe Gewinnmarge, ein zäher Umsatzanstieg, zahlreiche Umstrukturierungen und der harte internationale Wettbewerb vor allem durch neue Konkurrenten aus Billiglohnländern wie China und der Türkei den Aktienkurs. Die Nachfrage in Nordamerika sank, die Marktanteile in den Vereinigten Staaten und Europa gingen zurück, und schließlich fielen die steigenden Rohstoffkosten zum Beispiel bei Stahl ins Gewicht.

Während die angekündigte Werkschließung in Nürnberg die fränkische Region belastete, brachte sie dem Aktienkurs dagegen Auftrieb. Analysten geben denn auch in jüngster Zeit Zeichen der Zuversicht, die sie auf zwei Punkte zurückführen: die Umstrukturierungen, die zwar zunächst den Ertrag belasten, mittelfristig aber nicht nur das Überleben von Electrolux sichern, sondern den Konzern wieder gewinnträchtiger machen, und die Aufspaltung des Konzerns. Der Teil der traditionsreichen schwedischen Gruppe, der Produkte für den Garten herstellt, soll vermutlich unter dem Namen Husqvarna, im ersten Halbjahr 2006 ausgegliedert und getrennt an der Börse Stockholm notiert werden. Diese „Outdoor Products“ mit einem Jahresumsatz von 2,9 Milliarden Euro (knapp einem Fünftel des Konzernumsatzes), 11 500 Angestellten und vierzehn Werken haben dank geringeren Wettbewerbs, ihrer starken Stellung in den Vereinigten Staaten und einem soliden Händlernetzwerk eine deutlich höhere Gewinnmarge als der Bereich der Elektrohaushaltsgeräte. Bei diesen ist Electrolux auch mit seinen Marken wie AEG, Zanussi und Frigidaire ebenso Weltmarkt-

führer wie bei den Gartenprodukten (Heckenscheren, Kettensägen, Rasenmähern) und Werkzeugen mit Diamantenspitze für die Bauindustrie. Analysten der nordischen Banken Nordea, Handelsbanken und Kaupthing erwarten, daß der Aktienkurs der beiden Unternehmen nach der Aufspaltung einen Spielraum von 10 bis 25 Prozent nach oben haben dürfte. Wichtiger für Umsatz und Gewinn als der Konjunkturzyklus ist bei Husqvarna das



Wetter. Begünstigt werden dürfte der Husqvarna-Kurs dadurch, daß ein großer Teil der Anleger, so glauben Analysten, eher an dieser Sparte interessiert sei denn am traditionellen Kern von Electrolux.

Die Sparte, für die Electrolux bekannter ist – die Weißwaren –, dürfte wiederum vom Bestreben des Vorstandsvorsitzenden Hans Stråberg profitieren, bis zu 50 Prozent der 27 Werke in den Hochlohnländern in Westeuropa und Nordamerika zu schließen und die Herstellung in Billiglohnländer wie Polen oder Mexiko zu verlagern. Nürnberg ist nicht das erste und nicht das einzige Opfer, wenn auch neben einem Werk in den Vereinigten Staaten das – gemessen an der Zahl der Mitarbeiter und der Kosten – größte. Gleichzeitig mit der Befristung des Nürnberg-Entschlusses Mitte Dezember kündigte der Vorstand an, ein weiteres kleines Werk in Schweden, Torsvik mit 190 Mitarbeitern, vermutlich zu schließen. Die Welle der Umstrukturierungen und Schließungen,

die zwischen 2005 und 2007 Kosten und Ertrag nachhaltig mit zusammen um die 770 Millionen Euro belasten, danach aber um so stärker entlasten werde, soll in gut zwei Jahren abgeschlossen werden.

Schon im kommenden Jahr, so glaubt Kenneth Toll von der Handelsbanken, dürften die Gewinnmargen – auch dank der Preissteigerungen im Jahr 2005, Währungsvorteilen und neuer Produkte auf gestrafften „Plattformen“ – und damit einhergehend auch die Bewertung der Aktie steigen. Vorerst aber wird Electrolux zweifach belastet, den Kostenerhöhungen auf der einen und dem Druck des Marktes auf Verkaufspreise auf der anderen Seite. Ein schwer vorhersehbares Element sei, glaubt John Sivander von Nordea, inwieweit der Hersteller durch den Marktdruck und die Rationalisierung auch bei Rivalen gezwungen sein werde, seine Kostenersparnis voll an die Verbraucher weiterzugeben, oder aber einen Teil für die Verbesserung seiner unbefriedigenden Ertragslage nutzen könne. Der Markt sei derzeit eng. Daran gemessen, gebe es zu viele zersplitterte Anbieter, die um ihn kämpften. Darunter seien viele Unternehmen, die jeweils nur auf einem regionalen Teilmarkt eine Rolle spielten, aber dort ernsthafte Rivalen für Electrolux seien, wie Miele in Deutschland.

Marktgerüchte sprechen von der Möglichkeit, daß der Weißgüterteil von Electrolux nach der Abtrennung von Husqvarna das Opfer einer weiteren Aufspaltung durch Private-Equity-Fonds werden könnte. Der schwedischen Wallenberg-Dynastie, die über die Holding Investor 7,7 Prozent der Kapitals und 27,2 Prozent der Stimmrechte von Electrolux besitzt und jüngst ihren Anteil leicht aufgestockt hat, dürfte daran wenig gelegen sein. Sie könnte einen feindlichen Übernahmeversuch aber wohl nur dann verhindern, wenn sie ein Gebot mit einem Gegengebot überträte. Derzeit halten ausländische Investoren 41 Prozent des Kapitals, schwedische Fonds und institutionelle Anleger 48 Prozent und private schwedische Anleger 11 Prozent. ROBERT VON LUCIUS

Heißer Arbeitskampf in eisiger Kälte

Im Nürnberger AEG-Werk bereiten sich Gewerkschafter auf den Streik vor / Von Joachim Herr

MÜNCHEN, 17. Januar. Die ersten sind am Dienstag schon um fünf Uhr früh gekommen. Nur ein Zelt vor dem Werkstor schützt sie ein wenig vor eisiger Kälte. Dort treffen sich die Gewerkschaftsmitglieder des AEG-Werks Nürnberg noch bis heute mittag zur Urabstimmung. Mit ihrem Kreuzchen auf dem roten Wahlzettel entscheiden sie, ob bald gestreikt wird oder nicht. Alles deutet auf einen Arbeitskampf hin. Die Wut über die Entscheidung des schwedischen Konzerns Electrolux, die Fabrik für Waschmaschinen und Geschirrspüler Ende 2007 zu schließen, ist groß. „Wir werden Electrolux die Schließung unseres traditionsreichen Werkes so schwer wie möglich machen“, droht die IG Metall. Sogar zum Kaufboykott der Hausgerätemarken des Konzerns hat sie aufgerufen.

Einen unbefristeten Streik will die Gewerkschaft durchsetzen, nachdem die Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag in der vergangenen Woche gescheitert sind. Eine solche Vereinbarung regelt unter anderem die Höhe der Abfindung für die Mitarbeiter und eventuell die Gründung einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft. Ehe die Gespräche richtig in Gang kamen, machten sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite schwere Vorwürfe. Klares Ziel der IG Metall sei von Anfang an ein Abbruch der Verhandlungen gewesen, um einen Arbeitskampf zu beginnen, wettern die Unternehmensleitung und der Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie. „Das war Wortbruch“, schimpft dagegen Jürgen Wechsler, der Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Nürnberg. AEG habe nicht wie versprochen ein Angebot für einen Sozialtarifvertrag unterbreitet. Das Unternehmen wollte seinen Vorschlag tatsächlich nur unter der Voraussetzung vorlegen, daß bis Ende Januar nicht gestreikt wird. „So etwas hat es noch nie gegeben“, begründet Wechsler die Ablehnung der Bedingung.

Wenn an diesem Mittwoch nachmittag die Stimmen ausgezählt sind, steht fest, ob es zum Streik kommt. Wie viele der 1750 Mitarbeiter im Nürnberger Werk Gewerkschaftsmitglieder sind, verrät die IG Metall nicht. Nur sie dürfen abstimmen. „Der Organisationsgrad ist ziemlich hoch“, behauptet Wechsler. „In den letzten zwölf Monaten hatten wir zudem einen guten



Wahlhilfe

Foto dpa

Zulauf.“ Voraussetzung für einen Arbeitskampf ist die Zustimmung von mindestens drei Vierteln der IG-Metall-Mitglieder. Betriebsratsvorsitzender Harald Dix und Gewerkschafter Wechsler rechnen mit einem klaren Ergebnis: „75 Prozent werden wir deutlich überschreiten.“

Ende dieser oder Anfang nächster Woche soll der Streik beginnen, soll die Produktion wie schon während des Warnstreiks am vorigen Freitag und Samstag lahmgelegt werden. Die Gewerkschaftsmitglieder werden in dieser Zeit aus der

Streikkasse der IG Metall bezahlt. Je länger die Arbeitsniederlegung dauerte, um so teurer würde die Aktion für die Gewerkschaft. „Das ist unser geringstes Problem“, beschwichtigt Jürgen Wechsler. Mehr zu schaffen macht ihm das Wetter für die Streikposten. Am Dienstag nachmittag schneite es in Nürnberg bei minus ein Grad Celsius.

Besseres Wetter hatte die IG Metall im vergangenen Herbst, als das Chipwerk von Infineon im Münchner Stadtteil Neuperlach bestreikt wurde. Auch dort drehte sich der Streit um einen Sozialtarifvertrag, weil das veraltete Infineon-Werk mit 800 Mitarbeitern Anfang 2007 geschlossen wird. Die Forderungen der Gewerkschaft glichen den Bedingungen, die für AEG in Nürnberg verlangt werden. Eine Abfindung von drei Monatsgehältern je Berufsjahr und eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für eine möglichst lange Zeit. Nach acht Tagen Streik und langen Verhandlungen stand das Ergebnis für das Infineon-Werk in Perlach fest: 1,32 Monatsgehälter als Basis für die Berechnung der Abfindung und eine Qualifizierungsgesellschaft für höchstens ein Jahr. Die Gewerkschaft mußte Abstriche hinnehmen. Allerdings hatte die Leitung von Infineon anfangs nur 0,33 Monatsgehälter je Berufsjahr als finanziellen Ausgleich angeboten.

„Die Abfindung ist für uns nicht der wichtigste Punkt“, sagt IG-Metaller

Wechsler. Die Beschäftigten, die bei Infineon in München ihre Stelle verlieren, haben nach seiner Ansicht bessere Chancen, einen anderen Arbeitsplatz zu finden, zum Beispiel bei der ehemaligen Muttergesellschaft Siemens. Die Gewerkschafter in München beschreiben die Situation allerdings nicht so rosig. „Der Arbeitsmarkt in Nürnberg und ganz Mittelfranken ist schwierig“, klagt Wechsler. Zudem seien 80 Prozent der Beschäftigten bei AEG nur angelernte Kräfte, viele von ihnen Türken, Griechen, Italiener und Spanier. Die IG Metall fordert deshalb, daß sie bis Ende 2010 für den vollen Lohn in einer Qualifizierungsgesellschaft bleiben können. „Wir wollen Electrolux nicht aus der Verantwortung lassen.“ Den Konzernen müsse deutlich gemacht werden, daß Arbeitslose nicht einfach auf die Straße gesetzt werden könnten, sagt Wechsler. „Und dann jammern sie, daß die Sozialkassen geplündert werden.“

Mit welchen Kosten des Sozialtarifvertrags Electrolux kalkuliert, behält das Unternehmen bisher für sich. Bekannt ist die Gesamtschätzung von 240 Millionen Euro, die alle Aspekte der Schließung und der Verlagerung der Produktion, voraussichtlich überwiegend nach Polen, enthält. 1,4 Millionen Waschmaschinen und Geschirrspüler sowie einen kleinen Anteil Trockner hat das Nürnberger Werk im vergangenen Jahr hergestellt. Bei welcher Dauer des Streiks Lieferschwierigkeiten entstehen könnten, sei nicht vorherzusagen, sagt ein Sprecher von Electrolux. „Darüber will ich nicht spekulieren.“ Einen Notfallplan für eine Ersatzproduktion gebe es nicht. Die Produktionsausfälle während der Protestaktionen und des Warnstreiks hätten dank der Lagerbestände ohne Schwierigkeiten aufgefangen werden können. Die IG Metall stellt die Lage anders dar und rechnet schon nach kurzer Unterbrechung der Fertigung mit Lieferengpässen. Die andere Seite unter Druck zu setzen und sich nicht in die eigenen Karten schauen zu lassen gehört nun einmal zur Taktik eines Arbeitskampfes.

Ein Kompromiß ist in Nürnberg noch nicht in Sichtweite. Der Electrolux-Sprecher beteuert zwar die Bereitschaft der Arbeitgeberseite, am Verhandlungstisch mit der IG Metall eine Lösung zu finden. Ähnlich hören sich auch die Bekenntnisse der anderen Partei an. Ein Streik – wohl auch als Instrument der IG Metall, um ihre Macht zu demonstrieren – ist dennoch unausweichlich.

Proteste bei Conti

Auch beim Reifenhersteller Continental gibt es heftigen Widerstand gegen die Schließungspläne am Stammsitz in Hannover-Stöcken. Dort will der Vorstand Ende 2006 die Reifenproduktion für Personenwagen beenden. Davon wären zwar „nur“ 320 Mitarbeiter und damit rund 1 Prozent der Belegschaft in Deutschland betroffen. Trotzdem läuft die Gewerkschaft Sturm. Denn erst im Mai 2005 war eine Betriebsvereinbarung zum Erhalt der Produktion abgeschlossen worden, die mit einer Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich einher-

ging. Außerdem arbeitet der Betrieb in Hannover-Stöcken mit Gewinn. Der Vorstand begründet die Entscheidung mit dem unerwartet schwachen Wachstum in der Autoreifensparte und den im Vergleich zu den osteuropäischen Conti-Werken höheren Produktionskosten. Den Kompromißvorschlag des Vorstands, die Produktion ein halbes Jahr länger bis Mitte 2007 fortzuführen, haben Betriebsrat und IG BCE abgelehnt. Sie befürchten, daß langfristig auch die Pkw-Reifenwerke in Korbach und Aachen zur Disposition stehen könnten. (rit.)

Heißer Arbeitskampf in eisiger Kälte

Im Nürnberger AEG-Werk bereiten sich Gewerkschafter auf den Streik vor / Von Joachim Herr

MÜNCHEN, 17. Januar. Die ersten sind am Dienstag schon um fünf Uhr früh gekommen. Nur ein Zelt vor dem Werkstor schützt sie ein wenig vor eisiger Kälte. Dort treffen sich die Gewerkschaftsmitglieder des AEG-Werks Nürnberg noch bis heute mittag zur Urabstimmung. Mit ihrem Kreuzchen auf dem roten Wahlzettel entscheiden sie, ob bald gestreikt wird oder nicht. Alles deutet auf einen Arbeitskampf hin. Die Wut über die Entscheidung des schwedischen Konzerns Electrolux, die Fabrik für Waschmaschinen und Geschirrspüler Ende 2007 zu schließen, ist groß. "Wir werden Electrolux die Schließung unseres traditionsreichen Werkes so schwer wie möglich machen", droht die IG Metall. Sogar zum Kaufboykott der Hausgerätemarken des Konzerns hat sie aufgerufen.

Einen unbefristeten Streik will die Gewerkschaft durchsetzen, nachdem die Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag in der vergangenen Woche gescheitert sind. Eine solche Vereinbarung regelt unter anderem die Höhe der Abfindung für die Mitarbeiter und eventuell die Gründung einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft. Ehe die Gespräche richtig in Gang kamen, machten sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite schwere Vorwürfe. Klares Ziel der IG Metall sei von Anfang an ein Abbruch der Verhandlungen gewesen, um einen Arbeitskampf zu beginnen, wettern die Unternehmensleitung und der Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie. "Das war Wortbruch", schimpft dagegen Jürgen Wechsler, der Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Nürnberg. AEG habe nicht wie versprochen ein Angebot für einen Sozialtarifvertrag unterbreitet. Das Unternehmen wollte seinen Vorschlag tatsächlich nur unter der Voraussetzung vorlegen, daß bis Ende Januar nicht gestreikt wird. "So etwas hat es noch nie gegeben", begründet Wechsler die Ablehnung der Bedingung.

Wenn an diesem Mittwoch nachmittag die Stimmen ausgezählt sind, steht fest, ob es zum Streik kommt. Wie viele der 1750 Mitarbeiter im Nürnberger Werk Gewerkschaftsmitglieder sind, verrät die IG Metall nicht. Nur sie dürfen abstimmen. "Der Organisationsgrad ist ziemlich hoch", behauptet Wechsler. "In den letzten zwölf Monaten hatten wir zudem einen guten Zulauf." Voraussetzung für einen Arbeitskampf ist die Zustimmung von mindestens drei Vierteln der IG-Metall-Mitglieder. Betriebsratsvorsitzender Harald Dix und Gewerkschafter Wechsler rechnen mit einem klaren Ergebnis: "75 Prozent werden wir deutlich überschreiten."

Ende dieser oder Anfang nächster Woche soll der Streik beginnen, soll die Produktion wie schon während des Warnstreiks am vorigen Freitag und Samstag lahmgelegt werden. Die Gewerkschaftsmitglieder werden in dieser Zeit aus der Streikkasse der IG Metall bezahlt. Je länger die Arbeitsniederlegung dauerte, um so teurer würde die Aktion für die Gewerkschaft. "Das ist unser geringstes Problem", beschwichtigt Jürgen Wechsler. Mehr zu schaffen macht ihm das Wetter für die Streikposten. Am Dienstag nachmittag schneite es in Nürnberg bei minus ein Grad Celsius.

Besseres Wetter hatte die IG Metall im vergangenen Herbst, als das Chipwerk von Infineon im Münchner Stadtteil Neuperlach bestreikt wurde. Auch dort drehte sich der Streit um einen Sozialtarifvertrag, weil das veraltete Infineon-Werk mit 800 Mitarbeitern Anfang 2007 geschlossen wird. Die Forderungen der Gewerkschaft glichen den Bedingungen, die für AEG in Nürnberg verlangt werden. Eine Abfindung von drei Monatsgehältern je Berufsjahr und eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für eine möglichst lange Zeit. Nach acht Tagen Streik und langen Verhandlungen stand das Ergebnis für das Infineon-Werk in Perlach fest: 1,32 Monatsgehälter als Basis für die Berechnung der Abfindung und eine Qualifizierungsgesellschaft für höchstens ein Jahr. Die Gewerkschaft mußte Abstriche hinnehmen. Allerdings hatte die Leitung von Infineon anfangs nur 0,33 Monatsgehälter je Berufsjahr als finanziellen Ausgleich angeboten.

"Die Abfindung ist für uns nicht der wichtigste Punkt", sagt IG-Metaller Wechsler. Die Beschäftigten, die bei Infineon in München ihre Stelle verlieren, haben nach seiner Ansicht bessere Chancen, einen anderen Arbeitsplatz zu finden, zum Beispiel bei der ehemaligen Muttergesellschaft Siemens. Die Gewerkschafter in München beschreiben die Situation allerdings nicht so rosig. "Der Arbeitsmarkt in Nürnberg und ganz Mittelfranken ist schwierig", klagt Wechsler. Zudem seien 80 Prozent der Beschäftigten bei AEG nur angelernte Kräfte, viele von ihnen Türken, Griechen, Italiener und Spanier. Die IG Metall fordert deshalb, daß sie bis Ende 2010 für den vollen Lohn in einer Qualifizierungsgesellschaft bleiben können. "Wir wollen Electrolux nicht aus der Verantwortung lassen." Den Konzernen müsse deutlich gemacht werden, daß Arbeitslose nicht einfach auf die Straße gesetzt werden könnten, sagt Wechsler. "Und dann jammern sie, daß die Sozialkassen geplündert werden."

Mit welchen Kosten des Sozialtarifvertrags Electrolux kalkuliert, behält das Unternehmen bisher für sich. Bekannt ist die Gesamtschätzung von 240 Millionen Euro, die alle Aspekte der Schließung und der Verlagerung der Produktion, voraussichtlich überwiegend nach Polen, enthält. 1,4 Millionen Waschmaschinen und Geschirrspüler sowie einen kleinen Anteil Trockner hat das Nürnberger Werk im vergangenen Jahr hergestellt. Bei welcher Dauer des Streiks Lieferschwierigkeiten entstehen könnten, sei nicht vorherzusagen, sagt ein Sprecher von Electrolux. "Darüber will ich nicht

spekulieren." Einen Notfallplan für eine Ersatzproduktion gebe es nicht. Die Produktionsausfälle während der Protestaktionen und des Warnstreiks hätten dank der Lagerbestände ohne Schwierigkeiten aufgefangen werden können. Die IG Metall stellt die Lage anders dar und rechnet schon nach kurzer Unterbrechung der Fertigung mit Lieferengpässen. Die andere Seite unter Druck zu setzen und sich nicht in die eigenen Karten schauen zu lassen gehört nun einmal zur Taktik eines Arbeitskampfes.

Ein Kompromiß ist in Nürnberg noch nicht in Sichtweite. Der Electrolux-Sprecher beteuert zwar die Bereitschaft der Arbeitgeberseite, am Verhandlungstisch mit der IG Metall eine Lösung zu finden. Ähnlich hören sich auch die Bekenntnisse der anderen Partei an. Ein Streik - wohl auch als Instrument der IG Metall, um ihre Macht zu demonstrieren - ist dennoch unausweichlich.

Der deutsche Markt *) für Elektro-Hausgeräte 2004 - 2006

	in Milliarden Euro		
	2004	2005 v)	2006 p)
Produktion	8,30	8,40	8,60
(-) Export	6,50	6,80	7,00
(+) Import	4,30	4,50	4,70
(=) Inlands-			
versorgung	6,20	6,10	6,20
Inlandsumsatz	6,20	6,10	6,30
Großgeräte	4,30	4,10	4,30
Kleingeräte	1,60	1,70	1,70
Hauswärmetechnik	0,34	0,34	0,34

*) Abgabepreise an den Haushalt ohne MwSt. v) = Vorläufig. p) = Prognose. Produktion/Import/Export ohne gewerbliche Wärmegeräte, Kältemittelverdichter, Heizelemente
Quelle: GfK/ZVEI

Bildunterschrift: Wahlhilfe.

Im AEG-Werk droht ein langer Streik

Die Produktion in Nürnberg steht still / Ministerpräsident Stoiber will vermitteln

him. MÜNCHEN, 20. Januar. Die IG Metall stellt sich auf einen langen Streik im Nürnberger AEG-Werk ein. „Für die nächsten vier Wochen haben wir schon geplant“, berichtete Jürgen Wechsler, der Streikleiter und Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Nürnberg. „Wir werden diesen Streik sehr lange und bis zum Äußersten führen, bis wir ein akzeptables Ergebnis bekommen“, rief Berthold Huber, der Zweite Vorsitzende der IG Metall, am Freitag den AEG-Mitarbeitern zu. Electrolux-Manager Horst Winkler forderte die IG Metall auf, in der nächsten Woche an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Er kann dabei mit der Unterstützung von Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) rechnen. Stoiber kündigte an, die Gewerkschaft und die Arbeitgeberseite in der kommenden Woche zu Gesprächen einzuladen.

Am Freitag um sechs Uhr begann der Arbeitskampf mit der Frühschicht. Seitdem steht die Produktion von Waschmaschinen, Geschirrspülern und Trocknern in dem Werk still. Die Gewerkschaft zählte während der Kundgebung am Freitag morgen vor dem Haupttor bis zu 1400 Teilnehmer. Außer den Beschäftigten von AEG aus Nürnberg und vom Werk Rothenburg, seien Mitarbeiter anderer Metallbetriebe wie Infineon, Siemens und MTU, Gewerkschafter sowie die Oberbürgermeister von Nürnberg und Fürth gekommen.

„Unser politisches Ziel bleibt, daß Electrolux den Schließungsbeschuß zurücknimmt“, sagte Streikleiter Wechsler. „Vordergründig geht es um einen Sozialtarifvertrag.“ Der schwedische Mutterkonzern Electrolux hatte im Dezember entschieden, daß das Nürnberger Werk mit 1750 Mitarbeitern Ende 2007 geschlossen wird. Das Unternehmen begründet den Beschluß mit dem Verfall der Preise für Hausgeräte und einem Kostennachteil im Vergleich mit anderen Standorten. „Wir müssen handeln“, sagte Winkler am Freitag. In Polen, wohin der Großteil der Produktion aus Mittelfranken verlagert werden soll, baut Electrolux zwei neue Werke. Die Ver-

handlung über einen Sozialtarifvertrag, in dem beispielsweise die Höhe der Abfindungen für die Beschäftigten in Nürnberg geregelt wird, war in der vergangenen Woche gescheitert. Die Unternehmensleitung wirft der IG Metall vor, sie habe von Anfang an nur das Ziel eines Streiks verfolgt.

Huber verteidigte dagegen den Arbeitskampf als Notwehr gegen die Willkür eines Konzerns. Er prangerte wie schon in den vergangenen Tagen einen „rücksichtslosen Kapitalismus“ von Electrolux an. Das AEG-Werk in Nürnberg müsse erhalten werden. Gewerkschaft und Betriebsrat sagen Lieferengpässe schon nach wenigen Tagen Streik voraus.

Sozialtarifvertrag

In Nürnberg streiken die AEG-Mitarbeiter für den Abschluß eines sogenannten Sozialtarifvertrags. Dahinter verbirgt sich eine Strategie, mit der Gewerkschaften Standortverlagerungen oder Schließungen verhindern wollen. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz ist für Details der Abwicklung von Standortentscheidungen eigentlich der Betriebsrat zuständig. Dieser muß zusammen mit dem Arbeitgeber einen Sozialplan entwickeln, mit dem die sozialen Härten von betriebsbedingten Kün-

digungen mit Abfindungen und anderen Maßnahmen abgefedert werden sollen. Mit einem Sozialtarifvertrag versuchen Gewerkschaften nun vermehrt, Einfluß auf solche geplanten Umstrukturierungen zu nehmen. Der Betrieb wird dadurch gleich von zwei Seiten in die Mangel genommen: vom Betriebsrat auf der einen und den Gewerkschaften auf der anderen Seite. Deshalb bestehen Zweifel, ob ein Streik zur Erzwingung solcher Pläne überhaupt zulässig ist. (cbu.)

Gewerkschaften und Betriebsrat nehmen Unternehmen in die Zange

Streiks wie bei AEG gehören zu einer neuen Strategie der IG Metall, Standortschließungen zu verhindern / Von Corinna Budras

FRANKFURT, 23. Januar. Heidelberger Druckmaschinen, Otis, Infineon und jetzt auch AEG – zumindest in einer Hinsicht teilen diese Unternehmen die gleiche Erfahrung: Sie wurden Ziel einer Strategie der IG Metall, die einen grundsätzlichen Wandel im Umgang mit Standortentscheidungen bedeuten könnte. So schlug diesen Unternehmen massiver Widerstand der Gewerkschaft entgegen, nachdem der Vorstand entschieden hatte, Produktionsstätten in Deutschland zu schließen oder ins Ausland zu verlagern. Als jüngstes Beispiel wird seit Freitag vergangener Woche das Nürnberger AEG-Werk des schwedischen Konzerns Electrolux bestreikt. Auch die Arbeitnehmer des Reifenherstellers Continental protestierten am Montag gegen eine drohende Standortschließung. In diesem Unternehmen ist die Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie federführend. Noch wird mit dem Unternehmen über die endgültige Schließung verhandelt, über Forderungen nach einem Sozialtarifvertrag wurde hier noch nicht entschieden.

Als Ausgangspunkt dieser Strategie fordert die IG Metall den Abschluß von Sozialtarifverträgen, mit denen sie vordergründig eine soziale Abfederung der Betriebsänderungen erreichen will. Tatsächlich ist das Ziel jedoch – oft auch erklärtermaßen –, die Schließung selbst zu verhindern. Auch bei AEG erklärte der Streikleiter von der IG Metall Nürnberg, Jürgen Wechsler: „Unser politisches Ziel bleibt, daß Electrolux den Schließungsbeschuß zurücknimmt“ (F.A.Z. vom 21. Januar).

Als Konsequenz dieses Engagements müssen sich Arbeitgeber in solchen Fällen inzwischen nicht mehr nur mit dem Betriebsrat auseinandersetzen. Mit der demokratisch gewählten Arbeitnehmervertretung mußten sie nach dem Betriebsverfassungsgesetz bei Betriebsänderungen seit je einen Sozialplan erarbeiten, mit dem durch Abfindungszahlungen oder die Finanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen die wirtschaftlichen Nachteile für die Belegschaft ausgeglichen werden sollen. In Unternehmen mit vielen Gewerkschaftsmitgliedern kommt der Druck jedoch zunehmend auch von außen – und mit ihm die Gefahr des Arbeitskampfs. Während Streitigkeiten mit dem Betriebsrat über den Sozialplan lediglich vor eine unabhängige betriebliche Schlichtungsstelle gebracht werden können, drohen bei Forderungen nach Sozialtarifverträgen Streiks – und damit tage- oder gar wochenlange Ausfälle in den Unternehmen.



Continental könnte das nächste Beispiel werden.

Foto dpa

„Das ist eine neue Strategie der Gewerkschaften, mit der die Arbeitgeber in die Zange genommen werden“, sagte der Düsseldorfer Rechtsanwalt Bernd Schiefer im Gespräch mit dieser Zeitung. Sie führe zu einem Paradigmenwechsel in Deutschland, denn die Verhandlungen über die soziale Abfederung von Standortentscheidungen werden von der betrieblichen auf die gewerkschaftliche Ebene und in den Arbeitskampf verschoben. „Das ist eine ganz andere Dimension und kann gefährlich werden für Investitionsentscheidungen.“ Auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) sieht diese Entwicklung mit Sorge: „Wir sind alarmiert“, erklärte Roland Wolf, Leiter der Abteilung Arbeitsrecht.

Diese Taktik wurde Ende der neunziger Jahre von der IG Metall entwickelt –

als Reaktion auf die immer häufiger getroffenen Entscheidungen von Unternehmen, Standorte ins Ausland zu verlagern. „Auch in der Strategie der Unternehmen hat sich einiges geändert“, erklärte eine IG-Metall-Pressesprecherin. Inzwischen würden vermehrt Arbeitgeber, die wirtschaftlich wettbewerbsfähig seien, Standorte zur Steigerung der Rendite schließen. So sei auch der AEG-Standort in Nürnberg profitabel. Früher hingegen seien solche Entscheidungen hauptsächlich von Betrieben in wirtschaftlichen Schwierigkeiten getroffen worden und seien damit nachvollziehbarer gewesen.

Im Jahr 2000 hatte das Landesarbeitsgericht Hamm einen Streik zur Standortsicherung als einen unzulässigen Eingriff in die Unternehmensautonomie gewertet. Der Gesetzgeber habe die Entscheidung

über die Folgen einer Schließung zudem dem Betriebsrat zugeordnet, nicht etwa den Tarifvertragsparteien, urteilten die Richter. Nach erneuten Streiks bei der Heidelberger Druckmaschinen AG und dem Fahrtreppenhersteller Otis zeichnete sich jedoch eine juristische Wende ab. Bei diesen Fällen stellte sich die Frage, ob Gleiches auch gelte, wenn die Gewerkschaften derart überzogene Forderungen stellten, daß sie faktisch auf eine Verhinderung der Standortverlagerung hinausläufen. Das sah das Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein im Jahr 2003 nicht so. Ein Arbeitskampf sei nur dann rechtswidrig, wenn die Forderung als solche auf ein tariflich nicht regelbares Ziel gerichtet sei, also etwa die Verhinderung der Standortverlagerung oder jeglicher Kündigungen. Hier bezögen sich die Tarifforderungen

gen jedoch nicht auf den Standorterhalt, sondern würden nur für den Fall der Produktionsverlagerung gestellt und seien ohnehin Verhandlungsbasis. Zudem habe der Betriebsrat keine ausschließliche Kompetenz, Regelungen zum Interessenausgleich und Sozialplan zu vereinbaren, urteilten sie. Den Streik haben die Richter deshalb für rechtmäßig erachtet. Lediglich die konkret geforderten „exorbitant langen Kündigungsfristen“ hat das Landesarbeitsgericht als unzulässige Verletzung der Unternehmensautonomie angesehen. Ähnlich entschied das Landesarbeitsgericht Niedersachsen rund ein Jahr später, und die Gewerkschafter verspürten Rückenwind. So zitierte die IG Metall den Otis-Betriebsratsvorsitzenden Ali Naghi mit den Worten: „Das Urteil bestärkt uns in unserem Widerstand gegen den sozialen Kahlschlag in der Region. Und das Urteil motiviert für den weiteren Kampf um tarifvertraglich geregelte Qualifizierung und Abfindung.“

Die Sichtweise der Gerichte ist seither auf vehemente Kritik gestoßen. Für Rechtsanwalt Schiefer sind die Forderungen nach Sozialtarifverträgen unzulässig und die dafür geführten Arbeitskämpfe rechtswidrig. So verböten die gesetzlich vorgesehenen Verhandlungen mit dem Betriebsrat das Einschreiten der Gewerkschaften. Neben der Entscheidungsfreiheit des Arbeitgebers sieht er auch die Interessen der nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer gefährdet, die allein auf die Verhandlungen mit dem Betriebsrat angewiesen seien. Höchststrichlich ist dieser Streit noch nicht entschieden. Das Bundesarbeitsgericht hat sich mit der Strategie noch nicht befaßt.

Betroffene Betriebe verfolgten deshalb meist einen pragmatischen Ansatz, ohne die Frage nach der Zulässigkeit zu stellen, sagte Roland Lukas, ehemaliger Vizepräsident des Arbeitsgerichts Frankfurt. „Die Unternehmen sind daran interessiert, möglichst schnell zu einem Ergebnis zu kommen“, erklärte Lukas, der inzwischen ausschließlich als Leiter von Einigungsstellen tätig ist. „Solch medienwirksame Streiks wie bei AEG sind schließlich viel unangenehmer als Gespräche mit dem Betriebsrat hinter verschlossenen Türen.“ Die Gewerkschaften verzeichnen deshalb bereits einige Erfolge mit ihrem Vorgehen. So hat die IG Metall im vergangenen Oktober nach einem achttägigen Streik im Infineon-Werk in München-Perlach einen Sozialtarifvertrag erkämpft, der ein Volumen von mehr als 50 Millionen Euro hatte.

Gewerkschaften und Betriebsrat nehmen Unternehmen in die Zange

Streiks wie bei AEG gehören zu einer neuen Strategie der IG Metall, Standortschließungen zu verhindern / Von Corinna Budras

FRANKFURT, 23. Januar. Heidelberger Druckmaschinen, Otis, Infineon und jetzt auch AEG - zumindest in einer Hinsicht teilen diese Unternehmen die gleiche Erfahrung: Sie wurden Ziel einer Strategie der IG Metall, die einen grundsätzlichen Wandel im Umgang mit Standortentscheidungen bedeuten könnte. So schlug diesen Unternehmen massiver Widerstand der Gewerkschaft entgegen, nachdem der Vorstand entschieden hatte, Produktionsstätten in Deutschland zu schließen oder ins Ausland zu verlagern. Als jüngstes Beispiel wird seit Freitag vergangener Woche das Nürnberger AEG-Werk des schwedischen Konzerns Electrolux bestreikt. Auch die Arbeitnehmer des Reifenherstellers Continental protestierten am Montag gegen eine drohende Standortschließung. In diesem Unternehmen ist die Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie federführend. Noch wird mit dem Unternehmen über die endgültige Schließung verhandelt, über Forderungen nach einem Sozialtarifvertrag wurde hier noch nicht entschieden.

Als Ausgangspunkt dieser Strategie fordert die IG Metall den Abschluß von Sozialtarifverträgen, mit denen sie vordergründig eine soziale Abfederung der Betriebsänderungen erreichen will. Tatsächlich ist das Ziel jedoch - oft auch erklärtermaßen -, die Schließung selbst zu verhindern. Auch bei AEG erklärte der Streikleiter von der IG Metall Nürnberg, Jürgen Wechsler: "Unser politisches Ziel bleibt, daß Electrolux den Schließungsbeschuß zurücknimmt" (F.A.Z. vom 21. Januar).

Als Konsequenz dieses Engagements müssen sich Arbeitgeber in solchen Fällen inzwischen nicht mehr nur mit dem Betriebsrat auseinandersetzen. Mit der demokratisch gewählten Arbeitnehmervertretung mußten sie nach dem Betriebsverfassungsgesetz bei Betriebsänderungen seit je einen Sozialplan erarbeiten, mit dem durch Abfindungszahlungen oder die Finanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen die wirtschaftlichen Nachteile für die Belegschaft ausgeglichen werden sollen. In Unternehmen mit vielen Gewerkschaftsmitgliedern kommt der Druck jedoch zunehmend auch von außen - und mit ihm die Gefahr des Arbeitskampfs. Während Streitigkeiten mit dem Betriebsrat über den Sozialplan lediglich vor eine unabhängige betriebliche Schlichtungsstelle gebracht werden können, drohen bei Forderungen nach Sozialtarifverträgen Streiks - und damit tage- oder gar wochenlange Ausfälle in den Unternehmen.

"Das ist eine neue Strategie der Gewerkschaften, mit der die Arbeitgeber in die Zange genommen werden", sagte der Düsseldorfer Rechtsanwalt Bernd Schiefer im Gespräch mit dieser Zeitung. Sie führe zu einem Paradigmenwechsel in Deutschland, denn die Verhandlungen über die soziale Abfederung von Standortentscheidungen werden von der betrieblichen auf die gewerkschaftliche Ebene und in den Arbeitskampf verschoben. "Das ist eine ganz andere Dimension und kann gefährlich werden für Investitionsentscheidungen." Auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) sieht diese Entwicklung mit Sorge: "Wir sind alarmiert", erklärte Roland Wolf, Leiter der Abteilung Arbeitsrecht.

Diese Taktik wurde Ende der neunziger Jahre von der IG Metall entwickelt - als Reaktion auf die immer häufiger getroffenen Entscheidungen von Unternehmen, Standorte ins Ausland zu verlagern. "Auch in der Strategie der Unternehmen hat sich einiges geändert", erklärte eine IG-Metall-Pressesprecherin. Inzwischen würden vermehrt Arbeitgeber, die wirtschaftlich wettbewerbsfähig seien, Standorte zur Steigerung der Rendite schließen. So sei auch der AEG-Standort in Nürnberg profitabel. Früher hingegen seien solche Entscheidungen hauptsächlich von Betrieben in wirtschaftlichen Schwierigkeiten getroffen worden und seien damit nachvollziehbarer gewesen.

Im Jahr 2000 hatte das Landesarbeitsgericht Hamm einen Streik zur Standortsicherung als einen unzulässigen Eingriff in die Unternehmensautonomie gewertet. Der Gesetzgeber habe die Entscheidung über die Folgen einer Schließung zudem dem Betriebsrat zugeordnet, nicht etwa den Tarifvertragsparteien, urteilten die Richter. Nach erneuten Streiks bei der Heidelberger Druckmaschinen AG und dem Fahrtreppenhersteller Otis zeichnete sich jedoch eine juristische Wende ab. Bei diesen Fällen stellte sich die Frage, ob Gleiches auch gelte, wenn die Gewerkschaften derart überzogene Forderungen stellten, daß sie faktisch auf eine Verhinderung der Standortverlagerung hinausliefen. Das sah das Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein im Jahr 2003 nicht so. Ein Arbeitskampf sei nur dann rechtswidrig, wenn die Forderung als solche auf ein tariflich nicht regelbares Ziel gerichtet sei, also etwa die Verhinderung der Standortverlagerung oder jeglicher Kündigungen. Hier bezögen sich die Tarifforderungen jedoch nicht auf den Standorterhalt, sondern würden nur für den Fall der Produktionsverlagerung gestellt und seien ohnehin Verhandlungsbasis. Zudem habe der Betriebsrat keine ausschließliche Kompetenz, Regelungen zum Interessenausgleich und Sozialplan zu vereinbaren, urteilten sie. Den Streik haben die Richter deshalb für rechtmäßig erachtet. Lediglich die konkret geforderten "exorbitant langen Kündigungsfristen" hat das Landesarbeitsgericht als unzulässige Verletzung der Unternehmensautonomie angesehen. Ähnlich entschied das Landesarbeitsgericht Niedersachsen rund ein Jahr später, und die Gewerkschafter verspürten Rückenwind. So zitierte die IG Metall den Otis-Betriebsratsvorsitzenden Ali Naghi mit den Worten: "Das Urteil bestärkt uns in unserem Widerstand gegen den sozialen Kahlschlag in der Region. Und das

Urteil motiviert für den weiteren Kampf um tarifvertraglich geregelte Qualifizierung und Abfindung."

Die Sichtweise der Gerichte ist seither auf vehemente Kritik gestoßen. Für Rechtsanwalt Schiefer sind die Forderungen nach Sozialtarifverträgen unzulässig und die dafür geführten Arbeitskämpfe rechtswidrig. So verböten die gesetzlich vorgesehenen Verhandlungen mit dem Betriebsrat das Einschreiten der Gewerkschaften. Neben der Entscheidungsfreiheit des Arbeitgebers sieht er auch die Interessen der nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer gefährdet, die allein auf die Verhandlungen mit dem Betriebsrat angewiesen seien. Höchststrichterlich ist dieser Streit noch nicht entschieden. Das Bundesarbeitsgericht hat sich mit der Strategie noch nicht befaßt.

Betroffene Betriebe verfolgten deshalb meist einen pragmatischen Ansatz, ohne die Frage nach der Zulässigkeit zu stellen, sagte Roland Lukas, ehemaliger Vizepräsident des Arbeitsgerichts Frankfurt. "Die Unternehmen sind daran interessiert, möglichst schnell zu einem Ergebnis zu kommen", erklärte Lukas, der inzwischen ausschließlich als Leiter von Einigungsstellen tätig ist. "Solch medienwirksame Streiks wie bei AEG sind schließlich viel unangenehmer als Gespräche mit dem Betriebsrat hinter verschlossenen Türen." Die Gewerkschaften verzeichnen deshalb bereits einige Erfolge mit ihrem Vorgehen. So hat die IG Metall im vergangenen Oktober nach einem achttägigen Streik im Infineon-Werk in München-Perlach einen Sozialtarifvertrag erkämpft, der ein Volumen von mehr als 50 Millionen Euro hatte.

Bildunterschrift: Continental könnte das nächste Beispiel werden.

Foto dpa

Quelle:	Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2006, Nr. 20, S. 13
----------------	---

EU-Kommission weist Kritik von Glos zurück

Keine europäischen Mittel für Electrolux oder AEG / Parlament unterstützt Subventionsstop für Betriebsverlagerungen

hmk./ami. BRÜSSEL/BERLIN, 26. Januar. Die Europäische Kommission hat die Kritik von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) an der angeblichen Förderung von Standortverlagerungen mit EU-Mitteln zurückgewiesen. Es habe noch nie den Fall gegeben, daß ein Unternehmen Mittel aus den EU-Strukturfonds genutzt habe, um die Produktion in ein anderes Land der Union zu verlagern, sagte Regionalkommissarin Danuta Hübner am Donnerstag in Brüssel. Immer wenn von den Staaten entsprechende Bedenken geäußert worden seien, habe sich in der Vergangenheit herausgestellt, daß die EU keine Fördergelder gezahlt habe. Auch der schwedische Konzern Electrolux erhalte weder in Polen noch in Deutschland Mittel der EU. Electrolux plant, ein Gerätewerk des Tochterunternehmens AEG in Nürnberg zu schließen und die Produktion nach Polen zu verlagern. Die Belegschaft hat dagegen einen Streik ausgerufen. Der Fall gilt als Anlaß für den Vorstoß von Glos, auch wenn der Minister AEG nicht ausdrücklich erwähnt.

Der deutsche Wirtschaftsminister Glos hatte in einem Brief an seinen österreichischen Kollegen, Martin Bartenstein, die aktuellen Förderregeln der EU als kaum vermittelbar bezeichnet und die Staaten dazu aufgerufen, „Verlagerungen grundsätzlich von der Förderung“ auszuschließen. Bartenstein ist derzeit als EU-Ratspräsident für derartige Reformen in der Gemeinschaft zuständig. Glos möchte die Förderung mit Gemeinschaftsmitteln in Fällen untersagen, in denen das Projekt, das im Zusammenhang mit einer Verlagerung steht, zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten in anderen Regionen der EU führt. Er knüpfe damit an die Arbeit seines Vorgängers Wolfgang Clement (SPD) an, heißt es in Berlin. In dessen Heimatland Nordrhein-Westfalen gibt es eine Regelung, die verhindern soll, daß Unternehmen den Standort nur in ostdeutsche Bundesländer verlagern, weil sie dort gefördert werden. Die betroffenen Landesregierungen müssen sich nach der Regel über die Verlagerung verständigen. Können sie sich nicht einigen, darf der künftige Standort der Produktion nicht mehr Mittel erhalten, als der Investor am alten Standort bekommen hätte. „Diese Regelung hat sich bewährt“, heißt es im Bundeswirtschaftsministerium.

Nach Ansicht von Regionalkommissarin Hübner zielt der Vorstoß von Minister Glos allerdings weitgehend auf Regeln ab, die in der EU existieren. Es werde schon



Stein des Anstoßes: eine Geschirrspülmaschinenfabrik der Firma Electrolux in Polen

Foto dpa

heute vor der Förderung von Großprojekten in einem Land überprüft, welche Folgen sie auf andere Mitgliedsländer haben könne. Die Schwelle liegt dabei bei 50 Millionen Euro für Projekte aus dem Transportsektor und 25 Millionen Euro für Umweltprojekte. Glos möchte diese Aufschwelle, von der an die Kommission in eine intensivere Prüfung einsteigen muß, generell auf 25 Millionen Euro senken. Ferner will er die Kontrolle nicht mehr ausschließlich der Kommission überlassen: „Bei dieser Einzelfallkontrolle sind wegen der Arbeitsplatzauswirkungen die betroffenen Mitgliedstaaten zwingend zu beteiligen“, schreibt Glos in dem Brief an Bartenstein, den er offenbar auch an die Kommissarin Hübner geschickt hat.

Hübner bezeichnete die Fünf-Jahres-Regel, die europäisch geförderte Unternehmen zu einer Bestandsgarantie für die geschaffenen Arbeitsplätze verpflichtet, als gute Basis, um Standortverlagerungen zu verhindern. Glos hatte diese nicht ausreichend genannt. Nach Angaben der Kommission mußten mehrfach Unternehmen die Fördermittel an die EU zurück-

zahlen, weil sie die Garantie vor Ablauf der fünf Jahre nicht aufrechterhalten hätten. Das habe allerdings nie im Zusammenhang mit einer Verlagerung des Standorts gestanden. Kommissarin Hübner verwies zudem darauf, daß die EU-Behörde vorgeschlagen habe, die Regel auf sieben Jahre auszuweiten. Die Diskussion der EU-Staaten habe aber gezeigt, daß sie gegen eine Verlängerung seien. Änderungen in solchen Fragen müssen von den Staaten einstimmig angenommen werden.

Unterstützung für seinen Vorstoß erhielt Glos unterdessen im Europaparlament. Die EU müsse vermeiden, daß Strukturmittel für „Subventions-Hopping“ mißbraucht würden, sagte der CDU-Europaabgeordnete Markus Pieper. Der Regionalausschuß des Parlaments hatte einen entsprechenden Bericht des belgischen Sozialisten Alain Hutchinson beinahe einstimmig angenommen. Die EU-Abgeordneten sprechen sich darin dafür aus, geförderte Unternehmen, die Standorte ins Ausland verlagern, für sieben Jahre sowohl von europäischen als auch von nationalen und regionalen

Hilfen auszunehmen. Das soll auch für solche Unternehmen gelten, die nationale oder internationale Rechte der Arbeitnehmer nicht beachten. Außerdem sprach sich der Ausschuß für eine Sieben-Jahres-Bestandsgarantie aus.

Hutchinson warf der Kommission vor, die Einhaltung der Fünf-Jahres-Garantie werde nicht ausreichend überprüft. Nur deshalb müßten die geförderten Unternehmen selten Geld zurückzahlen. Auch Pieper sprach sich für bessere Kontrollen aus. Zudem forderte er wie Glos, daß die von der Verlagerung betroffenen EU-Staaten stärker in die Entscheidung über die Genehmigung der Mittel einbezogen werden müßten. Es gehe nicht darum, den Strukturwandel in Europa aufzuhalten, sondern den Mißbrauch und reine Mitnahmeeffekte zu verhindern, sagte Pieper. Das Plenum muß über den Bericht noch abstimmen. Das Europaparlament hat in dieser Frage allerdings keine Gestaltungsrechte. Es kann den Entwurf der Kommission für die Rahmenverordnung zu den EU-Strukturfonds nur ablehnen oder annehmen, nicht aber ändern.

EU-Kommission weist Kritik von Glos zurück

Keine europäischen Mittel für Electrolux oder AEG / Parlament unterstützt Subventionsstop für Betriebsverlagerungen

hmk./ami. BRÜSSEL/BERLIN, 26. Januar. Die Europäische Kommission hat die Kritik von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) an der angeblichen Förderung von Standortverlagerungen mit EU-Mitteln zurückgewiesen. Es habe noch nie den Fall gegeben, daß ein Unternehmen Mittel aus den EU-Strukturfonds genutzt habe, um die Produktion in ein anderes Land der Union zu verlagern, sagte Regionalkommissarin Danuta Hübner am Donnerstag in Brüssel. Immer wenn von den Staaten entsprechende Bedenken geäußert worden seien, habe sich in der Vergangenheit herausgestellt, daß die EU keine Fördergelder gezahlt habe. Auch der schwedische Konzern Electrolux erhalte weder in Polen noch in Deutschland Mittel der EU. Electrolux plant, ein Gerätewerk des Tochterunternehmens AEG in Nürnberg zu schließen und die Produktion nach Polen zu verlagern. Die Belegschaft hat dagegen einen Streik ausgerufen. Der Fall gilt als Anlaß für den Vorstoß von Glos, auch wenn der Minister AEG nicht ausdrücklich erwähnt.

Der deutsche Wirtschaftsminister Glos hatte in einem Brief an seinen österreichischen Kollegen, Martin Bartenstein, die aktuellen Förderregeln der EU als kaum vermittelbar bezeichnet und die Staaten dazu aufgerufen, "Verlagerungen grundsätzlich von der Förderung" auszuschließen. Bartenstein ist derzeit als EU-Ratspräsident für derartige Reformen in der Gemeinschaft zuständig. Glos möchte die Förderung mit Gemeinschaftsmitteln in Fällen untersagen, in denen das Projekt, das im Zusammenhang mit einer Verlagerung steht, zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten in anderen Regionen der EU führt. Er knüpfe damit an die Arbeit seines Vorgängers Wolfgang Clement (SPD) an, heißt es in Berlin. In dessen Heimatland Nordrhein-Westfalen gibt es eine Regelung, die verhindern soll, daß Unternehmen den Standort nur in ostdeutsche Bundesländer verlagern, weil sie dort gefördert werden. Die betroffenen Landesregierungen müssen sich nach der Regel über die Verlagerung verständigen. Können sie sich nicht einigen, darf der künftige Standort der Produktion nicht mehr Mittel erhalten, als der Investor am alten Standort bekommen hätte. "Diese Regelung hat sich bewährt", heißt es im Bundeswirtschaftsministerium.

Nach Ansicht von Regionalkommissarin Hübner zielt der Vorstoß von Minister Glos allerdings weitgehend auf Regeln ab, die in der EU existieren. Es werde schon heute vor der Förderung von Großprojekten in einem Land überprüft, welche Folgen sie auf andere Mitgliedsländer haben könne. Die Schwelle liegt dabei bei 50 Millionen Euro für Projekte aus dem Transportsektor und 25 Millionen Euro für Umweltprojekte. Glos möchte diese Aufgreifschwelle, von der an die Kommission in eine intensivere Prüfung einsteigen muß, generell auf 25 Millionen Euro senken. Ferner will er die Kontrolle nicht mehr ausschließlich der Kommission überlassen: "Bei dieser Einzelfallkontrolle sind wegen der Arbeitsplatzauswirkungen die betroffenen Mitgliedstaaten zwingend zu beteiligen", schreibt Glos in dem Brief an Bartenstein, den er offenbar auch an die Kommissarin Hübner geschickt hat.

Hübner bezeichnete die Fünf-Jahres-Regel, die europäisch geförderte Unternehmen zu einer Bestandsgarantie für die geschaffenen Arbeitsplätze verpflichtet, als gute Basis, um Standortverlagerungen zu verhindern. Glos hatte diese nicht ausreichend genannt. Nach Angaben der Kommission mußten mehrfach Unternehmen die Fördermittel an die EU zurückzahlen, weil sie die Garantie vor Ablauf der fünf Jahre nicht aufrechterhalten hätten. Das habe allerdings nie im Zusammenhang mit einer Verlagerung des Standorts gestanden. Kommissarin Hübner verwies zudem darauf, daß die EU-Behörde vorgeschlagen habe, die Regel auf sieben Jahre auszuweiten. Die Diskussion der EU-Staaten habe aber gezeigt, daß sie gegen eine Verlängerung seien. Änderungen in solchen Fragen müssen von den Staaten einstimmig angenommen werden.

Unterstützung für seinen Vorstoß erhielt Glos unterdessen im Europaparlament. Die EU müsse vermeiden, daß Strukturmittel für "Subventions-Hopping" mißbraucht würden, sagte der CDU-Europaabgeordnete Markus Pieper. Der Regionalausschuß des Parlaments hatte einen entsprechenden Bericht des belgischen Sozialisten Alain Hutchinson beinahe einstimmig angenommen. Die EU-Abgeordneten sprechen sich darin dafür aus, geförderte Unternehmen, die Standorte ins Ausland verlagern, für sieben Jahre sowohl von europäischen als auch von nationalen und regionalen Hilfen auszunehmen. Das soll auch für solche Unternehmen gelten, die nationale oder internationale Rechte der Arbeitnehmer nicht beachten. Außerdem sprach sich der Ausschuß für eine Sieben-Jahres-Bestandsgarantie aus.

Hutchinson warf der Kommission vor, die Einhaltung der Fünf-Jahres-Garantie werde nicht ausreichend überprüft. Nur deshalb müßten die geförderten Unternehmen selten Geld zurückzahlen. Auch Pieper sprach sich für bessere Kontrollen aus. Zudem forderte er wie Glos, daß die von der Verlagerung betroffenen EU-Staaten stärker in die Entscheidung über die Genehmigung der Mittel einbezogen werden müßten. Es gehe nicht darum, den Strukturwandel in Europa aufzuhalten, sondern den Mißbrauch und reine Mitnahmeeffekte zu verhindern, sagte Pieper. Das Plenum muß über den Bericht noch abstimmen. Das

Europaparlament hat in dieser Frage allerdings keine Gestaltungsrechte. Es kann den Entwurf der Kommission für die Rahmenverordnung zu den EU-Strukturfonds nur ablehnen oder annehmen, nicht aber ändern.

Bildunterschrift: Stein des Anstoßes: eine Geschirrspülmaschinenfabrik der Firma Electrolux in Polen.

Foto dpa

Quelle:	Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.01.2006, Nr. 23, S. 13
----------------	---



Durchhalten, heißt die Parole in eisiger Kälte: „Fünf bis sechs Wochen“, sagt der Gabelstaplerfahrer; „ein Jahr, wenn es sein muß“, der Streikleiter. Die IG Metall hat das Werk fest im Griff.

Fotos Frank Röth

Wieviel soll es denn sein?

Die Nürnberger AEG-Belegschaft kämpft um ihr Werk / Aber an ein Wunder glauben die wenigsten / Von Michael Knopf

NÜRNBERG, 27. Januar. Die IG Metall nervt, das muß man bei aller gebotenen Neutralität doch ganz klar feststellen. Nicht ihres Anliegens wegen, das jedenfalls hier bei der AEG in Nürnberg aller Ehren wert ist: mindestens 1750 Arbeitsplätze zu retten oder wenigstens die künftigen Arbeitslosen finanziell so gut ausstatten zu lassen, daß sie für längere Zeit durchhalten. Aber weshalb der Lärm? Warum gilt gewerkschaftsintern offenbar die Regel, jede Art von Meinung durch schrilles Pfeifen auszudrücken? Da steht der Streikleiter Jürgen Wechsler im Streikzelt auf einer Bank und hält eine kleine Ansprache. Er fragt rhetorisch: „Wir machen weiter, oder?“ Lautes Pfeifen. Hans Sträberg, der Chef des schwedischen Mutterkonzerns Electrolux, der große Gegner also, habe sich zum ersten Mal in den Medien zum Streik geäußert: „Das ist euer Erfolg!“ Noch lauter Pfeifen. Edeka komme demnächst mit einem Lastwagen vorbei, in dem nicht nur Brennholz sei, sondern auch reichlich Essen: „Ihr kennt ja den

wir hier, die niemals gefragt wurden, haben es auszubaden. Im Rahmen des globalen Existenzkampfes bleibt dann nur noch, ein Plakat mit der unfreundlichen Prophezeiung „Wo AEG draufsteht, ist Polen-Standard drin“ ans Streikzelt zu kleben.

Der abfällige Seitenhieb gegen Polen kommt daher, daß die Waschmaschinen und Geschirrspüler künftig im Nachbarland produziert werden sollen, wo die Löhne sehr viel niedriger sind und die Arbeiter nicht im Traum daran denken, sich zugunsten ihrer deutschen Kollegen dieser Verlagerung zu verweigern. Über diesen heiklen Konflikt, der einer internationalen Arbeiter-Solidarität doch sehr im Wege steht, redet aber außer dem Nürnberger Wirtschaftsreferenten Roland Fleck („Das ist der Preis für die Friedensordnung“) im Moment niemand – vielmehr geht es um die Frage, wie lange einerseits die Beschäftigten und andererseits Electrolux den Kampf durchhalten, wer nachgeben muß und mit welchen Folgen für wen.

wer ins Werk will, hat sich zunächst beim Streikposten auszuweisen. Ein Radio verbreitet zufällig „Highway to Hell“, den alten Gassenhauer der Rockgruppe AC/DC. Stimmt vermutlich, besser wird's nicht mehr, es geht dahin, aber jetzt ist Kampf, und wer an den Sieg nicht glaubt, braucht gar nicht erst anzutreten.

„Die Stimmung ist wirklich gut“, sagt Jürgen Wechsler, der Streikleiter und Zweite Vorsitzende der Nürnberger IG Metall, und im übrigen hätten die Leute ja Monate Zeit gehabt, die Situation zu verarbeiten. Im Juni vergangenen Jahres begann das Management damit, eine Schließung des Standorts Nürnberg zu prüfen, bis November zog sich dann ein Wechselspiel aus Protesten, Verhandlungen und Zugeständnissen hin; am 12. Dezember gab der Aufsichtsrat von Electrolux bekannt, das Werk werde Ende 2007 geschlossen.

Betriebsrat und Gewerkschaft sind überzeugt, der Beschluß habe von vornherein festgestanden, die Kostenrechnungen seien einseitig gewesen, es habe hinreichend Möglichkeiten gegeben, AEG in Nürnberg zu retten, kurz: Man sei verraten und verkauft worden, aus den üblichen Gewinnmaximierungs-Gründen. Der schwedische Konzern, der die AEG-Hausgeräteabteilung 1994 von Daimler übernommen hat, sagt naturgemäß das Gegenteil und verweist auf wirtschaftliche Zwänge. Doch anders als in gängigen Tarifauseinandersetzungen findet die Arbeitgeberseite in diesem Fall wenig Unterstützung, weder in den Medien – von einigen Wirtschafts-Kommentatoren abgesehen –, noch in der Politik oder gar im Volk. Es ist, als wäre das Maß des Globalisierens und ferngesteuerten Entlassens voll, weshalb die 1750 Nürnberger Beschäftigten weit über ihre bloße Zahl hinaus zum Symbol geworden sind: Was ihnen droht, droht auf diffuse Weise allen.

Deshalb ist die Stimmung vielleicht wirklich gut – aus dem Gefühl heraus, nicht für fünf Prozent mehr Lohn in der eisigen Kälte zu stehen oder für den eigenen Arbeitsplatz, sondern für den Standort Deutschland als solchen. Und tatsächlich: Nicht nur Oskar Lafontaine kommt aus naheliegenden Gründen nach Nürnberg, auch der Nürnberger Stadtrat Kilian Sendner von der CSU spendet dreihundert Paar Würstchen; Rentner bringen schon mal fünfzig Euro für die Streikkasse vorbei, und der Solidaritätskreis „Nürnberg steht auf“ unterstützt die Sache „auf antifaschistischer Grundlage“, was immer das heißen mag. Im Streikzelt, in das durch große Schläuche Warmluft geblasen wird, hängt die „Wand der Solidarität“-voller Grußbotschaften von Gewerkschaften, Bürgern und Politikern. Und sowohl der sozialdemokratische Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly als auch sein christlich-sozialer Wirtschaftsreferent Roland Fleck zweifeln an der Weisheit des Managements: „Betriebswirtschaftlich ist die Schließung begrenzt begründbar“, sagt Fleck, es gehe um die Rendite, und

dabei stelle sich immer die Frage: „Wieviel soll es denn sein?“

Wechsler sagt, die Schweden hätten sich verrechnet: die üblichen Sozialparaverhandlungen, dann Ruhe. Nun geht es aber nicht um einen Sozialplan, sondern um einen Sozialtarifvertrag, ein Unterschied, der den Streik erlaubt. Die Urabstimmung nach ebenso kurzen wie ergebnislosen Verhandlungen ergab gut 96 Prozent Zustimmung zu einem Arbeitskampf. Die Gewerkschaft wirft Electrolux vor, kein Angebot auf den Tisch gelegt zu haben, Electrolux unterstellt der Gewerkschaft, nicht Verhandlungen, sondern gleich den Streik im Sinn gehabt zu haben. Es ist wie immer, aber anders.

Anders ist zum Beispiel, daß sogar der Verkäufer eines Elektromarkts in Nürnberg die Folgen spürt: „Allerdings merke ich das“, sagt er vor einer Wand aus Waschmaschinen, „etwa die Hälfte der Leute, denen ich eine AEG zeige, winken gleich ab.“ Aus Solidarität? „Aus Solidarität.“ In diesem Verhalten liegt freilich ein kleiner Widerspruch, weil der Markt ja seine Kunden mit der Behauptung anlockt, Geiz sei geil; auch dieser Geilheit wegen sind Waschmaschinen in den vergangenen fünf Jahren um dreißig Prozent im Preis gefallen. Zwei Drittel aller verkauften Geräte kosten weniger als fünfhundert Euro. Das ist eine große Chance für Produzenten aus der Türkei oder anderen Ländern mit geringen Löhnen, doch weniger angenehm für den Produktionsstandort Deutschland.

Wer ist also schuld, der geizige Verbraucher, der keine deutschen Löhne mehr finanzieren mag, wie Electrolux klagt? Oder das Management, das es versäumt hat, sich rechtzeitig auf die Gegebenheiten einzustellen und Spitzen statt Massenware zu produzieren, wie Experten der Branche kritisieren? Solche Fragen stehen im Moment nicht im Mittelpunkt, und sie haben mit dem Leben derer, um die es geht, ohnehin ziem-

lich wenig zu tun. Sie können sich mit ihren Löhnen weder „Hochpreisiges“ leisten noch glauben, daß diese Löhne unbezahlbar seien. Die meisten von ihnen sind sogenannte Ungelernte, was aber nicht unbedingt zutrifft: Sie haben bloß einen Arbeitsplatz, für den man nicht viel lernen muß. Wenn sie ihn verlieren, finden sie so schnell keinen neuen, weil dem Land genau diese Stellen ausgehen.

Er sei gelernter Vulkanisateur, sagt zum Beispiel einer, der seinen Namen nicht verraten mag (man weiß ja nie, „so lange die Sache nicht entschieden ist“). Er ist 49 Jahre alt, wohnt in einer fränkischen Kleinstadt, arbeitet seit 17 Jahren bei der AEG, zuletzt als Gabelstaplerfahrer, und er hat einen 38 Jahre alten Bruder, einen gelernten Maurer, vom dem er sagt, der habe „noch nie Arbeit gefunden“. Das prägt die Vorstellung, wie es ist, da draußen auf dem Arbeitsmarkt. Wo soll man hin? Sich selbständig machen? Ist doch Blödsinn.

Diese Sicht der Dinge kann Roland Fleck zwar gut nachvollziehen, doch bei allem Bedauern über das bevorstehende Ende eines weiteren Nürnberger Traditionsbetriebs, bei allem Verständnis für die Beschäftigten und allem Unverständnis gegenüber den Konzernlenkern – aus der Perspektive des städtischen Wirtschaftsreferenten betrachtet, hat die Angelegenheit AEG auch noch andere Aspekte. Fleck wuchtet ein Informationspaket auf den Tisch, mit dem Titel „Nürnberg – Investition Zukunft“. Viele bunte Broschüren fallen heraus, die alle eines beweisen sollen: Nürnberg ist ein Spitzenstandort, und wer noch von Grundig spricht, hat nicht begriffen, worum es heute geht.

„Strukturwandel“ und „Cluster“, „Kompetenzfeldansatz“ und „endogene Stärken“ – man merkt rasch, daß es nicht Aufgabe eines Wirtschaftsreferenten ist, sich über Waschmaschinen Gedanken zu machen. Natürlich, so viel Lokalpatriotismus muß sein, habe er darauf bestanden, daß sein Referat einen

Geschirrspüler von AEG benutze, insofern ist es vielleicht nicht nur für die Region, sondern tatsächlich auch für ihn selbst ein „Bauchthema“. Jenseits des Bauches steht aber eines fest – Fleck präsentiert eine Grafik und drückt energisch auf den Heftrand der Broschüre, damit sie nicht zuklappe: Ende Dezember gab es im Bezirk der Arbeitsagentur Nürnberg 56 772 Arbeitslose, das sind 9,1 Prozent. Viel, aber wenig im Vergleich zu Hamburg mit 11,3 oder gar Leipzig mit 19 Prozent. Unter den Großstädten steht Nürnberg damit weit vorn, nur drei Plätze hinter dem Spitzenreiter München mit 6,9 Prozent.

Nürnberg hat es beim Strukturwandel auf einigen Gebieten sehr weit gebracht – das Problem ist, daß sich das nicht so richtig herumspriecht. Fleck nennt das ein „Defizit in der Wahrnehmung“, die nach wie vor auf große Namen wie Grundig oder eben AEG gerichtet ist, doch weniger auf Schwerpunkte von der Sorte „industrielle Softwarelösungen“ oder „Automotive“, wie sie die Image-Broschüren preisen. So entsteht der Eindruck, Nürnberg siehe wirtschaftlich dahin, obwohl es der Stadt doch verhältnismäßig gutgeht. Und dieser Eindruck, ist für den Referenten, das darf man ihm wohl ohne Bosheit unterstellen, fast noch schlimmer als das Ende von AEG selbst.

Für die Beschäftigten gilt das freilich nicht, denn sie sitzen in der von Fleck georteten „dramatischen Qualifizierungslücke“ und wissen, daß in der schönen neuen Welt der Zukunftstechnologien für sie kein Platz ist. Der Tarifvertrag, den die IG Metall durchsetzen will, sieht deshalb außer Ersatzarbeitsplätzen in anderen Werken Abfindungen in Höhe von drei Brutto-Monatsgehältern pro Jahr Betriebszugehörigkeit vor, des weiteren bezahlte Fortbildungen bis Ende 2010 und eine Vorruhestandsregelung, die Mitarbeitern vom 53. Lebensjahr an das Nettoeinkommen garantiert, bis sie 60 sind.

Das würde natürlich verdammt teuer, und es kommt in den Reden im Streikzelt auch gar nicht vor – die handeln bloß davon, „unser Werk“ zu erhalten, also ein Wunder zu bewirken. In Wahrheit glauben sowohl der Wirtschaftsreferent als auch der Streikleiter lediglich in Maßen an Wunder. Fleck weiß, wie Manager denken, folglich weiß er auch, „eine Rücknahme kann man sich da nicht leisten“. Und Jürgen Wechsler gibt zu, dies sei „die beste Frage“, er grübelt und sagt: „Das haben die noch nie getan.“ Wird sich einer wie der schwedische Chef Sträberg jemals hinstellen und verkünden: Leute, ihr habt mich beeindruckt, wir haben neu gerechnet, macht weiter, frisch ans Werk?

Möglicherweise ist der Weg das Ziel, der Kampf, der Druck, der Nachweis von Widerstand. Es entsteht ja ein Schaden dabei, und vielleicht ist er irgend-

Die Geiz-ist-geil-Welle hat die Preise für Waschmaschinen in den vergangenen Jahren um dreißig Prozent sinken lassen. Das ist eine große Chance für Hersteller in der Türkei und in anderen Ländern mit niedrigen Löhnen, doch weniger angenehm für den Produktionsstandort Deutschland.

wann jemandem zu groß. Wie groß er schon sein könnte, darüber gibt es nur Spekulationen – ob dem Unternehmen nach fünf Tagen die ersten Teile ausgehen oder erst nach drei Wochen, das weiß ganz genau nur das Unternehmen selbst. Und es verrät natürlich nichts: „Bislang war das mit unseren Lagerbeständen zu kompensieren“, sagt der AEG-Sprecher Michael Eichel, und im übrigen hänge das von der Nachfrage ab, da wolle man nicht „im Nebel stochern“. Diesen Nebel erzeugt der Sprecher zwar selbst, doch was soll er schon sagen? Er sagt nicht einmal, wie es sich anfühlt, morgens einen gewissermaßen belagerten Betrieb zu betreten, vorbei an wütenden Kollegen, für die er ja bisher auch gesprochen hat: „Da muß ich sagen, die IG Metall verhält sich korrekt. Man bekommt ein „Guten Morgen.““

Nach Lage der Dinge wird Eichel noch ein Weilchen über die Bank klettern müssen, die den Eingang versperrt. Die Beschäftigten jedenfalls wollen durchhalten, „auch fünf bis sechs Wochen“, sagt der Gabelstaplerfahrer, „ein Jahr lang“, wenn es sein müsse, sagt Wechsler. Sein Ziel sei, „daß wir ein Ergebnis haben“, was nach Kompromiß klingt und nicht so sehr nach einer Zukunft für AEG Nürnberg; „mehr Geld“ wollen vor allem die Arbeiter. So viel Geld, daß es für zehn Jahre reicht? „Ja, genau.“ Doch was macht man dann zehn Jahre lang, mit Geld, aber ohne Arbeit? Da lacht der Mann, denkt nach, sagt: „Stimmt. Man kann ja nicht nur fernsehen. Der Mensch braucht Arbeit.“

Vielleicht pfeift der Mensch deshalb manchmal so wütend, obwohl er eigentlich Beifall meint: damit man ihn höre, damit es ihm nicht ergehe wie jenen beiden, die unsichtbar hinter dem gewerkschaftlich bewachten Eingang in einem Pfortnerhäuschen sitzen. Dort hocken sie wie in einem Niemandsland – auf der einen Seite das Feuer und die roten Westen, auf der anderen das Werk, die Stille. Sie gehören zu einem privaten Wachdienst, also weder zu denen draußen noch zu denen drinnen, und sie sagen: „Wir sind auch betroffen. Nach uns fragt keiner.“ Niemand pfeift.



Ein Markenzeichen deutscher Wertarbeit, versengt von der Glut des Streikofens

Spruch – ohne Mampf kein Kampf!“ Ganz lautes Pfeifen.

So ist das also, wenn es um die Existenz geht und nicht einige oder einige hundert Arbeitsplätze ziemlich leise beseitigt werden, sondern ein ganzes Werk sterben soll, noch dazu ein sehr bekanntes und keineswegs schlecht laufendes, dessen Produkte in vielen Küchen und Kellern stehen. Das wirkt willkürlich, unnötig und deshalb irgendwie gemein, es stärkt die Widerstandskräfte der Betroffenen und verschafft ihnen einen nahezu uneingeschränkten Zuspruch. Erschwerend kommt hinzu, daß dieses Werk seit 1922 in Nürnberg steht, ausgerechnet in Nürnberg: Ist dort nicht schon Grundig eingegangen, die Nachkriegslegende? Und wer gibt Managern im fernen Schweden das Recht, in Franken derart zuzuschlagen, scheinbar gnadenlos und ohne Not? Das ist die Globalisierung, wie die Globalisiererten sie hassen: Irgendwo weit weg entscheidet jemand und läßt darüber nicht mit sich reden, und

Vor dem Werk in Nürnberg sieht dieser Kampf auch ein wenig nach dem aus, was heutzutage *Event* heißt, es ist eine Art Tanz am Abgrund. Das Areal ist quasi rundum verriegelt, schwere Ketten hängen vor den meisten Eingängen, Finsternis herrscht drinnen und Stille, durch die Fenster sind hie und da an Förderbändern metallene Teile zu sehen, die Waschmaschinen werden wollten. Die berühmte „Lavamat“ vielleicht: 1958 vorgestellt als erster Vollautomat, von 1986 an mit „Öko-Schleuse“, seit 2003 mit „Navigationsdisplay“. 2005 sagt der Hersteller, er zahle auf jede in Nürnberg gefertigte Maschine sechzig Euro drauf.

Draußen herrscht seit einer Woche Ausnahmezustand, jedoch ein klar geregelter. Männer und Frauen in roten Gewerkschaftswesten umrunden das Werk, wärmen sich zwischendurch am Streikfeuer auf, stehen und sitzen vor den Toren und regieren streng: Hier herrscht die IG Metall, nicht mehr die AEG, und



Nahrhafte Spenden und freundliche Zuwendung machen den Streikenden Mut.

Wieviel soll es denn sein?

Die Nürnberger AEG-Belegschaft kämpft um ihr Werk / Aber an ein Wunder glauben die wenigsten / Von Michael Knopf

Die Geiz-ist-geil-Welle hat die Preise für Waschmaschinen in den vergangenen Jahren um dreißig Prozent sinken lassen. Das ist eine große Chance für Hersteller in der Türkei und in anderen Ländern mit niedrigen Löhnen, doch weniger angenehm für den Produktionsstandort Deutschland.

NÜRNBERG, 27. Januar. Die IG Metall nervt, das muß man bei aller gebotenen Neutralität doch ganz klar feststellen. Nicht ihres Anliegens wegen, das jedenfalls hier bei der AEG in Nürnberg aller Ehren wert ist: mindestens 1750 Arbeitsplätze zu retten oder wenigstens die künftigen Arbeitslosen finanziell so gut ausstatten zu lassen, daß sie für längere Zeit durchhalten. Aber weshalb der Lärm? Warum gilt gewerkschaftsintern offenbar die Regel, jede Art von Meinung durch schrilles Pfeifen auszudrücken? Da steht der Streikleiter Jürgen Wechsler im Streikzelt auf einer Bank und hält eine kleine Ansprache. Er fragt rhetorisch: "Wir machen weiter, oder?" Lautes Pfeifen. Hans Sträberg, der Chef des schwedischen Mutterkonzerns Electrolux, der große Gegner also, habe sich zum ersten Mal in den Medien zum Streik geäußert: "Das ist euer Erfolg!" Noch lauter Pfeifen. Edeka komme demnächst mit einem Lastwagen vorbei, in dem nicht nur Brennholz sei, sondern auch reichlich Essen: "Ihr kennt ja den Spruch - ohne Mampf kein Kampf!" Ganz lautes Pfeifen.

So ist das also, wenn es um die Existenz geht und nicht einige oder einige hundert Arbeitsplätze ziemlich leise beseitigt werden, sondern ein ganzes Werk sterben soll, noch dazu ein sehr bekanntes und keineswegs schlecht laufendes, dessen Produkte in vielen Küchen und Kellern stehen. Das wirkt willkürlich, unnötig und deshalb irgendwie gemein, es stärkt die Widerstandskräfte der Betroffenen und verschafft ihnen einen nahezu uneingeschränkten Zuspruch. Erschwerend kommt hinzu, daß dieses Werk seit 1922 in Nürnberg steht, ausgerechnet in Nürnberg: Ist dort nicht schon Grundig eingegangen, die Nachkriegslegende? Und wer gibt Managern im fernen Schweden das Recht, in Franken derart zuzuschlagen, scheinbar gnadenlos und ohne Not? Das ist die Globalisierung, wie die Globalisierten sie hassen: Irgendwo weit weg entscheidet jemand und läßt darüber nicht mit sich reden, und wir hier, die niemals gefragt wurden, haben es auszubaden. Im Rahmen des globalen Existenzkampfes bleibt dann nur noch, ein Plakat mit der unfreundlichen Prophezeiung "Wo AEG draufsteht, ist Polen-Standard drin" ans Streikzelt zu kleben.

Der abfällige Seitenhieb gegen Polen kommt daher, daß die Waschmaschinen und Geschirrspüler künftig im Nachbarland produziert werden sollen, wo die Löhne sehr viel niedriger sind und die Arbeiter nicht im Traum daran denken, sich zugunsten ihrer deutschen Kollegen dieser Verlagerung zu verweigern. Über diesen heiklen Konflikt, der einer internationalen Arbeiter-Solidarität doch sehr im Wege steht, redet aber außer dem Nürnberger Wirtschaftsreferenten Roland Fleck ("Das ist der Preis für die Friedensordnung") im Moment niemand - vielmehr geht es um die Frage, wie lange einerseits die Beschäftigten und andererseits Electrolux den Kampf durchhalten, wer nachgeben muß und mit welchen Folgen für wen.

Vor dem Werk in Nürnberg sieht dieser Kampf auch ein wenig nach dem aus, was heutzutage Event heißt, es ist eine Art Tanz am Abgrund. Das Areal ist quasi rundum verriegelt, schwere Ketten hängen vor den meisten Eingängen, Finsternis herrscht drinnen und Stille, durch die Fenster sind hie und da an Förderbändern metallene Teile zu sehen, die Waschmaschinen werden wollten. Die berühmte "Lavamat" vielleicht: 1958 vorgestellt als erster Vollautomat, von 1986 an mit "Öko-Schleuse", seit 2003 mit "Navigationsdisplay". 2005 sagt der Hersteller, er zahle auf jede in Nürnberg gefertigte Maschine sechzig Euro drauf.

Draußen herrscht seit einer Woche Ausnahmezustand, jedoch ein klar geregelter. Männer und Frauen in roten Gewerkschaftswesten umrunden das Werk, wärmen sich zwischendurch am Streikfeuer auf, stehen und sitzen vor den Toren und regieren streng: Hier herrscht die IG Metall, nicht mehr die AEG, und wer ins Werk will, hat sich zunächst beim Streikposten auszuweisen. Ein Radio verbreitet zufällig "Highway to Hell", den alten Gassenhauer der Rockgruppe AC/DC. Stimmt vermutlich, besser wird's nicht mehr, es geht dahin, aber jetzt ist Kampf, und wer an den Sieg nicht glaubt, braucht gar nicht erst anzutreten.

"Die Stimmung ist wirklich gut", sagt Jürgen Wechsler, der Streikleiter und Zweite Vorsitzende der Nürnberger IG Metall, und im übrigen hätten die Leute ja Monate Zeit gehabt, die Situation zu verarbeiten. Im Juni vergangenen Jahres begann das Management damit, eine Schließung des Standorts Nürnberg zu prüfen, bis November zog sich dann ein Wechselspiel aus Protesten, Verhandlungen und Zugeständnissen hin; am 12. Dezember gab der Aufsichtsrat von Electrolux bekannt, das Werk werde Ende 2007 geschlossen.

Betriebsrat und Gewerkschaft sind überzeugt, der Beschluß habe von vornherein festgestanden, die Kostenrechnungen seien

einseitig gewesen, es habe hinreichend Möglichkeiten gegeben, AEG in Nürnberg zu retten, kurz: Man sei verraten und verkauft worden, aus den üblichen Gewinnmaximierungs-Gründen. Der schwedische Konzern, der die AEG-Hausgeräteabteilung 1994 von Daimler übernommen hat, sagt naturgemäß das Gegenteil und verweist auf wirtschaftliche Zwänge. Doch anders als in gängigen Tarifaueinandersetzungen findet die Arbeitgeberseite in diesem Fall wenig Unterstützung, weder in den Medien - von einigen Wirtschafts-Kommentatoren abgesehen -, noch in der Politik oder gar im Volk. Es ist, als wäre das Maß des Globalisierens und ferngesteuerten Entlassens voll, weshalb die 1750 Nürnberger Beschäftigten weit über ihre bloße Zahl hinaus zum Symbol geworden sind: Was ihnen droht, droht auf diffuse Weise allen.

Deshalb ist die Stimmung vielleicht wirklich gut - aus dem Gefühl heraus, nicht für fünf Prozent mehr Lohn in der eisigen Kälte zu stehen oder für den eigenen Arbeitsplatz, sondern für den Standort Deutschland als solchen. Und tatsächlich: Nicht nur Oskar Lafontaine kommt aus naheliegenden Gründen nach Nürnberg, auch der Nürnberger Stadtrat Kilian Sendner von der CSU spendet dreihundert Paar Würstchen; Rentner bringen schon mal fünfzig Euro für die Streikkasse vorbei, und der Solidaritätskreis "Nürnberg steht auf" unterstützt die Sache "auf antifaschistischer Grundlage", was immer das heißen mag. Im Streikzelt, in das durch große Schläuche Warmluft geblasen wird, hängt die "Wand der Solidarität" voller Grußbotschaften von Gewerkschaften, Bürgern und Politikern. Und sowohl der sozialdemokratische Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly als auch sein christlich-sozialer Wirtschaftsreferent Roland Fleck zweifeln an der Weisheit des Managements:

"Betriebswirtschaftlich ist die Schließung begrenzt begründbar", sagt Fleck, es gehe um die Rendite, und dabei stelle sich immer die Frage: "Wieviel soll es denn sein?"

Wechsler sagt, die Schweden hätten sich verrechnet: die üblichen Sozialplanverhandlungen, dann Ruhe. Nun geht es aber nicht um einen Sozialplan, sondern um einen Sozialtarifvertrag, ein Unterschied, der den Streik erlaubt. Die Urabstimmung nach ebenso kurzen wie ergebnislosen Verhandlungen ergab gut 96 Prozent Zustimmung zu einem Arbeitskampf. Die Gewerkschaft wirft Electrolux vor, kein Angebot auf den Tisch gelegt zu haben, Electrolux unterstellt der Gewerkschaft, nicht Verhandlungen, sondern gleich den Streik im Sinn gehabt zu haben. Es ist wie immer, aber anders.

Anders ist zum Beispiel, daß sogar der Verkäufer eines Elektromarkts in Nürnberg die Folgen spürt: "Allerdings merke ich das", sagt er vor einer Wand aus Waschmaschinen, "etwa die Hälfte der Leute, denen ich eine AEG zeige, winken gleich ab." Aus Solidarität? "Aus Solidarität." In diesem Verhalten liegt freilich ein kleiner Widerspruch, weil der Markt ja seine Kunden mit der Behauptung anlockt, Geiz sei geil; auch dieser Geilheit wegen sind Waschmaschinen in den vergangenen fünf Jahren um dreißig Prozent im Preis gefallen. Zwei Drittel aller verkauften Geräte kosten weniger als fünfhundert Euro. Das ist eine große Chance für Produzenten aus der Türkei oder anderen Ländern mit geringen Löhnen, doch weniger angenehm für den Produktionsstandort Deutschland.

Wer ist also schuld, der geizige Verbraucher, der keine deutschen Löhne mehr finanzieren mag, wie Electrolux klagt? Oder das Management, das es versäumt hat, sich rechtzeitig auf die Gegebenheiten einzustellen und Spitzen- statt Massenware zu produzieren, wie Experten der Branche kritisieren? Solche Fragen stehen im Moment nicht im Mittelpunkt, und sie haben mit dem Leben derer, um die es geht, ohnehin ziemlich wenig zu tun. Sie können sich mit ihren Löhnen weder "Hochpreisiges" leisten noch glauben, daß diese Löhne unbezahlbar seien. Die meisten von ihnen sind sogenannte Ungelernte, was aber nicht unbedingt zutrifft: Sie haben bloß einen Arbeitsplatz, für den man nicht viel lernen muß. Wenn sie ihn verlieren, finden sie so schnell keinen neuen, weil dem Land genau diese Stellen ausgehen.

Er sei gelernter Vulkanisateur, sagt zum Beispiel einer, der seinen Namen nicht verraten mag (man weiß ja nie, "solange die Sache nicht entschieden ist"). Er ist 49 Jahre alt, wohnt in einer fränkischen Kleinstadt, arbeitet seit 17 Jahren bei der AEG, zuletzt als Gabelstaplerfahrer, und er hat einen 38 Jahre alten Bruder, einen gelernten Maurer, vom dem er sagt, der habe "noch nie Arbeit gefunden". Das prägt die Vorstellung, wie es ist, da draußen auf dem Arbeitsmarkt. Wo soll man hin? Sich selbstständig machen? Ist doch Blödsinn.

Diese Sicht der Dinge kann Roland Fleck zwar gut nachvollziehen, doch bei allem Bedauern über das bevorstehende Ende eines weiteren Nürnberger Traditionsbetriebs, bei allem Verständnis für die Beschäftigten und allem Unverständnis gegenüber den Konzernlenkern - aus der Perspektive des städtischen Wirtschaftsreferenten betrachtet, hat die Angelegenheit AEG auch noch andere Aspekte. Fleck wuchtet ein Informationspaket auf den Tisch, mit dem Titel "Nürnberg - Investition Zukunft". Viele bunte Broschüren fallen heraus, die alle eines beweisen sollen: Nürnberg ist ein Spitzenstandort, und wer noch von Grundig spricht, hat nicht begriffen, worum es heute geht.

"Strukturwandel" und "Cluster", "Kompetenzfeldansatz" und "endogene Stärken" - man merkt rasch, daß es nicht Aufgabe eines Wirtschaftsreferenten ist, sich über Waschmaschinen Gedanken zu machen. Natürlich, so viel Lokalpatriotismus muß sein, habe er darauf bestanden, daß sein Referat einen Geschirrspüler von AEG benutze, insofern ist es vielleicht nicht nur für die Region, sondern tatsächlich auch für ihn selbst ein "Bauchthema". Jenseits des Bauches steht aber eines fest - Fleck präsentiert eine Grafik und drückt energisch auf den Heftrand der Broschüre, damit sie nicht zuklappe: Ende Dezember gab es im Bezirk der Arbeitsagentur Nürnberg 56 772 Arbeitslose, das sind 9,1 Prozent. Viel, aber wenig im Vergleich zu Hamburg mit 11,3 oder gar Leipzig mit 19 Prozent. Unter den Großstädten steht Nürnberg damit weit vorn, nur drei Plätze hinter dem Spitzenreiter München mit 6,9 Prozent.

Nürnberg hat es beim Strukturwandel auf einigen Gebieten sehr weit gebracht - das Problem ist, daß sich das nicht so richtig herumspricht. Fleck nennt das ein "Defizit in der Wahrnehmung", die nach wie vor auf große Namen wie Grundig oder eben AEG gerichtet ist, doch weniger auf Schwerpunkte von der Sorte "industrielle Softwarelösungen" oder "Automotive", wie sie die Image-Broschüren preisen. So entsteht der Eindruck, Nürnberg sieche wirtschaftlich dahin, obwohl es der Stadt doch verhältnismäßig gutgeht. Und dieser Eindruck, ist für den Referenten, das darf man ihm wohl ohne Bosheit unterstellen, fast noch schlimmer als das Ende von AEG selbst.

Für die Beschäftigten gilt das freilich nicht, denn sie sitzen in der von Fleck georteten "dramatischen Qualifizierungslücke" und wissen, daß in der schönen neuen Welt der Zukunftstechnologien für sie kein Platz ist. Der Tarifvertrag, den die IG Metall durchsetzen will, sieht deshalb außer Ersatzarbeitsplätzen in anderen Werken Abfindungen in Höhe von drei Brutto-Monatsgehältern pro Jahr Betriebszugehörigkeit vor, des weiteren bezahlte Fortbildungen bis Ende 2010 und eine Vorruhestandsregelung, die Mitarbeitern vom 53. Lebensjahr an das Nettoeinkommen garantiert, bis sie 60 sind.

Das würde natürlich verdammt teuer, und es kommt in den Reden im Streikzelt auch gar nicht vor - die handeln bloß davon, "unser Werk" zu erhalten, also ein Wunder zu bewirken. In Wahrheit glauben sowohl der Wirtschaftsreferent als auch der Streikleiter lediglich in Maßen an Wunder. Fleck weiß, wie Manager denken, folglich weiß er auch, "eine Rücknahme kann man sich da nicht leisten". Und Jürgen Wechsler gibt zu, dies sei "die beste Frage", er grübelt und sagt: "Das haben die noch nie getan." Wird sich einer wie der schwedische Chef Stråberg jemals hinstellen und verkünden: Leute, ihr habt mich beeindruckt, wir haben neu gerechnet, macht weiter, frisch ans Werk?

Möglicherweise ist der Weg das Ziel, der Kampf, der Druck, der Nachweis von Widerstand. Es entsteht ja ein Schaden dabei, und vielleicht ist er irgendwann jemandem zu groß. Wie groß er schon sein könnte, darüber gibt es nur Spekulationen - ob dem Unternehmen nach fünf Tagen die ersten Teile ausgehen oder erst nach drei Wochen, das weiß ganz genau nur das Unternehmen selbst. Und es verrät natürlich nichts: "Bislang war das mit unseren Lagerbeständen zu kompensieren", sagt der AEG-Sprecher Michael Eichel, und im übrigen hänge das von der Nachfrage ab, da wolle man nicht "im Nebel stochern". Diesen Nebel erzeugt der Sprecher zwar selbst, doch was soll er schon sagen? Er sagt nicht einmal, wie es sich anfühlt, morgens einen gewissermaßen belagerten Betrieb zu betreten, vorbei an wütenden Kollegen, für die er ja bisher auch gesprochen hat: "Da muß ich sagen, die IG Metall verhält sich korrekt. Man bekommt ein 'Guten Morgen'."

Nach Lage der Dinge wird Eichel noch ein Weilchen über die Bank klettern müssen, die den Eingang versperrt. Die Beschäftigten jedenfalls wollen durchhalten, "auch fünf bis sechs Wochen", sagt der Gabelstaplerfahrer, "ein Jahr lang", wenn es sein müsse, sagt Wechsler. Sein Ziel sei, "daß wir ein Ergebnis haben", was nach Kompromiß klingt und nicht so sehr nach einer Zukunft für AEG Nürnberg; "mehr Geld" wollen vor allem die Arbeiter. So viel Geld, daß es für zehn Jahre reicht? "Ja, genau." Doch was macht man dann zehn Jahre lang, mit Geld, aber ohne Arbeit? Da lacht der Mann, denkt nach, sagt: "Stimmt. Man kann ja nicht nur fernsehen. Der Mensch braucht Arbeit."

Vielleicht pfeift der Mensch deshalb manchmal so wütend, obwohl er eigentlich Beifall meint: damit man ihn höre, damit es ihm nicht ergehe wie jenen beiden, die unsichtbar hinter dem gewerkschaftlich bewachten Eingang in einem Pfortnerhäuschen sitzen. Dort hocken sie wie in einem Niemandsland - auf der einen Seite das Feuer und die roten Westen, auf der anderen das Werk, die Stille. Sie gehören zu einem privaten Wachdienst, also weder zu denen draußen noch zu denen drinnen, und sie sagen: "Wir sind auch betroffen. Nach uns fragt keiner." Niemand pfeift.

Der Streik bei AEG weitet sich aus

Logistiksparte schließt sich dem Arbeitskampf an / IG Metall rechnet bald mit massivem Lieferengpaß / Electrolux wiegelt ab

him. MÜNCHEN, 27. Januar. Eine Woche nach Beginn des Streiks verschärft sich der Arbeitskampf im Nürnberger AEG-Werk. Nach Angaben der IG Metall muß die schwedische Muttergesellschaft Electrolux bald mit starken Einschränkungen der Gerätelieferung aus Deutschland rechnen. Am Freitag haben auch die 90 Mitarbeiter der AEG-Logistiktochtergesellschaft im Nürnberger Hafen die Arbeit niedergelegt. Ihnen folgen am Montag voraussichtlich die Beschäftigten des Logistikzentrums in Dormagen bei Köln, kündigte Werner Neugebauer, der Bezirksleiter der IG Metall Bayern, an. „Dann kann AEG keine Geräte mehr an Kunden liefern.“ Der Ausfall der Nürnberger Produktion von rund 25 000 Waschmaschinen, Trocknern und Geschirrspülern in der Woche treffe auch andere Werke von Electrolux, sagte Neugebauer in einem Pressegespräch in München. „Spätestens am Mittwoch kann in Polen nicht mehr gearbeitet werden, weil Zulieferteile aus Nürnberg fehlen.“

Ein Sprecher von Electrolux beschrieb am Freitag die Folgen des Streiks für den Konzern als weniger schlimm. „Einen Produktionsstopp in Polen ab Mitte kommenden Woche kann ich keinesfalls bestätigen“, sagte er auf Anfrage. Es stehe noch nicht fest, ob die Lieferungen von Geräten und Komponenten aus Deutschland überhaupt zum Erliegen kämen. „Unser Standort Rothenburg ist vom Streik nicht betroffen“, fügte er hinzu.

Hintergrund des ausgeweiteten Arbeitskampfs ist die Absicht von Electro-



Oskar Lafontaine und die AEG-Belegschaft in Nürnberg

Foto dpa

lux, daß die Mitarbeiter der im September 2005 ausgegliederten Logistiksparte in den Tarifvertrag des Groß- und Außenhandels wechseln. Damit stiege die Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich von 35 auf 38,5 Stunden. Electrolux bestreitet, daß damit erhebliche Lohnein-

bußen verbunden seien, wie die IG Metall behauptet.

Im Streit über die Ende 2007 geplante Schließung des Werks in Nürnberg mit 1750 Mitarbeitern haben sich die Fronten weiter verhärtet. Die IG Metall warte noch immer auf ein Angebot des Unter-

nehmens für einen Sozialtarifvertrag, sagte der bayerische Gewerkschaftschef Neugebauer. „So lange wird gestreikt.“ Die Unternehmensleitung verlangt dagegen ein Signal der IG Metall. „Wir haben berechnete Zweifel, daß es ihr um eine Lösung geht“, sagte der Sprecher von Electrolux. Von Gewerkschaftsmitgliedern sei zu hören, sie wollten dem Unternehmen den größtmöglichen Schaden zufügen. „Daß die IG Metall auch eine Vermittlung von Herrn Stoiber abgelehnt hat, sagt alles“, fügte der Sprecher hinzu. Der bayerische Ministerpräsident hatte vergeblich angeboten, mit beiden Seiten Gespräche zu führen.

Am Freitag berichtete die IG Metall, Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) habe für den kommenden Donnerstag einen Besuch der Streikenden angekündigt. Oskar Lafontaine, der Vorsitzende der Linkspartei, war in dieser Woche nach Nürnberg gekommen und mit Schlagworten wie „Turbokapitalismus“ und „Kriegserklärung“ aufgetreten.

Daß die IG Metall im AEG-Werk in die Verhandlungen über einen Sozialplan eingegriffen hat, ist nach Ansicht Neugebauers kein unrechtmäßiges Einmischen in eine Angelegenheit von Unternehmensleitung und Betriebsrat. Zwei Gerichtsentscheidungen über ähnliche Fälle bestätigten dies. Außerdem erreiche die Arbeitnehmerseite mit einem Streik bessere Bedingungen für einen Sozialtarifvertrag. Das habe im vergangenen Jahr das Beispiel der geplanten Werksschließung von Infineon in München-Perlach gezeigt.

Kompromiß für AEG-Werk noch nicht in Sicht

An diesem Samstag werden die Verhandlungen fortgesetzt / Dritte Streikwoche in Nürnberg beginnt

him. MÜNCHEN, 3. Februar. Unternehmensleitung und IG Metall setzen die Verhandlungen über das AEG-Hausgerätekwerk in Nürnberg an diesem Samstag um 12 Uhr fort. Die Kluft zwischen den Positionen beider Seiten ist aber noch riesig. Am Donnerstagabend endete die erste Gesprächsrunde nach vier Stunden ohne Ergebnis, wie in einem Teil unserer Ausgabe vom 3. Februar berichtet. Die IG Metall lehnt den Vorschlag des schwedischen Mutterkonzerns Electrolux für einen sozialen Ausgleich ab. Am Freitag – zwei Wochen nach Beginn des Streiks – habe die Tarifkommission das Angebot einstimmig zurückgewiesen, berichtete Streikleiter Jürgen Wechsler von der IG Metall auf Anfrage. „Wir haben Electrolux zu einem neuen Vorschlag aufgefordert.“ Das hatte die Arbeitgeberseite jedoch schon zuvor abgelehnt. „Unser Angebot war gut“, sagte AEG-Geschäftsführer Dieter Lange.

Die Forderung der Gewerkschaft nach einer Abfindung der 1750 Mitarbeiter in

dem Werk, das Electrolux Ende 2007 schließen will, einer Vorruhestandsregelung und einer Qualifizierungsgesellschaft liegen weit über dem Vorschlag des Unternehmens. So bietet Electrolux eine Abfindung von 0,7 Monatsgehältern je Dienstjahr und die Übernahme in eine Beschäftigungsgesellschaft bei vollem Lohn für zwölf Monate an. Durchschnittlich ergibt sich für jeden Mitarbeiter ein Betrag von 60 000 Euro. Die Summe fiel für diejenigen höher aus, die sich für einen kürzeren Verbleib in der Beschäftigungsgesellschaft entschieden.

Die Gewerkschaft fordert jedoch weiterhin eine Abfindung von drei Gehältern je Dienstjahr, eine Beschäftigungsgesellschaft bis 2010 bei Zahlung des vollen Gehalts und eine Vorruhestandsregelung für Mitarbeiter, die älter als 53 sind. Während das Angebot von Electrolux einen Gesamtumfang von etwas mehr als 100 Millionen Euro hat, fordert die Gewerkschaft ein Paket von rund 400 Millionen Euro.

Außerdem verlangt Streikleiter Wechsler wie Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) und IG-Metall-Chef Jürgen Peters, die am Donnerstag und Freitag nach Nürnberg kamen, daß Electrolux den Beschluß zur Schließung des Werks aufgibt. „Electrolux hat jetzt aber sogar noch eins draufgesattelt“, kritisierte Wechsler. Der Plan des Unternehmens sehe vor, daß schon Mitte dieses Jahres die ersten 600 Mitarbeiter ihre Stelle verlieren. „2007 wären es dann nur noch ein paar hundert“, sagte der Gewerkschafter. Ein Sprecher von Electrolux entgegnete, es sei schon seit 2001 bekannt, daß die Fertigung von Wäschetrocknern mit einigen hundert Arbeitsplätzen Mitte 2006 ins Ausland verlagert werde.

Zumindest hat sich die IG Metall am Freitag mit ihrem Ansinnen durchgesetzt, daß Haustarifverträge für die ausgegliederten Sparten Logistik und Ersatzteile in die Verhandlung über das Werk einbezogen werden. Wie berichtet, streiken seit ei-

nigen Tagen auch die Mitarbeiter der Logistiksparte in Nürnberg und Dormagen bei Köln. Diese Beschäftigten sollen nach dem Willen von Electrolux in den Tarifvertrag des Groß- und Außenhandels wechseln. Damit stiege die Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich von 35 auf 38,5 Stunden. Electrolux bestreitet, daß damit erhebliche Lohneinbußen verbunden seien, wie die IG Metall behauptet. Zu erwarten ist, daß in der nächsten Woche auch die Mitarbeiter der Ersatzteilstarte in Rothenburg über einen Streik abstimmen.

Der Electrolux-Sprecher gab zu, daß sich wegen des Streiks Auslieferungen an Kunden verzögerten, und schloß Ausfälle nicht aus. Im Gegensatz zur Ankündigung der IG Metall gehe die Produktion in einem polnischen Werk, das Zulieferteile aus Nürnberg bezieht, jedoch uneingeschränkt weiter. Gewerkschafter Wechsler rechnet aber von der dritten oder vierten Streikwoche an auch mit Folgen in Polen: „Der Druck baut sich auf.“

Ausweitung des Streiks bei AEG droht

NÜRNBERG, 10. Februar (dpa). Nach einer nur knapp gewonnenen Urabstimmung zögert die IG Metall vorerst mit der Ausweitung des AEG-Konflikts auf die Ersatzteilsparte im fränkischen Rothenburg. Damit wolle man ein Zeichen für eine Verhandlungslösung setzen, sagte IG Metall-Chef Werner Neugebauer am Freitag. Bei der Urabstimmung hatten sich 77,7 Prozent der IG Metall-Mitglieder für einen Streik ausgesprochen. Das erforderliche Quorum von 75 Prozent wurde damit nur knapp übertroffen. Electrolux-Verhandlungsführer Walter Koch begrüßte den vorläufigen Streikverzicht als positives Signal für die Fortführung der Gespräche. „Das äußerst knappe Abstimmungsergebnis zeigt deutlich, daß es keine breite Zustimmung für einen Streik in Rothenburg gibt“, erklärte Koch. „Wir müssen nun gemeinsam eine Zuspitzung des Konfliktes verhindern.“ Electrolux habe bereits als „Zeichen des guten Willens“ die Umsetzung der neuen Arbeitsverträge während der Gespräche eingestellt. Der Electrolux-Konzern hatte die Sparten Ersatzteile, Logistik, Kundendienst und Vertrieb aus der AEG ausgegliedert und will den Beschäftigten neue Arbeitsverträge geben. Die IG Metall fordert die Rückkehr in die Tarifbindung der Metall- und Elektroindustrie.

**Frankfurter Allgemeine
Zeitung - 11.02.2006**

„Wir sind zur Zielscheibe der IG Metall geworden“

Electrolux-Europachef Horst Winkler über die anstehenden Verhandlungen für einen Tarifsozialplan im AEG-Werk Nürnberg

Seit knapp vier Wochen wird im Nürnberger AEG-Werk gestreikt. Die IG Metall fordert als Teil einer neuen Strategie den Abschluß eines Tarifsozialplans über Abfindungen und eine Beschäftigungsgesellschaft. Nun ist wieder Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen gekommen. Electrolux hat seinen für Europa zuständigen Produktionsvorstand Horst Winkler als Gesprächsführer in die Verhandlungen geschickt, die voraussichtlich am Wochenende stattfinden sollen.

Herr Winkler, mit welcher Verhandlungsposition gehen Sie jetzt in die Gespräche?

Das Wichtigste ist für mich jetzt, erst einmal zu verstehen, was die andere Seite im Detail für Forderungen hat. Ich muß zunächst wissen, woran unser Angebot scheitert, das 40 Prozent über dem Durchschnitt der Sozialplanabschlüsse hier in der Region Bayern und 20 Prozent über unserem letzten Sozialplan für den Vertrieb liegt.

Das hört sich etwas hilflos an.

Ja. Wenn Sie nicht wissen, was der andere will – der sagt immer nur nein. Wir müssen jetzt mal konkret darüber diskutieren. Dann können wir uns sicher auch weitaus besser darauf einstellen. Die Mitarbeiter müssen jetzt endlich Klarheit über Abfindungen oder eine Beschäftigungsgesellschaft haben. Für mich steckt hinter dem Verhalten der IG Metall eine versteckte Agenda, die die Situation derzeit als wunderbare Werbeplattform benutzen kann, um Mitglieder zu gewinnen und um sich zu stärken für andere Tarifaueinandersetzungen, die jetzt bevorstehen. Außerdem gibt es auch innerhalb der IG Metall anstehende Wahlen, bei denen sich der eine oder andere profilieren kann. Es geht jetzt jedoch nicht um irgendwelche Selbstdarstellungen, sondern es geht um die betroffenen 1750 Mitarbeiter. Für rund 300 Mitarbeiter gibt es schon klare Lösungen,

die wissen, was sie machen. Dazu gehören Altersteilzeit, Frühpensionierung, neue Jobs außerhalb, aber auch innerhalb des Unternehmens. Wir haben eine Reihe von Anfragen von Firmen aus dem Umfeld, die Mitarbeiter übernehmen wollen.

Diese Tarifsozialpläne, die die IG Metall jetzt fordert, sind heftig umstritten. Einige kritisieren, daß die Gewerkschaften nicht in die Verhandlungen um Standortschließungen eingreifen dürften und statt dessen der Betriebsrat die Verhandlungen über Sozialpläne führen müßte.

Wir haben das Interesse, diese Verhandlungen – wie sie auch immer heißen – mit dem Betriebsrat und der IG Metall zu führen. Natürlich sind diese Tarifsozialpläne ein neues Phänomen, sie sind selten, die Rechtmäßigkeit ist umstritten. Es fehlt immer noch ein abschließendes Urteil vom Bundesarbeitsgericht. Aber mir geht es hier nicht um Prinzipien, mir geht es darum, daß wir Lösungen finden. Es geht ja um einen Produktionsstandort, der mit den Waschmaschinen, für die wir 60 Euro drauflegen müssen, einfach nicht überleben kann.

Die Forderungen nach Tarifsozialplänen gibt es erst seit einigen Jahren, bislang gibt es nur einige Betriebe, bei denen die IG Metall diese Strategie angewandt hat und auch erfolgreich war. Bekommen Sie zu Ihrer Lage auch Reaktionen von anderen Unternehmen?

Viele Unternehmen haben die schlimmsten Befürchtungen, was diese Entwicklung der Vertragsgestaltung betrifft. Sie fragen sich, was passiert, wenn diese 0,7 Monatsgehälter pro Beschäftigungsjahr abgeschlossen werden. Andere Firmen, die vielleicht auch in eine solche Situation kommen, fragen sich, wie sie sich verhalten sollen. Und natürlich hat das auch eine abschreckende Wirkung auf Investitionen hier in Deutschland.

Wird im Fall AEG ein Exempel statuiert?

Absolut. Wir werden als Symbol für etwas benutzt, was nicht mehr mit AEG, Electrolux oder den Mitarbeitern zu tun hat. Das ist zu einem grundsätzlichen Thema geworden, das zu unseren Lasten ausgetragen wird. Die IG Metall hat die Situa-

Kostenproblem. Aber sogar in Spanien gibt es klarere Strukturen und Abläufe, um so etwas zu verhandeln. In Schweden sowieso. Da gibt es gesetzliche Vorgaben, wie solch ein Prozeß läuft. Dort hat man eine dreimonatige Untersuchungsphase. Danach ergibt sich ein Ergebnis, das von zu-



Horst Winkler

Foto dpa

tion ausgenutzt, um eine Kampagne zu fahren.

Wie reagiert die Geschäftsführung des schwedischen Mutterkonzerns Electrolux darauf?

Es ist schwierig, diese Situation zu vermitteln. Leider ist mein Job nicht nur, Fabriken zu bauen, sondern sie zur Not auch zu schließen oder anzupassen. Wir haben ein Werk in Spanien, das jetzt im April geschlossen wird, das hatte auch ein riesiges

sätzlichen Gutachtern, die auch von der anderen Seite beauftragt werden, überprüft wird. Das ist auch hier in Nürnberg geschehen. Auch dieser Gutachter hat bestätigt, daß das Werk in Nürnberg eine Kostenlücke hat. Dann versteht man normalerweise, warum man solche Schritte tun muß.

Am Wochenende hat der Konzern gedroht, die für Ende 2007 geplante Werksschließung um ein Jahr vorzuziehen. Eskaliert damit die Situation nicht noch mehr?

Das ist keine Drohung. Wir sind offen und sagen auch unangenehme Wahrheiten. Die Wahrheit ist, daß wir Planungssicherheit haben müssen. Derzeit können wir uns verlassen auf unsere Werke in Polen und in Italien, die das gleiche Produktspektrum haben. Wir produzieren jetzt dort verstärkt, indem wir statt zwei Schichten drei Schichten haben und das Wochenende mitnutzen. Die bauen die Geräte, die wir sonst auch aus Nürnberg beziehen würden. Die Volumina, die von dort kommen, entsprechen einer weitaus schnelleren Verlagerung, als wir das geplant haben. Deshalb kann es sein, daß wir schon 2006 keinen Bedarf mehr an der Produktion in Nürnberg haben. Das ist ein Szenario, auf das wir hingewiesen haben. Daran hat auch die Stadt kein Interesse. So gesehen spricht viel dafür, diesen gesunden Prozeß des langsamen Abbaus von zwei Jahren wiederaufzunehmen. Das geht um so schneller, je eher wir die Verhandlungen abgeschlossen haben.

Wie ist die Situation derzeit vor Ort?

Die Demonstrationen haben nachgelassen – ebenso wie diese Industrieschauspiele, als Politiker wie Oskar Lafontaine oder Franz Müntefering gekommen sind, um die Lage als Bühne zur Selbstdarstellung zu nutzen. Müntefering hatte sich noch nicht einmal Zeit für uns genommen. Die Stimmung kippt inzwischen. Die Leute, die nicht in der IG Metall sind, bekommen gar kein Geld. Mitglieder bekommen vielleicht 50 Prozent. Bei einem Nettogehalt von 1200 Euro wird das schon schwierig für den einen oder anderen, das weiter zu ertragen. Und wir wollen ja auch gar nicht, daß die Leute in diese Schwierigkeiten geraten. Wir wollen, daß die Leute so schnell wie möglich verdienen, arbeiten und über einen gesteuerten Prozeß wieder in ein neues Arbeitsverhältnis kommen.

Das Gespräch führte Corinna Budras.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.02.2006, Nr. 41, S. 19 / Seitenüberschrift: Unternehmen
Ressort: Wirtschaft

"Wir sind zur Zielscheibe der IG Metall geworden"

Electrolux-Europachef Horst Winkler über die anstehenden Verhandlungen für einen Tarifsozialplan im AEG-Werk Nürnberg

Seit knapp vier Wochen wird im Nürnberger AEG-Werk gestreikt. Die IG Metall fordert als Teil einer neuen Strategie den Abschluß eines Tarifsozialplans über Abfindungen und eine Beschäftigungsgesellschaft. Nun ist wieder Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen gekommen. Electrolux hat seinen für Europa zuständigen Produktionsvorstand Horst Winkler als Gesprächsführer in die Verhandlungen geschickt, die voraussichtlich am Wochenende stattfinden sollen.

Herr Winkler, mit welcher Verhandlungsposition gehen Sie jetzt in die Gespräche?

Das Wichtigste ist für mich jetzt, erst einmal zu verstehen, was die andere Seite im Detail für Forderungen hat. Ich muß zunächst wissen, woran unser Angebot scheitert, das 40 Prozent über dem Durchschnitt der Sozialplanabschlüsse hier in der Region Bayern und 20 Prozent über unserem letzten Sozialplan für den Vertrieb liegt.

Das hört sich etwas hilflos an.

Ja. Wenn Sie nicht wissen, was der andere will - der sagt immer nur nein. Wir müssen jetzt mal konkret darüber diskutieren. Dann können wir uns sicher auch weitaus besser darauf einstellen. Die Mitarbeiter müssen jetzt endlich Klarheit über Abfindungen oder eine Beschäftigungsgesellschaft haben. Für mich steckt hinter dem Verhalten der IG Metall eine versteckte Agenda, die die Situation derzeit als wunderbare Werbeplattform benutzen kann, um Mitglieder zu gewinnen und um sich zu stärken für andere Tarifaueinandersetzungen, die jetzt bevorstehen. Außerdem gibt es auch innerhalb der IG Metall anstehende Wahlen, bei denen sich der eine oder andere profilieren kann. Es geht jetzt jedoch nicht um irgendwelche Selbstdarstellungen, sondern es geht um die betroffenen 1750 Mitarbeiter. Für rund 300 Mitarbeiter gibt es schon klare Lösungen, die wissen, was sie machen. Dazu gehören Altersteilzeit, Frühpensionierung, neue Jobs außerhalb, aber auch innerhalb des Unternehmens. Wir haben eine Reihe von Anfragen von Firmen aus dem Umfeld, die Mitarbeiter übernehmen wollen.

Diese Tarifsozialpläne, die die IG Metall jetzt fordert, sind heftig umstritten. Einige kritisieren, daß die Gewerkschaften nicht in die Verhandlungen um Standortschließungen eingreifen dürften und statt dessen der Betriebsrat die Verhandlungen über Sozialpläne führen müßte.

Wir haben das Interesse, diese Verhandlungen - wie sie auch immer heißen - mit dem Betriebsrat und der IG Metall zu führen. Natürlich sind diese Tarifsozialpläne ein neues Phänomen, sie sind selten, die Rechtmäßigkeit ist umstritten. Es fehlt immer noch ein abschließendes Urteil vom Bundesarbeitsgericht. Aber mir geht es hier nicht um Prinzipien, mir geht es darum, daß wir Lösungen finden. Es geht ja um einen Produktionsstandort, der mit den Waschmaschinen, für die wir 60 Euro drauflegen müssen, einfach nicht überleben kann.

Die Forderungen nach Tarifsozialplänen gibt es erst seit einigen Jahren, bislang gibt es nur einige Betriebe, bei denen die IG Metall diese Strategie angewandt hat und auch erfolgreich war. Bekommen Sie zu Ihrer Lage auch Reaktionen von anderen Unternehmen?

Viele Unternehmen haben die schlimmsten Befürchtungen, was diese Entwicklung der Vertragsgestaltung betrifft. Sie fragen sich, was passiert, wenn diese 0,7 Monatsgehälter pro Beschäftigungsjahr abgeschlossen werden. Andere Firmen, die vielleicht auch in eine solche Situation kommen, fragen sich, wie sie sich verhalten sollen. Und natürlich hat das auch eine abschreckende Wirkung auf Investitionen hier in Deutschland.

Wird im Fall AEG ein Exempel statuiert?

Absolut. Wir werden als Symbol für etwas benutzt, was nicht mehr mit AEG, Electrolux oder den Mitarbeitern zu tun hat. Das ist zu einem grundsätzlichen Thema geworden, das zu unseren Lasten ausgetragen wird. Die IG Metall hat die Situation ausgenutzt, um eine Kampagne zu fahren.

Wie reagiert die Geschäftsführung des schwedischen Mutterkonzerns Electrolux darauf?

Es ist schwierig, diese Situation zu vermitteln. Leider ist mein Job nicht nur, Fabriken zu bauen, sondern sie zur Not auch zu schließen oder anzupassen. Wir haben ein Werk in Spanien, das jetzt im April geschlossen wird, das hatte auch ein riesiges

Kostenproblem. Aber sogar in Spanien gibt es klarere Strukturen und Abläufe, um so etwas zu verhandeln. In Schweden sowieso. Da gibt es gesetzliche Vorgaben, wie solch ein Prozeß läuft. Dort hat man eine dreimonatige Untersuchungsphase. Danach ergibt sich ein Ergebnis, das von zusätzlichen Gutachtern, die auch von der anderen Seite beauftragt werden, überprüft wird. Das ist auch hier in Nürnberg geschehen. Auch dieser Gutachter hat bestätigt, daß das Werk in Nürnberg eine Kostenlücke hat. Dann versteht man normalerweise, warum man solche Schritte tun muß.

Am Wochenende hat der Konzern gedroht, die für Ende 2007 geplante Werksschließung um ein Jahr vorzuziehen. Eskaliert damit die Situation nicht noch mehr?

Das ist keine Drohung. Wir sind offen und sagen auch unangenehme Wahrheiten. Die Wahrheit ist, daß wir Planungssicherheit haben müssen. Derzeit können wir uns verlassen auf unsere Werke in Polen und in Italien, die das gleiche Produktspektrum haben. Wir produzieren jetzt dort verstärkt, indem wir statt zwei Schichten drei Schichten haben und das Wochenende mitnutzen. Die bauen die Geräte, die wir sonst auch aus Nürnberg beziehen würden. Die Volumina, die von dort kommen, entsprechen einer weitaus schnelleren Verlagerung, als wir das geplant haben. Deshalb kann es sein, daß wir schon 2006 keinen Bedarf mehr an der Produktion in Nürnberg haben. Das ist ein Szenario, auf das wir hingewiesen haben. Daran hat auch die Stadt kein Interesse. So gesehen spricht viel dafür, diesen gesunden Prozeß des langsamen Abbaus von zwei Jahren wiederaufzunehmen. Das geht um so schneller, je eher wir die Verhandlungen abgeschlossen haben.

Wie ist die Situation derzeit vor Ort?

Die Demonstrationen haben nachgelassen - ebenso wie diese Industrieschauspiele, als Politiker wie Oskar Lafontaine oder Franz Müntefering gekommen sind, um die Lage als Bühne zur Selbstdarstellung zu nutzen. Müntefering hatte sich noch nicht einmal Zeit für uns genommen. Die Stimmung kippt inzwischen. Die Leute, die nicht in der IG Metall sind, bekommen gar kein Geld. Mitglieder bekommen vielleicht 50 Prozent. Bei einem Nettogehalt von 1200 Euro wird das schon schwierig für den einen oder anderen, das weiter zu ertragen. Und wir wollen ja auch gar nicht, daß die Leute in diese Schwierigkeiten geraten. Wir wollen, daß die Leute so schnell wie möglich verdienen, arbeiten und über einen gesteuerten Prozeß wieder in ein neues Arbeitsverhältnis kommen.

Das Gespräch führte Corinna Budras.

Bildunterschrift: Horst Winkler.

Foto dpa

Quelle:	Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.02.2006, Nr. 41, S. 19
----------------	---

Vermittler im Nebenjob

Bahn-Vorstand Otto Wiesheu soll einem Kompromiß für das AEG-Werk Nürnberg den Weg ebnen

Bayern nur noch als Bahnfahrer zu erkunden wäre Otto Wiesheu wohl zu langweilig. Gut für den ehemaligen Wirtschaftsminister des Freistaats, daß er auch nach seinem Wechsel in den Vorstand der Deutschen Bahn im Land der weiß-blauen Rauten gebraucht wird. Im festgefahrenen Streit über die Zukunft der 1750 Mitarbeiter des Hausgerätewerks von AEG in Nürnberg hat die IG Metall Wiesheu als Vermittler gerufen. Der schwedische Konzern Electrolux auf der Arbeitgeberseite war einverstanden.

So trafen sich am Montag die Parteien zur nächsten Verhandlungsrunde, an der Wiesheu als Moderator erstmals teilnahm. Dem 61 Jahre alten CSU-Mann, der 31 Jahre im Bayerischen Landtag saß, war es schon in der vergangenen Woche von Donnerstag bis Samstag in Sondierungsgesprächen gelungen, daß sich die Streithähne erstmals ein Stück näher gekommen sind. In erster Linie geht es um eine Abfindung für die Beschäftigten, die wegen der bis Ende 2007 geplanten Schließung des Werks ihre Arbeitsplätze verlieren werden. Ein strittiger Punkt ist auch die Qualifizierungsgesellschaft, die den AEG-Mitarbeitern neue Perspektiven auf dem Stellenmarkt eröffnen soll. Seit dem 20. Januar wird in Nürnberg gestreikt, der Konflikt tobt aber schon viel länger.

Vor Beginn des Arbeitskampfs hatte sich Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber selbst als Vermittler angeboten. Doch mit ihrer Ablehnung hat die IG Metall den Landesvater abgewatscht, wie man in Bayern sagt. Wiesheu genießt bei den Gewerkschaften des Freistaats ein weitaus besseres Ansehen als der wegen seiner akribischen Aktenarbeit verschmähte Stoiber. Der in Zolling bei Freising geborene Bauernsohn, der im ersten Eindruck als schnoddriger Schnellsprecher auffällt, versteht die Sprache der IG Metall offenbar viel besser. Schon im vergangenen Herbst hatte der promovierte Jurist in einem ähnlichen Fall wie in Nürnberg einen Kompromiß angebahnt. Auch die Mitarbeiter des Chipwerks von Infineon in München-Perlach hatten aus Protest gegen die beabsichtigte Schließung und für einen Sozialtarifvertrag gestreikt.

Dort stand allerdings schon nach acht Tagen Arbeitspause ein Ergebnis fest. Den Fall AEG in Nürnberg kennt Wies-



Otto Wiesheu

Foto argum

heu mindestens genauso gut. Mit dem Werk hatte er sich noch als bayerischer Wirtschaftsminister im vergangenen Jahr beschäftigt. Im Juli war er an der Seite des damaligen Bundeskollegen Wolfgang Clement nach Stockholm gereist. Doch den Vorstandschef von Electrolux, Hans Stråberg, konnte er auch drei Monate später mit einem Appell per Brief nicht davon abbringen, die Fabrik für Waschmaschinen, Trockner und Geschirrspüler schließen zu wollen. Nun geht es für Wiesheu wie bei Infineon vor allem nur noch darum, die finanziellen Forderungen der IG Metall für die Mitarbeiter und das noch weit darunter liegende Angebot des Arbeitgebers in Einklang zu bringen.

In seinen zwölf Jahren als Wirtschaftsminister hatte sich Otto Wiesheu den Ruf eines Feuerwehrmanns erarbeitet, der freilich nicht jeden Brand bei bayerischen Unternehmen löschen konnte. Anfang 2005 bemühte er sich vergeblich, die Banken für ein Rettungskonzept des zahlungsunfähigen Walter-Bau-Konzerns zu gewinnen.

Nach einigen teuren, aber erfolglosen Erfahrungen wie mit Grundig, der Schmidt-Bank in Hof oder dem Stahlwerk Maxhütte wollte der Minister in den vergangenen Jahren nicht mehr so energisch eingreifen. Vielleicht durfte er wegen der strengen Haushaltsdisziplin auch nicht mehr den Freistaat als Gesellschafter für Sanierungs- und Notfälle einbinden.

Sein nahtloser Wechsel von der Politik in die Wirtschaft stieß wie so oft bei solchen Karrieren auf Unmut. Kritiker warfen ihm Interessenkonflikte vor. In den Koalitionsverhandlungen von Union und SPD hatte sich Wiesheu – wie allerdings schon in den Jahren zuvor – für den Schienenverkehr stark gemacht. Kurze Zeit später gab er seinen Wechsel zur Deutschen Bahn bekannt. Dort leitet der Vater von vier Kindern seit Jahresanfang im Vorstand das Ressort Wirtschaft und Politik. Mit seinem Engagement als Vermittler im AEG-Konflikt könnte er einen Teil der verlorenen Sympathie wiedergewinnen.

JOACHIM HERR

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwoch, 1. März 2006, Nr. 51 / 9 R *

Herausgegeben von Werner D'Inka, Berthold Kohler, Günther Nonnenmacher, Frank Schirmacher, Holger

Keine Rettung für das AEG-Werk Stoiber: Die Kehrseite der Globalisierung

Electrolux und IG Metall einig über Sozialplan für die Nürnberger Beschäftigten

him. MÜNCHEN, 28. Februar. Nach einem Streik von mehr als fünf Wochen haben sich der schwedische Hausgerätehersteller Electrolux und die IG Metall auf einen Sozialtarifvertrag für das AEG-Werk in Nürnberg geeinigt. Electrolux bleibt aber bei dem Beschluß, die Fabrik mit 1750 Beschäftigten wegen des Preisdrucks für Waschmaschinen und Geschirrspüler bis Ende 2007 zu schließen. Der Kompromiß kam auf Vermittlung des Bahn-Vorstandsmitglieds Wiesheu zustande. Die Vereinbarung regelt vor allem die Höhe der Abfindungen für die Mitarbeiter und ihre Übernahme in eine Beschäftigungsgesellschaft für zwölf Monate. Electrolux hat jedoch offenbar ein solches Verhandlungsergebnis im Umfang von 150 Millionen Euro von Anfang an einkalkuliert. Das Unternehmen erwartet nach wie vor, daß die Schließung wie früher angekündigt insgesamt rund 240 Millionen Euro kosten wird. Darin sind die Kosten

für die Verlagerung der Produktion nach Polen und Italien enthalten.

Der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Huber, bezeichnete den Kompromiß als „gutes Ergebnis unter den gegebenen Umständen“. Der Erhalt der Arbeitsplätze sei an der Rigorosität der Arbeitgeberseite gescheitert. „Dieser Streik war von Anfang an ein Akt der Notwehr“, sagte Huber. Die Gewerkschaft sah in dem Nürnberger Werk ein Symbol für den Kampf gegen die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer. Nach Ansicht des Bezirksleiters der IG Metall Bayern, Neugebauer, hat sich der Streik gelohnt. „Herausgekommen ist der beste Sozialtarifvertrag, der je abgeschlossen wurde.“ Für die Region sei der Verlust weiterer Industriearbeitsplätze aber schlecht.

Die Bayerische Staatsregierung zeigte sich nach der Vereinbarung erleichtert. „Es ist gut, daß eine gemeinsame Lösung gefunden wurde“, kommentierte Minister-

präsident Stoiber (CSU) den Kompromiß. Die Auseinandersetzung sei nicht nur ein Tarifkonflikt gewesen. „Hier zeigt sich auch die Kehrseite der Globalisierung“, sagte Stoiber. SPD-Generalsekretär Heil schrieb in einem Brief an die Beschäftigten: „Die Politik darf nicht hinnehmen, daß skrupellose Manager Tausende Arbeitsplätze vernichten, um kurzfristig aus guten Gewinnen noch größere Renditen zu erzielen.“ Der Kampf in Nürnberg ermutige und setze Maßstäbe.

Die IG Metall verfolgte mit dem am 20. Januar begonnenen Streik das „politische Ziel“, daß Electrolux auf die Werkschließung verzichtet oder andernfalls dieser Schritt das Unternehmen möglichst teuer zu stehen kommt. Das erste Ziel hat die Gewerkschaft nicht erreicht. Mitarbeiter von AEG brachten ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß es nicht gelungen ist, die Schließung zu verhindern. (Fortsetzung Seite 2.)

Fortsetzung von Seite 1

Keine Rettung für das AEG-Werk

Noch in dieser Woche werden die Gewerkschaftsmitglieder der Belegschaft in einer Urabstimmung entscheiden, ob sie den Sozialtarifvertrag annehmen. Frühestens am Montag könnte die Produktion in Nürnberg dann wieder anlaufen. Die Fertigungs- und Lieferausfälle während der Arbeitsunterbrechung haben bei Electrolux einen Schaden verursacht. „Im Moment können wir das aber noch nicht beziffern“, sagte ein Sprecher.

Zentrale Punkte der Einigung, die am Dienstag morgen nach vierzehnstündiger Verhandlung erzielt wurde, sind die Abfindungen und eine Qualifizierungsgesellschaft. Je Beschäftigungsjahr erhalten die Mitarbeiter eine Abfindung von 1,8 Bruttomonatsgehältern, im Durchschnitt 90 000 Euro je Mitarbeiter. Electrolux hatte zunächst nur den Faktor 0,7 geboten, die IG Metall zu Beginn drei Monatsgehälter gefordert. Nach dem Verlust ihrer Stellen werden die AEG-Mitarbeiter in Nürnberg für zwölf Monate in eine Beschäftigungsgesellschaft übernommen. Dort sollen sie eine Weiterbildung erhalten und auf der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz unterstützt werden. Über Einzelheiten des Zeitplans für die Schließung werde noch beraten, kündigte Electrolux an. Wegen des Streiks hat das Unternehmen erste Schritte der Produktionsverlagerung vorgezogen.

Für die ausgegliederten Servicegesellschaften Kundendienst, Ersatzteile, Logistik und Vertrieb soll mit der IG Metall ein Haustarifvertrag vereinbart werden, um „die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen weiter zu verbessern“, wie der schwedische Mutterkonzern berichtete. Den vier Gesellschaften gewährt Electrolux eine Beschäftigungs- und Standortgarantie bis Ende 2009. Über eine solche Sicherheit wird auch noch für das Werk in Rothenburg ob der Tauber mit 1300 Mitarbeitern verhandelt. Dort fertigt Electrolux Herde. Befürchtungen der Gewerkschaft, auch diese Produktion könnte ins Ausland verlagert werden, versucht das Unternehmen zu zerstreuen. Die in Rothenburg hergestellten Einbauherde unterlägen wegen des Vertriebs über Küchenmöbelanbieter einem wesentlich geringeren Preisdruck als die in Nürnberg produzierten freistehenden Waschmaschinen und Geschirrspüler, die in Elektrogroßmärkten verkauft würden, heißt es.

Je schneller, desto teurer

Betriebsschließungen sind auch gegen Widerstände möglich / Von Marc Steffek

BERLIN, 7. März. Schnelle Betriebsverlagerungen können teuer werden. Das zeigt die Einigung zwischen Electrolux und IG Metall über einen Sozialtarifvertrag für das AEG-Werk Nürnberg (F.A.Z. vom 1. März). Die Vereinbarung sieht Abfindungen in Höhe von 1,8 Bruttomonatsgehältern pro Beschäftigungsjahr vor, außerdem die Übernahme der Mitarbeiter in eine Beschäftigungsgesellschaft für zwölf Monate. Zunächst hatte Electrolux eine deutlich geringere Abfindung angeboten. Auf der anderen Seite kann sich jetzt der schwedische Mutterkonzern über die schnelle Einigung freuen und den Betrieb zügig verlagern.

Der Versuch der IG Metall und des Betriebsrats, die Verlagerung zu verhindern, war zum Scheitern verurteilt. Keiner von beiden hat die rechtlichen Möglichkeiten, die Umsetzung einer unternehmerischen Entscheidung zu verhindern. Der Beschluß, einen Betrieb zu schließen und ins Ausland zu verlagern, ist als unternehmerische Entscheidung auch von Arbeitsgerichten nur sehr eingeschränkt überprüfbar. Gewerkschaften und Betriebsräte können solche Schritte jedoch verzögern und erschweren, wenn sie ihre Rechte ausschöpfen. Deshalb kann ein Unternehmen dazu genötigt sein, eine zügige Verständigung mit den Arbeitnehmervertretern durch den Abschluß eines teuren Sozialplanes zu erkaufen. Das Betriebsverfassungsgesetz verlangt von einem Arbeitgeber, den Versuch zu unternehmen, mit dem Betriebsrat einen Interessenausgleich abzuschließen und einen Sozialplan zu vereinbaren. Der Sozialplan soll die wirtschaftlichen Nachteile für die Arbeitnehmer mildern. In einem Interessenausgleich vereinbaren Unternehmen und Betriebsrat dann Einzelheiten über den Ablauf der Betriebsverlagerung.

Versucht der Arbeitgeber nicht, einen Interessenausgleich zustande zu bringen, drohen ihm empfindliche Sanktionen. Erstens muß er damit rechnen, daß einzelne Arbeitnehmer Ansprüche auf Nachteilsausgleich beim Arbeitsgericht einklagen, die regelmäßig in Abfindungen münden. Dies hätte beispielsweise für AEG die Konfrontation mit bis zu 1750 einzelnen Klagen bedeuten können. Zweitens gestehen einige Arbeitsgerichte den Betriebsräten Unterlassungsansprüche zu, falls der Arbeitgeber keinen Interessenausgleich versucht hat. Der Betriebsrat kann diesen Anspruch per einstweiliger Verfügung

durchsetzen und dem Unternehmen sowohl den Ausspruch der Kündigungen als auch die Schließung und die Verlagerung des Betriebes verbieten lassen. Das Unternehmen kann seine Entscheidung dann so lange nicht umsetzen, bis es einen Interessenausgleich mit dem Betriebsrat versucht oder eine Einigung erzielt hat.

Um Nachteile zu vermeiden, muß die Unternehmensleitung deshalb den Betriebsrat umfassend über die geplante Betriebsverlagerung informieren. Und zwar

auch vorschieben, wenn er den Interessenausgleich hinauszögern möchte. In der Regel geschieht das, indem er stets neue Fragen stellt und nach neuen Unterlagen verlangt. Daraus ergibt sich eine Schwierigkeit für das Unternehmen: Es kann erst dann von einem Versuch eines Ausgleichs gesprochen werden, wenn der Betriebsrat nachweislich vollständig informiert worden ist und anschließend mit ihm die geplante Verlegung beraten wurde.

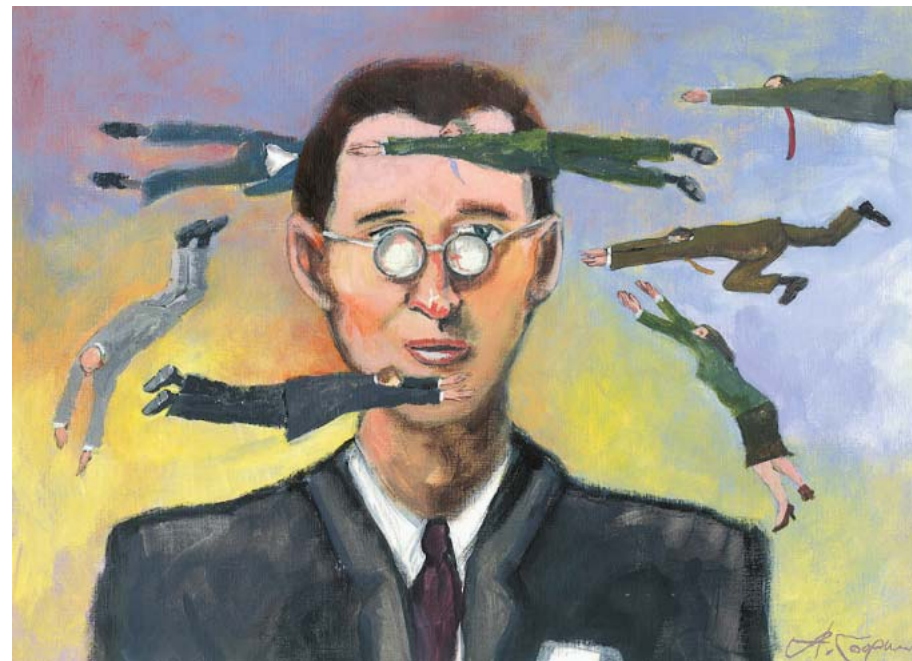


Illustration Andrea Koopmann

bevor vollendete Tatsachen geschaffen sind. Dazu gehören die Gründe für die Verlagerung und die Erläuterung, weshalb es keine Alternative gibt. Unterlagen dazu müssen dem Betriebsrat vorgelegt werden – auch dann, wenn es sich um Betriebsgeheimnisse handelt.

Mit diesem Informationsrecht kann sich ein Betriebsrat großes Verzögerungspotential verschaffen. Denn er muß nur geltend machen, nicht hinreichend informiert worden zu sein. Oftmals trifft dieser Vorwurf auch zu. Nämlich dann, wenn das Unternehmen aus verständlichen Gründen dem Betriebsrat – trotz dessen Verschwiegenheitspflicht – keine Betriebsgeheimnisse offenbaren möchte. Der Betriebsrat kann mangelnde Information

In dieser Situation kann sich das Unternehmen veranlaßt sehen, dem Betriebsrat den Abschluß eines Interessenausgleiches durch die gleichzeitige Vereinbarung eines teuren Sozialplanes „abzukaufen“. Das ist ohnehin das Kalkül vieler Betriebsräte. Diese schwierige Situation führte 1996 zu einer Ergänzung des Betriebsverfassungsgesetzes. Hier nach galt ein Interessenausgleich als versucht, wenn der Betriebsrat vollständig informiert war und nicht binnen maximal drei Monaten ein Interessenausgleich zustande kam. Diese Fristenregelung wurde Ende Dezember 1998 nach dem Regierungswechsel durch das sogenannte Korrekturgesetz wieder abgeschafft.

Der Betriebsrat hat also eine günstige Verhandlungsposition. Sie verbessert sich noch, wenn auch die Gewerkschaft das Unternehmen unter Druck setzt. Nach der derzeitigen Rechtsprechung dürfen die Arbeitnehmervereinigungen versuchen, den Abschluß eines „Tarif-Sozialplans“ im Wege eines Streiks durchzusetzen, wenn der Betrieb nicht komplett geschlossen, sondern verlagert werden soll (F.A.Z. vom 3. und 17. Februar). Dieses Vorgehen ist zweifelhaft. Denn in diesen Fällen geht es der Gewerkschaft erkennbar nicht um den Abschluß eines Firmentarifs, sondern um den Erhalt des Standortes. Die bisher mit solchen Konstellationen befaßten Arbeitsrichter haben das formale Argument gelten lassen, ein firmeninterner Tarifvertrag dürfe auch durch einen Streik erstritten werden. Tatsächlich waren die Forderungen der Gewerkschaften aber so hoch, daß erkennbar der Standorterhalt und nicht der Abschluß eines „normalen“ Tarifvertrags Ziel des Streiks war. Dies dürfte auch bei der Schließung des AEG-Werkes so gewesen sein. Denn der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, wird auf der Homepage der Gewerkschaft mit dem Satz zitiert, der Streik sei „von Anfang an ein Akt der Notwehr“ gewesen. Derlei Streiks gehören also mittlerweile zur Strategie von Gewerkschaften.

Sieht sich ein Unternehmer sowohl mit dem Betriebsrat als auch mit der Gewerkschaft konfrontiert, hat er im Grunde drei Möglichkeiten: Erstens kann er mit beiden Kontrahenten hartnäckig verhandeln. Dies führt jedoch regelmäßig zu teuren Verzögerungen. Zweitens kann er versuchen, mit dem Betriebsrat zu einer schnellen Einigung über einen Interessenausgleich und einen Sozialplan zu kommen. Denn in diesem Falle wird die Gewerkschaft die Belegschaft schwerlich für einen Streik mobilisieren können. Zugleich sollte das Unternehmen mit der Gewerkschaft ernsthaft über deren Forderungen verhandeln, weil dann während dieser Zeit eigentlich nicht zum Streik aufgerufen werden darf. Drittens kann das Unternehmen sowohl mit dem Betriebsrat als auch mit der Gewerkschaft eine schnelle Einigung versuchen – in der Hoffnung, daß diese billiger ist als eine Verzögerung der unternehmerischen Entscheidung.

Einen Betrieb schnell zu verlagern ist also auch in Deutschland möglich. Es wird nur teuer.

Der Verfasser ist Fachanwalt für Arbeitsrecht bei Nörr Stiefenhofer Lutz.

Je schneller, desto teurer

Betriebsschließungen sind auch gegen Widerstände möglich / Von Marc Steffek

BERLIN, 7. März. Schnelle Betriebsverlagerungen können teuer werden. Das zeigt die Einigung zwischen Electrolux und IG Metall über einen Sozialtarifvertrag für das AEG-Werk Nürnberg (F.A.Z. vom 1. März). Die Vereinbarung sieht Abfindungen in Höhe von 1,8 Bruttomonatsgehältern pro Beschäftigungsjahr vor, außerdem die Übernahme der Mitarbeiter in eine Beschäftigungsgesellschaft für zwölf Monate. Zunächst hatte Electrolux eine deutlich geringere Abfindung angeboten. Auf der anderen Seite kann sich jetzt der schwedische Mutterkonzern über die schnelle Einigung freuen und den Betrieb zügig verlagern.

Der Versuch der IG Metall und des Betriebsrats, die Verlagerung zu verhindern, war zum Scheitern verurteilt. Keiner von beiden hat die rechtlichen Möglichkeiten, die Umsetzung einer unternehmerischen Entscheidung zu verhindern. Der Beschluß, einen Betrieb zu schließen und ins Ausland zu verlagern, ist als unternehmerische Entscheidung auch von Arbeitsgerichten nur sehr eingeschränkt überprüfbar. Gewerkschaften und Betriebsräte können solche Schritte jedoch verzögern und erschweren, wenn sie ihre Rechte ausschöpfen. Deshalb kann ein Unternehmen dazu genötigt sein, eine zügige Verständigung mit den Arbeitnehmervertretern durch den Abschluß eines teuren Sozialplanes zu erkaufen. Das Betriebsverfassungsgesetz verlangt von einem Arbeitgeber, den Versuch zu unternehmen, mit dem Betriebsrat einen Interessenausgleich abzuschließen und einen Sozialplan zu vereinbaren. Der Sozialplan soll die wirtschaftlichen Nachteile für die Arbeitnehmer mildern. In einem Interessenausgleich vereinbaren Unternehmen und Betriebsrat dann Einzelheiten über den Ablauf der Betriebsverlagerung.

Versucht der Arbeitgeber nicht, einen Interessenausgleich zustande zu bringen, drohen ihm empfindliche Sanktionen. Erstens muß er damit rechnen, daß einzelne Arbeitnehmer Ansprüche auf Nachteilsausgleich beim Arbeitsgericht einklagen, die regelmäßig in Abfindungen münden. Dies hätte beispielsweise für AEG die Konfrontation mit bis zu 1750 einzelnen Klagen bedeuten können. Zweitens gestehen einige Arbeitsgerichte den Betriebsräten Unterlassungsansprüche zu, falls der Arbeitgeber keinen Interessenausgleich versucht hat. Der Betriebsrat kann diesen Anspruch per einstweiliger Verfügung durchsetzen und dem Unternehmen sowohl den Ausspruch der Kündigungen als auch die Schließung und die Verlagerung des Betriebes verbieten lassen. Das Unternehmen kann seine Entscheidung dann so lange nicht umsetzen, bis es einen Interessenausgleich mit dem Betriebsrat versucht oder eine Einigung erzielt hat.

Um Nachteile zu vermeiden, muß die Unternehmensleitung deshalb den Betriebsrat umfassend über die geplante Betriebsverlagerung informieren. Und zwar bevor vollendete Tatsachen geschaffen sind. Dazu gehören die Gründe für die Verlagerung und die Erläuterung, weshalb es keine Alternative gibt. Unterlagen dazu müssen dem Betriebsrat vorgelegt werden - auch dann, wenn es sich um Betriebsgeheimnisse handelt.

Mit diesem Informationsrecht kann sich ein Betriebsrat großes Verzögerungspotential verschaffen. Denn er muß nur geltend machen, nicht hinreichend informiert worden zu sein. Oftmals trifft dieser Vorwurf auch zu. Nämlich dann, wenn das Unternehmen aus verständlichen Gründen dem Betriebsrat - trotz dessen Verschwiegenheitspflicht - keine Betriebsgeheimnisse offenbaren möchte. Der Betriebsrat kann mangelnde Information auch verschieben, wenn er den Interessenausgleich hinauszögern möchte. In der Regel geschieht das, indem er stets neue Fragen stellt und nach neuen Unterlagen verlangt. Daraus ergibt sich eine Schwierigkeit für das Unternehmen: Es kann erst dann von einem Versuch eines Ausgleichs gesprochen werden, wenn der Betriebsrat nachweislich vollständig informiert worden ist und anschließend mit ihm die geplante Verlegung beraten wurde.

In dieser Situation kann sich das Unternehmen veranlaßt sehen, dem Betriebsrat den Abschluß eines Interessenausgleiches durch die gleichzeitige Vereinbarung eines teuren Sozialplanes "abzukaufen". Das ist ohnehin das Kalkül vieler Betriebsräte. Diese schwierige Situation führte 1996 zu einer Ergänzung des Betriebsverfassungsgesetzes. Hiernach galt ein Interessenausgleich als versucht, wenn der Betriebsrat vollständig informiert war und nicht binnen maximal drei Monaten ein Interessenausgleich zustande kam. Diese Fristenregelung wurde Ende Dezember 1998 nach dem Regierungswechsel durch das sogenannte Korrekturgesetz wieder abgeschafft.

Der Betriebsrat hat also eine günstige Verhandlungsposition. Sie verbessert sich noch, wenn auch die Gewerkschaft das Unternehmen unter Druck setzt. Nach der derzeitigen Rechtsprechung dürfen die Arbeitnehmervereinigungen versuchen, den Abschluß eines "Tarif-Sozialplans" im Wege eines Streiks durchzusetzen, wenn der Betrieb nicht komplett geschlossen, sondern verlagert werden soll (F.A.Z. vom 3. und 17. Februar). Dieses Vorgehen ist zweifelhaft. Denn in diesen Fällen geht es der Gewerkschaft erkennbar nicht um den Abschluß eines Firmentarifs, sondern um den Erhalt des Standortes. Die bisher mit solchen Konstellationen befaßten Arbeitsrichter haben das formale Argument gelten lassen, ein firmeninterner Tarifvertrag

dürfe auch durch einen Streik erstritten werden. Tatsächlich waren die Forderungen der Gewerkschaften aber so hoch, daß erkennbar der Standorterhalt und nicht der Abschluß eines "normalen" Tarifvertrags Ziel des Streiks war. Dies dürfte auch bei der Schließung des AEG-Werkes so gewesen sein. Denn der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, wird auf der Homepage der Gewerkschaft mit dem Satz zitiert, der Streik sei "von Anfang an ein Akt der Notwehr" gewesen. Derlei Streiks gehören also mittlerweile zur Strategie von Gewerkschaften.

Sieht sich ein Unternehmer sowohl mit dem Betriebsrat als auch mit der Gewerkschaft konfrontiert, hat er im Grunde drei Möglichkeiten: Erstens kann er mit beiden Kontrahenten hartnäckig verhandeln. Dies führt jedoch regelmäßig zu teuren Verzögerungen. Zweitens kann er versuchen, mit dem Betriebsrat zu einer schnellen Einigung über einen Interessenausgleich und einen Sozialplan zu kommen. Denn in diesem Falle wird die Gewerkschaft die Belegschaft schwerlich für einen Streik mobilisieren können. Zugleich sollte das Unternehmen mit der Gewerkschaft ernsthaft über deren Forderungen verhandeln, weil dann während dieser Zeit eigentlich nicht zum Streik aufgerufen werden darf. Drittens kann das Unternehmen sowohl mit dem Betriebsrat als auch mit der Gewerkschaft eine schnelle Einigung versuchen - in der Hoffnung, daß diese billiger ist als eine Verzögerung der unternehmerischen Entscheidung.

Einen Betrieb schnell zu verlagern ist also auch in Deutschland möglich. Es wird nur teuer.

Der Verfasser ist Fachanwalt für Arbeitsrecht bei Nörr Stiefenhofer Lutz.



Langer Streik – langer Streit

Foto Frank Röth

Schnelle Schließung in Nürnberg ruft Widerstand hervor

Electrolux will auf hohen Krankenstand der AEG-Mitarbeiter reagieren / Entscheidung bis August

him. MÜNCHEN, 12. Mai. Der Streit über die Schließung des AEG-Hausgerätekwerks in Nürnberg könnte neu aufflammen. Die IG Metall und der Betriebsrat wollen ein mögliches vorgezogenes Ende der Fabrik verhindern. „Wir prüfen, was wir juristisch dagegen machen könnten“, sagt Jürgen Wechsler, der Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Nürnberg. „Aus unserer Sicht sind der im Interessenausgleich festgelegte Schließungstermin und der Abbauplan bindend.“ Falls sich Electrolux nicht daran halte, werde der Betriebsrat möglicherweise klagen.

Ende Februar hatten sich die schwedische AEG-Muttergesellschaft Electrolux und die IG Metall nach fünf Wochen Streik in Nürnberg auf einen Sozialtarifvertrag geeinigt. Vereinbart wurde auch, daß die letzte Produktionslinie im Juni 2007 eingestellt und das Werk schließlich Ende Dezember 2007 geschlossen wird. Da inzwischen aber jeder vierte Beschäftigte in dem Werk krank geschrieben ist, erwägt Electrolux, die Schließung auf das Frühjahr 2007 vorzuziehen. „Wir stellen in Nürnberg 15 Prozent weniger Produkte her, als es unserer vorsichtigen Planung entspricht“, berichtet Electrolux-Sprecher Michael Eichel. „Deshalb muß der

Transfer der Produktion beschleunigt werden, um die Lieferungen an die Kunden sicherzustellen.“ Schon während des Streiks im Winter sei ein Teil der Fertigung von Waschmaschinen und Geschirrspülern in die Werke in Polen und Italien verlagert worden. Gewerkschafter Wechsler vertritt dagegen die Ansicht, in Nürnberg könnte trotz des hohen Krankenstandes mehr produziert werden. Electrolux habe aber wegen eines Imageschadens große Absatzschwierigkeiten mit der Marke AEG, behauptet er.

Bis zum Beginn der Betriebsferien Anfang August will Electrolux nach Eichels Worten die Terminplanung für das Werk in Nürnberg abschließen. Informationen der IG Metall, schon in diesen Tagen könnte ein Beschluß über eine vorgezogene Schließung fallen, bestätigt der Unternehmenssprecher nicht. „Bisher ist alles Spekulation“, sagt Betriebsrätin Karin Weber. Beinahe täglich gebe es neue Gerüchte. Den von 5 auf 25 Prozent gestiegenen Krankenstand der noch 1620 Mitarbeiter kommentiert sie mit der Bemerkung: „Krank geschrieben wird man vom Arzt.“ Besonders die Lage der Beschäftigten, die eine Familie ernähren müßten, sei nicht einfach. Die drohende Arbeitslosig-

keit nach einem Jahr in der Beschäftigungsgesellschaft könne psychische Probleme verursachen. Die hohe Fehlrate kann Electrolux auch nicht mit einem Anreiz verhindern: Wer von Mai bis zu den Betriebsferien durcharbeitet, bekommt eine Waschmaschine geschenkt.

Unterstützung erhalten Betriebsrat und IG Metall vom bayerischen Wirtschaftsminister Erwin Huber (CSU). Er dringt darauf, daß Electrolux an den im Februar getroffenen Vereinbarungen festhält und am Zeitplan nicht rüttelt. Von dem Unternehmen habe er erfahren, das Werk solle bis Ende 2007 betrieben werden, wenn dies wirtschaftlich zu vertreten sei, heißt es in einer Stellungnahme des Ministers. Dies hänge auch vom Krankenstand der Belegschaft ab.

Von den 1620 Mitarbeitern in Nürnberg hätten inzwischen 850 eine Kündigung erhalten, sagt Unternehmenssprecher Eichel. Von Juli an bis zum Jahresende verlasse diese Gruppe das Werk. Bis Ende Juni gilt noch ein Beschäftigungssicherungsvertrag. Schon 2001 wurde nach Angaben Eichels beschlossen, die Fertigung von Wäschetrocknern Mitte 2006 von Nürnberg nach Polen zu verlagern. „Die letzte Schicht ist am nächsten Montag“, kündigt er an.

Schließung und Aufschwung in Nürnberg

Zwischen der Fabrik von AEG und dem Trafowerk von Siemens liegen nur wenige Kilometer, aber doch Welten / Von Joachim Herr

NÜRNBERG, 11. April. Ein Schicksal wie den AEG-Mitarbeitern ist den Beschäftigten im Transformatorenwerk von Siemens erspart geblieben. Nicht einmal zehn Kilometer sind die beiden Fabriken in Nürnberg voneinander entfernt, doch ihre wirtschaftliche Entwicklung könnte nicht unterschiedlicher sein. Electrolux, die schwedische Muttergesellschaft von AEG, sucht einen Käufer für das 160 000 Quadratmeter große Gelände, in dem bis vor kurzem Waschmaschinen und Geschirrspüler hergestellt wurden. Das Werk hatte im Frühjahr 2006 für Aufsehen gesorgt, als die 1700 Mitarbeiter länger als fünf Wochen gegen den Beschluss der Schließung streikten – vergeblich.

Das Trafowerk von Siemens stand vor zwei bis drei Jahren auch vor einer fast aussichtslosen Situation. Eine schwache Nachfrage und hohe Verluste bedrohten die Fabrik. Die Verhandlungen über Opfer der Arbeitnehmerseite schienen festgefahren zu sein, als im Juni 2005 in letzter Minute ein Kompromiss für flexiblere Arbeitszeiten sowie geringere Arbeitskosten gelang und eine Schließung abgewendet wurde. Die IG Metall sprach damals von einer Erpressung der Mitarbeiter.

„2004 war der Auftragseingang sehr gering, und dass der Markt dann so stark anziehen würde, war damals kaum vorzusehen“, sagt Bertram Ehmann, Leiter des Geschäftsgebiets der Siemens-Transformatoren. „Die Restrukturierung war unvermeidbar. Ohne die Senkung der Arbeitskosten wären wir auch heute noch nicht wettbewerbsfähig.“ Nach hohen Verlusten erzielte das Werk im vergangenen Geschäftsjahr (30. September) nach Ehmanns Worten ein ausgeglichenes Ergebnis und macht nun dank der wiedergewonnenen Wettbewerbsfähigkeit Gewinn. „Jetzt können wir mit den Besten mithalten“, berichtet er. Auch für den Arbeitsmarkt hat er gute Nachrichten. Die 650 Mitarbeiter große Belegschaft des Werkes soll bis zum kommenden Jahr um rund 200 Leute aufgestockt werden.

Mitarbeiter fragen sich allerdings noch heute, ob die Situation vor zwei Jahren tatsächlich so aussichtslos war, wie sie die Geschäftsleitung dargestellt hat. „Ich habe Zweifel, dass die Auftragslage 2004 wirklich so schlecht war“, sagt ein Maschinenschlosser, der seit 20 Jahren in dem Werk arbeitet. Ehmann versucht ihn auf einem Rundgang durchs Werk mit ruhiger Stimme zu überzeugen. Vor drei Jahren habe es wirklich schlecht ausgesehen.

Aber auch die Schließung des Kesselbaus vor zwei Jahren mit mehr als 100 Beschäftigten sorgt noch für Diskussionen. „Jetzt müssen die Kessel teuer eingekauft werden, und wir haben einen

Engpass“, sagt der Maschinenschlosser. Als Kessel wird das Stahlgehäuse der mitunter riesigen Transformatoren bezeichnet, neben denen ein Mensch klein und verloren wirkt. „Es gibt nur wenige Hersteller von Kesseln, und ihre Liefertreue hat sich nicht gebessert“, sagt Rainer Riedl, Betriebsratsvorsitzender des Werks. „Zum Teil gibt es dadurch auch

bei unseren Aufträgen Zeitverzug.“ Ehmann hält die Entscheidung, den Kesselbau einzustellen, dennoch für richtig. „Unsere Kosten waren etwa doppelt so hoch wie der Preis, den wir unseren Lieferanten zahlen.“ Gegen die Hersteller in Osteuropa sei die Fertigung für diese relativ einfachen Produkte in Deutschland chancenlos.

Auch das Nürnberger AEG-Werk hatte mit seinen Standardprodukten mit der internationalen Konkurrenz in der Türkei, Südkorea oder China nicht mehr mithalten können.

Deutlich besser sind die Voraussetzungen für die Technik hinter den Gehäusen der Großtransformatoren. „Viel wichtiger als ein möglichst niedriger

Preis sind Qualität und Zuverlässigkeit“, sagt Ehmann. Für das Produktspektrum in Nürnberg – vom Lokomotiventrafo bis zu den großen Geräten für Kraftwerke – gälten höchste Anforderungen. Es kommt auf Präzision an, zum Beispiel in der Wicklung der Kupferspulen. Kleinste Abweichungen können einen Kurzschluss und einen Brand verursachen. Kunden wie zum Beispiel die Energieversorger kaufen solche Geräte mit Preisen von bis zu 9 Millionen Euro für Jahrzehnte und wollen Stromausfälle unter allen Umständen vermeiden.

Weltmarktführer für Leistungstransformatoren ist ABB in der Schweiz mit einem von Siemens geschätzten Marktanteil von 26 Prozent. Mit 25 Prozent folgt der deutsche Konzern, der mit der Übernahme des österreichischen Konkurrenten VA Tech kräftig aufgeholt hat. An dritter Stelle liegt der französische Konzern Areva.

Zum Siemens-Geschäftsgebiet Transformatoren, ein Teil der Sparte Energieübertragung und -verteilung (PTD), gehören 6000 Mitarbeiter und 19 Werke – von Amerika bis China. Drei liegen in Deutschland: Nürnberg, Kirchheim/Teck bei Stuttgart mit 250 und Dresden mit 230 Beschäftigten. Auch die Fabrik in Kirchheim war Ende 2004 von der Schließung bedroht, ehe die Beschäftigten mit dem Verzicht auf einen Teil ihres Lohns zur Rettung beitrugen.

Ohne Investitionen und Innovationen aber wäre diese Mühe vergeblich gewesen. „Die Investitionen sind mittlerweile auf gutem Weg“, sagt der Nürnberger Betriebsratschef Riedl. Das werde unter anderem mit neuen Maschinen in drei bis sechs Monaten sichtbar. Ehmann, der vor drei Jahren von ABB zu Siemens gekommen war, nennt als Innovationsbeispiel einen 800-Kilovolt-Trafo. Ein solches Gerät für Überlandleitungen zum Überbrücken weiter Distanzen habe Siemens entwickelt und als Prototyp gebaut. „Damit sind wir im Wettbewerb ganz vorn dabei.“ Üblich sei bisher eine Übertragungsspannung von nur 500 Kilovolt.

Ehmann lobt die Mitarbeiter: Zu den Produktverbesserungen hätten sie entscheidend beigetragen. Zahlt es sich nun für sie aus, dass sie auf rund 10 Prozent ihres Lohns verzichtet haben, um ihre Arbeitsplätze zumindest bis September 2009 zu sichern? Für das vergangene Geschäftsjahr hätten die Mitarbeiter erstmals eine Prämie erhalten, sagt der Geschäftsgebietsleiter. Für dieses Jahr stellt er ihnen eine Erhöhung in Aussicht. Mitarbeiter in der niedrigen Lohngruppe könnten mehr als ein Monatsgehalt als Prämie bekommen. „Wir verlieren das Thema nicht aus den Augen“, sagt Betriebsrat Riedl. „Es ist doch verständlich, dass sich die Mitarbeiter über eine Beteiligung am Erfolg Gedanken machen.“



Menschen vor Maschine

Foto Siemens

Schließung und Aufschwung in Nürnberg

Zwischen der Fabrik von AEG und dem Trafowerk von Siemens liegen nur wenige Kilometer, aber doch Welten / Von Joachim Herr

NÜRNBERG, 11. April. Ein Schicksal wie den AEG-Mitarbeitern ist den Beschäftigten im Transformatorenwerk von Siemens erspart geblieben. Nicht einmal zehn Kilometer sind die beiden Fabriken in Nürnberg voneinander entfernt, doch ihre wirtschaftliche Entwicklung könnte nicht unterschiedlicher sein. Electrolux, die schwedische Muttergesellschaft von AEG, sucht einen Käufer für das 160 000 Quadratmeter große Gelände, in dem bis vor kurzem Waschmaschinen und Geschirrspüler hergestellt wurden. Das Werk hatte im Frühjahr 2006 für Aufsehen gesorgt, als die 1700 Mitarbeiter länger als fünf Wochen gegen den Beschluss der Schließung streikten - vergeblich.

Das Trafowerk von Siemens stand vor zwei bis drei Jahren auch vor einer fast aussichtslosen Situation. Eine schwache Nachfrage und hohe Verluste bedrohten die Fabrik. Die Verhandlungen über Opfer der Arbeitnehmerseite schienen festgefahren zu sein, als im Juni 2005 in letzter Minute ein Kompromiss für flexiblere Arbeitszeiten sowie geringere Arbeitskosten gelang und eine Schließung abgewendet wurde. Die IG Metall sprach damals von einer Erpressung der Mitarbeiter.

"2004 war der Auftragseingang sehr gering, und dass der Markt dann so stark anziehen würde, war damals kaum vorzusehen", sagt Bertram Ehmann, Leiter des Geschäftsgebiets der Siemens-Transformatoren. "Die Restrukturierung war unvermeidbar. Ohne die Senkung der Arbeitskosten wären wir auch heute noch nicht wettbewerbsfähig." Nach hohen Verlusten erzielte das Werk im vergangenen Geschäftsjahr (30. September) nach Ehmanns Worten ein ausgeglichenes Ergebnis und macht nun dank der wiedergewonnenen Wettbewerbsfähigkeit Gewinn. "Jetzt können wir mit den Besten mithalten", berichtet er. Auch für den Arbeitsmarkt hat er gute Nachrichten. Die 650 Mitarbeiter große Belegschaft des Werkes soll bis zum kommenden Jahr um rund 200 Leute aufgestockt werden.

Mitarbeiter fragen sich allerdings noch heute, ob die Situation vor zwei Jahren tatsächlich so aussichtslos war, wie sie die Geschäftsleitung dargestellt hat. "Ich habe Zweifel, dass die Auftragslage 2004 wirklich so schlecht war", sagt ein Maschinenschlosser, der seit 20 Jahren in dem Werk arbeitet. Ehmann versucht ihn auf einem Rundgang durchs Werk mit ruhiger Stimme zu überzeugen. Vor drei Jahren habe es wirklich schlecht ausgesehen.

Aber auch die Schließung des Kesselbaus vor zwei Jahren mit mehr als 100 Beschäftigten sorgt noch für Diskussionen. "Jetzt müssen die Kessel teuer eingekauft werden, und wir haben einen Engpass", sagt der Maschinenschlosser. Als Kessel wird das Stahlgehäuse der mitunter riesigen Transformatoren bezeichnet, neben denen ein Mensch klein und verloren wirkt. "Es gibt nur wenige Hersteller von Kesseln, und ihre Liefertreue hat sich nicht gebessert", sagt Rainer Riedl, Betriebsratsvorsitzender des Werks. "Zum Teil gibt es dadurch auch bei unseren Aufträgen Zeitverzug." Ehmann hält die Entscheidung, den Kesselbau einzustellen, dennoch für richtig. "Unsere Kosten waren etwa doppelt so hoch wie der Preis, den wir unseren Lieferanten zahlen." Gegen die Hersteller in Osteuropa sei die Fertigung für diese relativ einfachen Produkte in Deutschland chancenlos.

Auch das Nürnberger AEG-Werk hatte mit seinen Standardprodukten mit der internationalen Konkurrenz in der Türkei, Südkorea oder China nicht mehr mithalten können.

Deutlich besser sind die Voraussetzungen für die Technik hinter den Gehäusen der Großtransformatoren. "Viel wichtiger als ein möglichst niedriger Preis sind Qualität und Zuverlässigkeit", sagt Ehmann. Für das Produktspektrum in Nürnberg - vom Lokomotiventrafo bis zu den großen Geräten für Kraftwerke - gälten höchste Anforderungen. Es kommt auf Präzision an, zum Beispiel in der Wicklung der Kupferspulen. Kleinste Abweichungen können einen Kurzschluss und einen Brand verursachen. Kunden wie zum Beispiel die Energieversorger kaufen solche Geräte mit Preisen von bis zu 9 Millionen Euro für Jahrzehnte und wollen Stromausfälle unter allen Umständen vermeiden.

Weltmarktführer für Leistungstransformatoren ist ABB in der Schweiz mit einem von Siemens geschätzten Marktanteil von 26 Prozent. Mit 25 Prozent folgt der deutsche Konzern, der mit der Übernahme des österreichischen Konkurrenten VA Tech kräftig aufgeholt hat. An dritter Stelle liegt der französische Konzern Areva.

Zum Siemens-Geschäftsgebiet Transformatoren, ein Teil der Sparte Energieübertragung und -verteilung (PTD), gehören 6000 Mitarbeiter und 19 Werke - von Amerika bis China. Drei liegen in Deutschland: Nürnberg, Kirchheim/Teck bei Stuttgart mit 250 und Dresden mit 230 Beschäftigten. Auch die Fabrik in Kirchheim war Ende 2004 von der Schließung bedroht, ehe die Beschäftigten mit dem Verzicht auf einen Teil ihres Lohns zur Rettung beitrugen.

Ohne Investitionen und Innovationen aber wäre diese Mühe vergeblich gewesen. "Die Investitionen sind mittlerweile auf gutem Weg", sagt der Nürnberger Betriebsratschef Riedl. Das werde unter anderem mit neuen Maschinen in drei bis sechs Monaten sichtbar. Ehmann, der vor drei Jahren von ABB zu Siemens gekommen war, nennt als Innovationsbeispiel einen 800-Kilovolt-Trafo. Ein solches Gerät für Überlandleitungen zum Überbrücken weiter Distanzen habe Siemens entwickelt und als Prototyp gebaut. "Damit sind wir im Wettbewerb ganz vorn dabei." Üblich sei bisher eine Übertragungsspannung von nur 500 Kilovolt.

Ehmann lobt die Mitarbeiter: Zu den Produktverbesserungen hätten sie entscheidend beigetragen. Zahlt es sich nun für sie aus, dass sie auf rund 10 Prozent ihres Lohns verzichtet haben, um ihre Arbeitsplätze zumindest bis September 2009 zu sichern? Für das vergangene Geschäftsjahr hätten die Mitarbeiter erstmals eine Prämie erhalten, sagt der Geschäftsgebietsleiter. Für dieses Jahr stellt er ihnen eine Erhöhung in Aussicht. Mitarbeiter in der niedrigen Lohngruppe könnten mehr als ein Monatsgehalt als Prämie bekommen. "Wir verlieren das Thema nicht aus den Augen", sagt Betriebsrat Riedl. "Es ist doch verständlich, dass sich die Mitarbeiter über eine Beteiligung am Erfolg Gedanken machen."

Bildunterschrift: Menschen vor Maschine.

Foto Siemens

Quelle:	Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.04.2007, Nr. 85, S. 16
----------------	---

Jetzt redet die Gewerkschaft mit

Ein Standort wird geschlossen, ein Werk wird verlagert, Hunderte Leute müssen gehen. Schon erste Gerüchte bringen die Gewerkschaften auf die Barrikaden, es drohen wochenlange Streiks. Lange Zeit stritten die Juristen, ob nur der Betriebsrat verhandelt, oder ob Verdi und Co. sich einmischen dürfen. Das Bundesarbeitsgericht hat nun entschieden: Sie dürfen.

Von Corinna Budras

Der Fall AEG konnte Unternehmen das Fürchten lehren: Sechs Wochen lang legte die IG Metall im vergangenen Jahr das Nürnberger Werk lahm, mit schrillen Plakaten und kämpferischen Interviews protestierten die Arbeitnehmer gegen die Standortverlagerung des früheren deutschen Traditionsunternehmens. Unterstützung erhielten sie dabei aus Berlin: Mal schaute Oskar Lafontaine vorbei, dann Bundesarbeitsminister Franz Müntefering – die mediale Begeisterung für den Arbeitskampf schien nicht abzubrechen. Am Ende stimmte der schwedische AEG-Mutterkonzern Electrolux einem Tarifsozialplan zu, der Abfindungen, Qualifizierungsmaßnahmen und Vorruhestandsregelungen in einem Volumen von 150 Millionen Euro vorsah. In der Zeit der größten Auseinandersetzung klagte der Electrolux-Europachef Horst Winkler einmal: „Wir werden als Symbol für etwas benutzt, was nicht mehr mit AEG, Electrolux oder den Mitarbeitern zu tun hat. Das ist zu einem grundsätzlichen Thema geworden, das zu unseren Lasten ausgetragen wird.“

Diese Thema hieß „Strategie des doppelten Sozialplans“ und war von der IG Metall Küste Ende der neunziger Jahre als eine Reaktion auf die immer häufigeren Standortverlagerungen entwickelt worden. Nach einigen Erfolgen bei Heidelberger Druck, Otis, Infineon schien AEG der ideale Übungsplatz für das frisch entwickelte Druckmittel der Gewerkschaft. „Eine neue Kampfform gegen den Profitwahn der Globalisierung“, nannte die IG Metall ihre Strategie einmal im Untertitel einer Broschüre. Die Idee ist simpel, und so mancher Arbeitsrechtler mag sich fragen, warum die Gewerkschaften nicht schon früher darauf gekommen sind. Arbeitsplatzabbau, Standortverlagerungen, Betriebsschließungen: All diese Betriebsänderungen fielen früher ausschließlich in die Domäne der Betriebsräte. Sie verhandeln mit dem Arbeitgeber Sozialpläne mit Abfindungen, die die wirtschaftli-

chen Nachteile der Kündigungen abmildern sollen. Schon das kann zähe Verhandlungen über Monate bedeuten. Kommt es zum Eklat, können die Betriebsräte nicht zum Streik aufrufen, sondern müssen eine Einigungsstelle zu Rate ziehen.

Gerade in diesen für die Beschäftigten wichtigen Auseinandersetzungen spielten die Gewerkschaften nur in Person der Betriebsräte eine Rolle. Die Nordlichter in der IG Metall waren die ersten, die ihre Hände nicht mehr in den Schoß legen wollten und mit solchen Tarifsozialplänen ihre Handlungsmöglichkeiten erweiterten. Seitdem trommelt die Gewerkschaft immer häufiger mit, wenn es um unternehmerische Entscheidungen wie Standortverlagerungen geht. Sie möchte typische Sozialplaninhalte wie Abfindungen und Qualifizierungsmaßnahmen auch in Tarifverträgen regeln. Dabei würden die Unternehmen regelrecht „in die Zange genommen“, beklagen viele Arbeitsrechtler und Arbeitgeberverbände. Mit überzogenen Forderungen – besonders hohe Abfindungen von drei, manchmal sogar vier Monatsgehältern pro Beschäftigungsjahr, lange Kündigungsfristen von mehr als einem Jahr und Qualifizierungsmaßnahmen für die Belegschaft – werde versucht, die verfassungsrechtlich geschützte unternehmerische Entscheidung in unzulässiger Weise zu verhindern, heißt es immer wieder. Zudem werde mit solchem Arbeitskampf die Friedenspflicht verletzt, weil der bestehende Flächentarifvertrag weiterhin gelte.

Dass solche Tarifsozialpläne grundsätzlich zulässig sind, hat das Bundesarbeitsgericht bereits im Dezember entschieden (Az.: 4 AZR 798/05). Jetzt legten die Erfurter Richter in einem Fall zu Heidelberger Druck noch einmal nach und erlaubten auch die Streiks für solche Tarifverträge. So gar sehr weitgehende Tarifforderungen dürften die Gewerkschaften aufstellen, eine gerichtliche Überprüfung könne es nicht geben, urteilte der Erste Senat unter Vorsitz der Gerichtspräsidentin Ingrid Schmidt (Az.: 1 AZR 252/06).

Die Reaktionen fallen je nach Interessenlage naturgemäß unterschiedlich aus. Die IG Metall verspürt nun Rückenwind für ihre Aktionen. Für Situationen, in denen die Existenz zahlreicher Arbeitsplätze auf dem Spiel stünden, sei dies eine wichtige

Der Fall vor Gericht

■ 16. Dezember 2002: Heidelberger Druck präsentiert dem Betriebsrat Pläne für eine Betriebsänderung, die 562 Arbeitsplätze kosten soll.

■ 18. Dezember 2002: IG Metall fordert Heidelberger Druck auf, über einen Tarifvertrag zu verhandeln. Die Forderungen: verlängerte Kündigungsfristen, Qualifizierungsmaßnahmen und Abfindungen. Heidelberger Druck lehnt ab.

■ 3. März bis zum 23. April 2003: Die IG Metall organisiert Streiks im Kieler Werk. Parallel dazu finden vor der Einigungsstelle Sozialplanverhandlungen statt, die im Juni 2003 mit dem Abschluss eines Sozialplans endeten.

■ 27. Juni 2003: Urabstimmung über das Ende der Streiks.

■ 15. März 2005: Das Arbeitsgericht Frankfurt entscheidet zugunsten der IG Metall, der klagende Arbeitgeberverband Nordmetall verliert.

■ 2. Februar 2006: Das Hessische Landesarbeitsgericht bestätigt das Urteil.

■ 24. April 2007: Das Bundesarbeitsgericht fällt seine Grundsatzentscheidung zu der Frage.

Entscheidung, betont IG-Metall-Sprecher Georgios Arwanitidis. Arbeitgeberverbände fordern dagegen eine Reform des Tarifrechts. Auch Arbeitsrechtler sind skeptisch. „Diese Entscheidung wird gravierende Auswirkungen haben“, sagt der Frankfurter Rechtsanwalt Thomas Ubber von der Kanzlei Lovells. „Sie wird den Einfluss der Gewerkschaften bei Restrukturierungsmaßnahmen deutlich erhöhen und Sozialpläne wesentlich teurer machen.“

„Betriebsrat verliert an Bedeutung“

Doch auch zwischen den Arbeitnehmervertretungen würden sich die Kräfte verschieben: Der Betriebsrat werde an Bedeutung verlieren, sagt Ubber voraus. Wie er war auch der Frankfurter Arbeitsrechtler Christian Reichel wegen des geltenden Tarifvertragsrechts zwar wenig überrascht über die Entscheidung, kritisiert sie dennoch deutlich: Das Urteil dränge in eklatanter Weise die unternehmerische Freiheit zurück. Er bedauerte zudem, dass das Bundesarbeitsgericht den Gewerkschaften auch beim Umfang der Tarifforderungen weitgehend freie Hand gelassen hat. Arbeitgeber brauchten nun besonderes Verhandlungsgeschick, um eine Eskalation zu verhindern. Sie sollten Forderungen der Gewerkschaften deshalb nicht gleich zurückweisen. Solange verhandelt werde, könne schließlich nicht gestreikt werden.

Die betroffenen Unternehmen haben in der Vergangenheit ohnehin meist eine pragmatische Lösung verfolgt. Während Arbeitsrechtler jahrelang über die Zulässigkeit solcher Tarifverträge und die damit verbundenen Streiks debattierten, blieb ihnen schon aus praktischen Gründen keine andere Möglichkeit, als sich mit beiden Gruppen an einen Tisch zu setzen: „Natürlich sind diese Tarifsozialpläne ein neues Phänomen, sie sind selten und ihre Rechtmäßigkeit ist umstritten“, sagte etwa Electrolux-Europachef Winkler nach knapp vier Wochen Streik. „Aber mir geht es hier nicht um Prinzipien, mir geht es darum, dass wir Lösungen finden.“

Immerhin: „Die sich aus dieser Situation ergebenden Risiken sind bitter, aber beherrschbar“, tröstet der Arbeitsrechtler Hans-Peter Löw von der Kanzlei Lovells. Eine Analyse der bisherigen Beispiele zeige, dass in keinem Fall die Umsetzung der unternehmerischen Entscheidung verhindert wurde. Zudem erreichten die Verhandlungsergebnisse nie auch nur annähernd die ursprünglichen Tarifforderungen. Allerdings brauchen die Arbeitgeber nun einen längeren Atem: Bis zu drei Monate könne sich die Umsetzung verzögern, und stets wurde es teurer als ursprünglich erwartet.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.04.2007, Nr. 99, S. C2 / Seitenüberschrift: Arbeitsrecht
Ressort: Beruf und Chance

Jetzt redet die Gewerkschaft mit

Ein Standort wird geschlossen, ein Werk wird verlagert, Hunderte Leute müssen gehen. Schon erste Gerüchte bringen die Gewerkschaften auf die Barrikaden, es drohen wochenlange Streiks. Lange Zeit stritten die Juristen, ob nur der Betriebsrat verhandelt, oder ob Verdi und Co. sich einmischen dürfen. Das Bundesarbeitsgericht hat nun entschieden: Sie dürfen.

Von Corinna Budras

Der Fall AEG konnte Unternehmen das Fürchten lehren: Sechs Wochen lang legte die IG Metall im vergangenen Jahr das Nürnberger Werk lahm, mit schrillen Plakaten und kämpferischen Interviews protestierten die Arbeitnehmer gegen die Standortverlagerung des früheren deutschen Traditionsunternehmens. Unterstützung erhielten sie dabei aus Berlin: Mal schaute Oskar Lafontaine vorbei, dann Bundesarbeitsminister Franz Müntefering - die mediale Begeisterung für den Arbeitskampf schien nicht abzubrechen. Am Ende stimmte der schwedische AEG-Mutterkonzern Electrolux einem Tarifsozialplan zu, der Abfindungen, Qualifizierungsmaßnahmen und Vorruhestandsregelungen in einem Volumen von 150 Millionen Euro vorsah. In der Zeit der größten Auseinandersetzung klagte der Electrolux-Europachef Horst Winkler einmal: "Wir werden als Symbol für etwas benutzt, was nicht mehr mit AEG, Electrolux oder den Mitarbeitern zu tun hat. Das ist zu einem grundsätzlichen Thema geworden, das zu unseren Lasten ausgetragen wird."

Diese Thema hieß "Strategie des doppelten Sozialplans" und war von der IG Metall Mitte Ende der neunziger Jahre als eine Reaktion auf die immer häufigeren Standortverlagerungen entwickelt worden. Nach einigen Erfolgen bei Heidelberger Druck, Otis, Infineon schien AEG der ideale Übungsplatz für das frisch entwickelte Druckmittel der Gewerkschaft. "Eine neue Kampfform gegen den Profitwahn der Globalisierung", nannte die IG Metall ihre Strategie einmal im Untertitel einer Broschüre. Die Idee ist simpel, und so mancher Arbeitsrechtler mag sich fragen, warum die Gewerkschaften nicht schon früher darauf gekommen sind. Arbeitsplatzabbau, Standortverlagerungen, Betriebsschließungen: All diese Betriebsänderungen fielen früher ausschließlich in die Domäne der Betriebsräte. Sie verhandeln mit dem Arbeitgeber Sozialpläne mit Abfindungen, die die wirtschaftlichen Nachteile der Kündigungen abmildern sollen. Schon das kann zähe Verhandlungen über Monate bedeuten. Kommt es zum Eklat, können die Betriebsräte nicht zum Streik aufrufen, sondern müssen eine Einigungsstelle zu Rate ziehen.

Gerade in diesen für die Beschäftigten wichtigen Auseinandersetzungen spielten die Gewerkschaften nur in Person der Betriebsräte eine Rolle. Die Nordlichter in der IG Metall waren die ersten, die ihre Hände nicht mehr in den Schoß legen wollten und mit solchen Tarifsozialplänen ihre Handlungsmöglichkeiten erweiterten. Seitdem trommelt die Gewerkschaft immer häufiger mit, wenn es um unternehmerische Entscheidungen wie Standortverlagerungen geht. Sie möchte typische Sozialplaninhalte wie Abfindungen und Qualifizierungsmaßnahmen auch in Tarifverträgen regeln. Dabei würden die Unternehmen regelrecht "in die Zange genommen", beklagen viele Arbeitsrechtler und Arbeitgeberverbände. Mit überzogenen Forderungen - besonders hohe Abfindungen von drei, manchmal sogar vier Monatsgehältern pro Beschäftigungsjahr, lange Kündigungsfristen von mehr als einem Jahr und Qualifizierungsmaßnahmen für die Belegschaft - werde versucht, die verfassungsrechtlich geschützte unternehmerische Entscheidung in unzulässiger Weise zu verhindern, heißt es immer wieder. Zudem werde mit solchem Arbeitskampf die Friedenspflicht verletzt, weil der bestehende Flächentarifvertrag weiterhin gelte.

Dass solche Tarifsozialpläne grundsätzlich zulässig sind, hat das Bundesarbeitsgericht bereits im Dezember entschieden (Az.: 4 AZR 798/05). Jetzt legten die Erfurter Richter in einem Fall zu Heidelberger Druck noch einmal nach und erlaubten auch die Streiks für solche Tarifverträge. Sogar sehr weitgehende Tarifforderungen dürften die Gewerkschaften aufstellen, eine gerichtliche Überprüfung könne es nicht geben, urteilte der Erste Senat unter Vorsitz der Gerichtspräsidentin Ingrid Schmidt (Az.: 1 AZR 252/06).

Die Reaktionen fallen je nach Interessenlage naturgemäß unterschiedlich aus. Die IG Metall verspürt nun Rückenwind für ihre Aktionen. Für Situationen, in denen die Existenz zahlreicher Arbeitsplätze auf dem Spiel stünden, sei dies eine wichtige Entscheidung, betont IG-Metall-Sprecher Georgios Arwanitidis. Arbeitgeberverbände fordern dagegen eine Reform des Tarifrechts. Auch Arbeitsrechtler sind skeptisch. "Diese Entscheidung wird gravierende Auswirkungen haben", sagt der Frankfurter Rechtsanwalt Thomas Ubber von der Kanzlei Lovells. "Sie wird den Einfluss der Gewerkschaften bei Restrukturierungsmaßnahmen deutlich erhöhen und Sozialpläne wesentlich teurer machen."

"Betriebsrat verliert an Bedeutung".

Doch auch zwischen den Arbeitnehmervertretungen würden sich die Kräfte verschieben: Der Betriebsrat werde an Bedeutung verlieren, sagt Ubber voraus. Wie er war auch der Frankfurter Arbeitsrechtler Christian Reichel wegen des geltenden Tarifvertragsrechts zwar wenig überrascht über die Entscheidung, kritisiert sie dennoch deutlich: Das Urteil dränge in

eklatanter Weise die unternehmerische Freiheit zurück. Er bedauerte zudem, dass das Bundesarbeitsgericht den Gewerkschaften auch beim Umfang der Tarifforderungen weitgehend freie Hand gelassen hat. Arbeitgeber brauchten nun besonderes Verhandlungsgeschick, um eine Eskalation zu verhindern. Sie sollten Forderungen der Gewerkschaften deshalb nicht gleich zurückweisen. Solange verhandelt werde, könne schließlich nicht gestreikt werden.

Die betroffenen Unternehmen haben in der Vergangenheit ohnehin meist eine pragmatische Lösung verfolgt. Während Arbeitsrechtler jahrelang über die Zulässigkeit solcher Tarifverträge und die damit verbundenen Streiks debattierten, blieb ihnen schon aus praktischen Gründen keine andere Möglichkeit, als sich mit beiden Gruppen an einen Tisch zu setzen: "Natürlich sind diese Tarifsozialpläne ein neues Phänomen, sie sind selten und ihre Rechtmäßigkeit ist umstritten", sagte etwa Electrolux-Europachef Winkler nach knapp vier Wochen Streik. "Aber mir geht es hier nicht um Prinzipien, mir geht es darum, dass wir Lösungen finden."

Immerhin: "Die sich aus dieser Situation ergebenden Risiken sind bitter, aber beherrschbar", tröstet der Arbeitsrechtler Hans-Peter Löw von der Kanzlei Lovells. Eine Analyse der bisherigen Beispiele zeige, dass in keinem Fall die Umsetzung der unternehmerischen Entscheidung verhindert wurde. Zudem erreichten die Verhandlungsergebnisse nie auch nur annähernd die ursprünglichen Tarifforderungen. Allerdings brauchen die Arbeitgeber nun einen längeren Atem: Bis zu drei Monate könne sich die Umsetzung verzögern, und stets wurde es teurer als ursprünglich erwartet.

Kastentext:

Der Fall vor Gericht

- 16. Dezember 2002: Heidelberger Druck präsentiert dem Betriebsrat Pläne für eine Betriebsänderung, die 562 Arbeitsplätze kosten soll.
- 18. Dezember 2002: IG Metall fordert Heidelberger Druck auf, über einen Tarifvertrag zu verhandeln. Die Forderungen: verlängerte Kündigungsfristen, Qualifizierungsmaßnahmen und Abfindungen. Heidelberger Druck lehnt ab.
- 3. März bis zum 23. April 2003: Die IG Metall organisiert Streiks im Kieler Werk. Parallel dazu finden vor der Einigungsstelle Sozialplanverhandlungen statt, die im Juni 2003 mit dem Abschluss eines Sozialplans endeten.
- 27. Juni 2003: Urabstimmung über das Ende der Streiks.
- 15. März 2005: Das Arbeitsgericht Frankfurt entscheidet zugunsten der IG Metall, der klagende Arbeitgeberverband Nordmetall verliert.
- 2. Februar 2006: Das Hessische Landesarbeitsgericht bestätigt das Urteil.
- 24. April 2007: Das Bundesarbeitsgericht fällt seine Grundsatzentscheidung zu der Frage.

Geschenk für die Gewerkschaften

VON CORINNA BUDRAS

Fast könnte man meinen, in diesen Tagen des ungestümen wirtschaftlichen Aufschwungs seien auch die höchsten deutschen Arbeitsrichter in großzügige Spendierlaune verfallen. Beinahe pünktlich zum Tag der Arbeit am 1. Mai machten sie den Gewerkschaften ein üppiges Geschenk, das ihre schwindende Machtbasis stärkt und ihnen Einfluss auf die Standortentscheidungen von Unternehmen gibt.

Das Bundesarbeitsgericht hat den Arbeitnehmerorganisationen erlaubt, in eine Domäne einzubrechen, die bisher ausschließlich Sache von Betriebsräten und Arbeitgebern war: Die Gewerkschaften dürfen einen tariflichen Sozialplan fordern, mit dem die wirtschaftlichen Nachteile einer Standortverlagerung oder Betriebsschließung ausgeglichen werden sollen. Im Gegensatz zu Betriebsräten dürfen sie für die Durchsetzung dieser Forderungen auch zum Streik aufrufen. Für die betroffenen Unternehmen ist diese Entscheidung des Ersten Senats unter dem Vorsitz der Gerichtspräsidentin Ingrid Schmidt eine bittere Pille: Die Umsetzung von Standortentscheidungen wird für sie künftig wesentlich teurer und langwieriger.

Die Freiheit zum Arbeitskampf gegen diese eigentlich verfassungsrechtlich geschützten Unternehmerentscheidungen haben sich die Gewerkschaften freilich schon vor Jahren genommen: Ende der neunziger Jahre entwickelte die IG Metall Küste die „Strategie des doppelten Sozialplans“, mit der sie nachdrücklich gegen die immer häufigeren Standortverlagerungen in Billiglohnländer vorgehen will. Während Arbeitsrechtler darum stritten, ob dieser Vorstoß wegen der bestehenden Zuständigkeit des Betriebsrates und der Friedenspflicht aus geltenden Flächentarifverträgen rechtlich überhaupt zulässig ist, schufen die Gewerkschaften Tatsachen: Unternehmen wie Heidelberger Druck, Otis, Infineon wurden zu Schauplätzen der „neuen Kampfform gegen den Profitwahn der Globalisierung“.

Die Auseinandersetzungen um das Nürnberger AEG-Werk im vergangenen Jahr haben auch einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt, welche Macht die Gewerkschaften mit einem Streikrecht für solche „Tarifsozialpläne“ an die Hand bekommen: Sechs Wochen legte die IG Metall die Produktion lahm, um den AEG-Mutterkonzern Electrolux zur Aufgabe seiner Verlagerungspläne zu zwingen. Ihr Vorwurf: Das Werk arbeite hoch profitabel, der Konzern verfolge einen „rücksichtslosen Kapitalismus“. Was profitabel bedeutet, scheinen dabei jedoch ausschließlich die Gewerkschaftsfunktionäre zu entscheiden. Die Einwände von Electrolux, auf jede Waschmaschine aus dem Nürnberger Werk müsste das Unternehmen noch einmal 60 Euro drauflegen, blieben ungehört.

Standortverlagerungen, Massenentlassungen oder Betriebsschließungen treffen jeden einzelnen Arbeitnehmer hart. Lautstarker Protest und der

Wunsch nach Arbeitsniederlegungen sind dabei nur allzu verständlich. Doch auch ohne das Einschreiten der Gewerkschaften haben es Unternehmen nicht leicht, solche wichtigen Entscheidungen durchzusetzen: Über Abfindungen für Betriebsänderungen muss der Arbeitgeber mit den Betriebsräten verhandeln. Die oft zähen Gespräche können sich über Monate hinziehen, in vielen Fällen muss eine Einigungsstelle eingeschaltet werden, die zwischen beiden Seiten vermittelt. Der Spielraum für die Abfindungen ist nach oben hin offen, die Zahlungen können je nach Verhandlungsmacht der Betriebsräte fünf- oder gar sechstellige Summen er-

reichen. Die finanziellen und zeitlichen Konsequenzen sind deshalb für die Unternehmen schon jetzt kaum überschaubar.

In dieses langwierige Verfahren stoßen nun mit dem Segen der Erfurter Richter die Ge-

werkschaften, die sich mit Leidenschaft auf diese Fälle stürzen. Und sie können künftig ihrer Phantasie freien Lauf lassen: Jahrelange Kündigungsfristen, aufwendige Qualifizierungsmaßnahmen und üppige Abfindungen, die letztlich sogar die Existenz des Unternehmens gefährden könnten – nichts steht überzogenen Forderungen mehr entgegen. „Die Gewerkschaften können mit dem Streik auch sehr weitgehende Tarifforderungen verfolgen“, betonte das Bundesarbeitsgericht mit überraschender Deutlichkeit. Eine gerichtliche Kontrolle werde es nicht geben. Viel größer hätte das Geschenk an die Gewerkschaften nicht ausfallen können. Die unternehmerische Entscheidungsfreiheit scheint dabei – wie auch schon vor anderen Gerichten in den unteren Instanzen – irgendwo in den Aktenbergen untergegangen zu sein. Für das Urteil wurde sie jedenfalls nicht wieder heraufgeholt.

Die Konsequenzen einer solch unausgewogenen Rechtsprechung sind schon jetzt deutlich: Die Arbeitgeber müssen sich künftig allein auf ihr Verhandlungsgeschick verlassen; auf ein mahnendes Wort von der Richterbank können sie nicht bauen. Sicherlich: Bisher ist es den Arbeitnehmerorganisationen noch in keinem einzigen Fall gelungen, die Entscheidungen des Unternehmens endgültig zu verhindern. Doch der Hauptgewinn aus Erfurt könnte ganz andere Möglichkeiten eröffnen.

Ob es wirklich der Sache der Arbeitnehmer hilft, darf bezweifelt werden. Das bisher übliche Ringen zwischen Betriebsrat und Arbeitgebern sorgte für den notwendigen und mitunter unbequemen Ausgleich zwischen unternehmerischer Entscheidungsfreiheit und der Verantwortung für die Mitarbeiter. Mit dem gewerkschaftlichen Einfluss von außen droht nun eine politische Dimension in das System zu brechen: Nur allzu schnell könnten neben die verständliche Furcht der Mitarbeiter vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes auch die Sorgen der Gewerkschaftsfunktionäre um Mitgliederschwund und die richtige Positionierung im Wahlkampf treten.

Das Bundesarbeitsgericht beschneidet die Freiheit des Unternehmers.

Geschenk für die Gewerkschaften

VON CORINNA BUDRAS

Das Bundesarbeitsgericht beschneidet die Freiheit des Unternehmers.

Fast könnte man meinen, in diesen Tagen des ungestümen wirtschaftlichen Aufschwungs seien auch die höchsten deutschen Arbeitsrichter in großzügige Spendierlaune verfallen. Beinahe pünktlich zum Tag der Arbeit am 1. Mai machten sie den Gewerkschaften ein üppiges Geschenk, das ihre schwindende Machtbasis stärkt und ihnen Einfluss auf die Standortentscheidungen von Unternehmen gibt.

Das Bundesarbeitsgericht hat den Arbeitnehmerorganisationen erlaubt, in eine Domäne einzubrechen, die bisher ausschließlich Sache von Betriebsräten und Arbeitgebern war: Die Gewerkschaften dürfen einen tariflichen Sozialplan fordern, mit dem die wirtschaftlichen Nachteile einer Standortverlagerung oder Betriebsschließung ausgeglichen werden sollen. Im Gegensatz zu Betriebsräten dürfen sie für die Durchsetzung dieser Forderungen auch zum Streik aufrufen. Für die betroffenen Unternehmen ist diese Entscheidung des Ersten Senats unter dem Vorsitz der Gerichtspräsidentin Ingrid Schmidt eine bittere Pille: Die Umsetzung von Standortentscheidungen wird für sie künftig wesentlich teurer und langwieriger.

Die Freiheit zum Arbeitskampf gegen diese eigentlich verfassungsrechtlich geschützten Unternehmerentscheidungen haben sich die Gewerkschaften freilich schon vor Jahren genommen: Ende der neunziger Jahre entwickelte die IG Metall Küste die "Strategie des doppelten Sozialplans", mit der sie nachdrücklich gegen die immer häufigeren Standortverlagerungen in Billiglohnländer vorgehen will. Während Arbeitsrechtler darum stritten, ob dieser Vorstoß wegen der bestehenden Zuständigkeit des Betriebsrates und der Friedenspflicht aus geltenden Flächentarifverträgen rechtlich überhaupt zulässig ist, schufen die Gewerkschaften Tatsachen: Unternehmen wie Heidelberger Druck, Otis, Infineon wurden zu Schauplätzen der "neuen Kampfform gegen den Profitwahn der Globalisierung".

Die Auseinandersetzungen um das Nürnberger AEG-Werk im vergangenen Jahr haben auch einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt, welche Macht die Gewerkschaften mit einem Streikrecht für solche "Tarifsozialpläne" an die Hand bekommen: Sechs Wochen legte die IG Metall die Produktion lahm, um den AEG-Mutterkonzern Electrolux zur Aufgabe seiner Verlagerungspläne zu zwingen. Ihr Vorwurf: Das Werk arbeite hoch profitabel, der Konzern verfolge einen "rücksichtslosen Kapitalismus". Was profitabel bedeutet, scheinen dabei jedoch ausschließlich die Gewerkschaftsfunktionäre zu entscheiden. Die Einwände von Electrolux, auf jede Waschmaschine aus dem Nürnberger Werk müsste das Unternehmen noch einmal 60 Euro drauflegen, blieben ungehört.

Standortverlagerungen, Massenentlassungen oder Betriebsschließungen treffen jeden einzelnen Arbeitnehmer hart. Lautstarker Protest und der Wunsch nach Arbeitsniederlegungen sind dabei nur allzu verständlich. Doch auch ohne das Einschreiten der Gewerkschaften haben es Unternehmen nicht leicht, solche wichtigen Entscheidungen durchzusetzen: Über Abfindungen für Betriebsänderungen muss der Arbeitgeber mit den Betriebsräten verhandeln. Die oft zähen Gespräche können sich über Monate hinziehen, in vielen Fällen muss eine Einigungsstelle eingeschaltet werden, die zwischen beiden Seiten vermittelt. Der Spielraum für die Abfindungen ist nach oben hin offen, die Zahlungen können je nach Verhandlungsmacht der Betriebsräte fünf- oder gar sechsstellige Summen erreichen. Die finanziellen und zeitlichen Konsequenzen sind deshalb für die Unternehmen schon jetzt kaum überschaubar.

In dieses langwierige Verfahren stoßen nun mit dem Segen der Erfurter Richter die Gewerkschaften, die sich mit Leidenschaft auf diese Fälle stürzen. Und sie können künftig ihrer Phantasie freien Lauf lassen: Jahrelange Kündigungsfristen, aufwendige Qualifizierungsmaßnahmen und üppige Abfindungen, die letztlich sogar die Existenz des Unternehmens gefährden könnten - nichts steht überzogenen Forderungen mehr entgegen. "Die Gewerkschaften können mit dem Streik auch sehr weitgehende Tarifforderungen verfolgen", betonte das Bundesarbeitsgericht mit überraschender Deutlichkeit. Eine gerichtliche Kontrolle werde es nicht geben. Viel größer hätte das Geschenk an die Gewerkschaften nicht ausfallen können. Die unternehmerische Entscheidungsfreiheit scheint dabei - wie auch schon vor anderen Gerichten in den unteren Instanzen - irgendwo in den Aktenbergen untergegangen zu sein. Für das Urteil wurde sie jedenfalls nicht wieder heraufgeholt.

Die Konsequenzen einer solch unausgewogenen Rechtsprechung sind schon jetzt deutlich: Die Arbeitgeber müssen sich künftig allein auf ihr Verhandlungsgeschick verlassen; auf ein mahnendes Wort von der Richterbank können sie nicht bauen. Sicherlich: Bisher ist es den Arbeitnehmerorganisationen noch in keinem einzigen Fall gelungen, die Entscheidungen des Unternehmens endgültig zu verhindern. Doch der Hauptgewinn aus Erfurt könnte ganz andere Möglichkeiten eröffnen.

Ob es wirklich der Sache der Arbeitnehmer hilft, darf bezweifelt werden. Das bisher übliche Ringen zwischen Betriebsrat und

Arbeitgebern sorgte für den notwendigen und mitunter unbequemen Ausgleich zwischen unternehmerischer Entscheidungsfreiheit und der Verantwortung für die Mitarbeiter. Mit dem gewerkschaftlichen Einfluss von außen droht nun eine politische Dimension in das System zu brechen: Nur allzu schnell könnten neben die verständliche Furcht der Mitarbeiter vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes auch die Sorgen der Gewerkschaftsfunktionäre um Mitgliederschwund und die richtige Positionierung im Wahlkampf treten.

AEG – das war einmal

Vor genau einem Jahr schloss Electrolux das AEG-Hausgerätekwerk in Nürnberg. Rund die Hälfte der 1750 Mitarbeiter hat inzwischen eine neue Stelle gefunden. Trotzdem sehnen sich viele nach den alten Zeiten zurück.

Von Julia Löhr

Die Straßenschilder weisen noch immer den Weg zum Hausgerätekwerk von AEG. Aber auf dem weitläufigen Areal rund um die Muggenhofer Straße 135 in Nürnberg wird schon lange nichts mehr produziert. Bahngleise enden vor geschlossenen Hallentoren, nur selten läuft jemand über das Gelände. Gelegentlich durchbrechen Baggergeräusche die Stille. Eines der alten AEG-Gebäude ist mit Bauplänen verhängt, die im Wind flattern. Darüber spannt sich ein Plakat: „Schon bald im neuen Glanz: das Electrolux-Haus“. AEG, das war einmal.

Vor einem Jahr schloss der schwedische Electrolux-Konzern das knapp 90 Jahre alte Stammwerk des Haushaltgeräteherstellers und verlagerte die Produktion von Waschmaschinen nach Polen, die von Geschirrspülern nach Italien. 1750 Mitarbeiter verloren ihre Arbeit und mit ihr das Gefühl von Sicherheit, Ordnung, einem ganz normalen Leben. Wer nicht in den Vorrustestand ging, wechselte im Rahmen des Sozialplans in eine Beschäftigungsgesellschaft, die nur einen Steinwurf vom AEG-Gelände entfernt ihre Büros hat. Leicht hatte diese es nicht.

„Wenn das lauter Ingenieure gewesen wären, hätten wir die in zwei Tagen vermittelt. Waren es aber nicht“, sagt Gunther Wesche, der sich in der Gesellschaft für Personalentwicklung und Qualifizierung (GPO) um die Entlassenen kümmert. Es waren zum Großteil un- oder angelernte Kräfte, die nach der Schließung vor ihm saßen. Wesche ist ein ruhiger Mann, er raucht mehr, als er spricht, und wenn er spricht, klingen seine Worte nüchtern. Er ist ein Profi. Der 53 Jahre alte Wesche hat schon viele Kündigungswellen miterlebt: Grundig, Adtranz, Siemens, wie im Schlaf betet er eine lange Liste von Namen herunter. Seit rund zehn Jahren gibt es die Beschäftigungsgesellschaft, 10 000 Entlassene haben Wesche und seine Kollegen seitdem betreut. Die Arbeit hat tiefe Falten auf seiner Stirn hinterlassen. Ein Jahr lang hat er nun versucht, die AEGler fitzumachen für den Arbeitsmarkt, mit Computertrainings, Bewerbungstipps und Deutschkursen.

Einer von ihnen ist Mahmut Bayrak, 57 Jahre alt. 22 Jahre arbeitete er für AEG, zuletzt in der Montage von Geschirrspülmaschinen. Seit 1977 lebt der gebürtige Türke in Deutschland, trotzdem ist sein Deutsch kaum zu verstehen. Zwei Deutschkurse hat er schon in der Beschäftigungsgesellschaft absolviert, einen weiteren will er von April an in der Arbeitsagentur machen. Dorthin wird er dann „übertreten“, wie es im Behördendeutsch heißt. Bayrak nimmt an vielen Kursen teil, nicht nur in Deutsch. Auch in einer Theatergruppe macht der Mann mit dem schneeweißen Haar und der großen Brille mit. Das Nürnberger Staatstheater interessiert sich für die Geschichten der Mitarbeiter; „Arbeits Ende Gestern“ heißt das Theaterprojekt in Anspielung auf den Firmennamen. Hoffnungen auf eine neue Stelle macht sich Bayrak keine. „Ich glaube nicht, dass ich etwas Neues finde.“ Die Zeit zwischen Arbeitslosengeld und Rente will er mit seiner Abfindung überbrücken, 82 000 Euro brutto, 54 000 Euro netto.

Es gibt Sätze, die wiederholen sich, gleichgültig mit welchem früheren AEG-Mitarbeiter man spricht. „Wir haben gedacht, wir bleiben bis zur Rente dort“ ist so einer. Das Leben hatte eine Struktur, die Zukunft schien planbar und sicher bis zu jenem Tag im Dezember 2005, als Electrolux das Aus für das Werk bekanntgab, woraufhin die Beschäftigten in einen mehr als fünfwöchigen Streik traten. Das Werk wurde in dieser Zeit zu einer Pilgerstätte für Gewerkschafter und Politiker, die gegen den Raubtierkapitalismus und die Globalisierung wetterten. Es gab heiße Suppe und einen Blitzbesuch des damaligen Vizekanzlers Franz Müntefering, auch Oskar Lafontaine schaute vorbei. Die Schließung konnte keiner verhindern. Insgesamt 230 Millionen Euro kostete Electrolux die Verlagerung, darin sind auch 23,5 Millionen Euro für die Qualifizierungsmaßnahmen in der Beschäftigungsgesellschaft enthalten.

Etwa die Hälfte der Mitarbeiter hat bislang eine neue Stelle gefunden, sagt Wesche, während er in seinen Akten nach Ta-

bellen und Tortendiagrammen kramt, die das Schicksal der Belegschaft in Zahlen fassen. „Hier, 43,9 Prozent“, sagt er und zeigt auf eine Grafik. Er ist zufrieden. „Ich hatte nur mit einem Drittel gerechnet.“ Wenn Wesche von seinen Erfolgen spricht, gerät der stoische Mann regelrecht ins Erzählen. Ein ehemaliger Mitarbeiter sei inzwischen Produktionsleiter eines Mittelständlers und habe mehr als 30 alte Kollegen nachgeholt.

Auch Gerhard Nemmer zählt zu den Erfolgsgeschichten. Der 37 Jahre alte Industriemechaniker gehörte zu den wenigen AEG-Mitarbeitern mit einer abgeschlossenen Ausbildung, er hatte keine Schwierigkeiten, etwas Neues zu finden. Seit rund einem Jahr arbeitet er in einer mittelständischen Maschinenfabrik, für 1500 Euro netto. Gleichzeitig bildet er sich zum Industriemeister weiter. Nemmer will noch etwas erreichen, will ins mittlere Management. „Das ist die letzte große hirntechnische Herausforderung in meinem Leben“, sagt er sarkastisch und lacht.

Nemmer lacht ohnehin viel, aber glücklich hört er sich nicht an. Auf die Frage, ob er zufrieden ist, antwortet er: „Leben ist Veränderung“, mehr nicht. Die Fortbildung hätte er bei AEG wahrscheinlich nicht gemacht. „Trotzdem wäre ich lieber dortgeblieben.“ Das Kapitel AEG ist für Nemmer noch nicht abgeschlossen. „Es wird Jahre dauern, bis ich darüber hinweg bin. Das ist, wie wenn eine langjährige Beziehung in die Brüche geht.“ Seine Beziehung zu AEG dauerte 16 Jahre.

Am anderen Ende von Nürnberg, weit weg vom AEG-Werk und von den Erinnerungen an alte Zeiten, arbeitet Ioannis Postoltsikis. Der ehemalige Gabelstaplerfahrer hat sich mit der Sportgaststätte „Zabo Eintracht“ selbständig gemacht. Es ist Mittagszeit, trotzdem sind die meisten Plätze in dem Gastraum leer. Neben den Holzbänken welkt ein Ficus, an der Wand hängt ein Fernseher, es läuft Fußball. Im Januar hat Postoltsikis die Gaststätte übernommen. „Es dauert, bis sich herum-spricht, dass hier jemand Neues drin ist“, entschuldigt sich der Grieche. Die Alternative sei Zeitarbeit gewesen. „Aber da hätte ich nur 900 Euro brutto verdient.“ Derzeit kommt er dank des Gründungszuschusses von der Arbeitsagentur auf rund 1400 Euro monatlich.

Bis Ende September läuft die Förderung, bis dahin muss sich zeigen, ob Postoltsikis genügend Stammgäste findet. Lieber würde er in einer Fabrik arbeiten, mit Wochenenden, Feiern und Urlaubstagen und ohne Zwölf-Stunden-Schichten hinter der Theke. „Wenn wir keine Wohnung hier gekauft hätten, wären meine Frau und ich nach Griechenland zurückgegangen“, sagt er. Auch er denkt noch oft an seinen früheren Arbeitgeber zurück. „Als ich im Januar das mit Nokia gehört habe, kamen alle Bilder wieder hoch.“



Abschied vom liebgewonnenen Arbeitsplatz: Das AEG-Gelände in Nürnberg gehört jetzt einer Berliner Immobiliengesellschaft.

Foto Rainer Wohlfahrt

AEG verlagerte die Produktion nach Polen und Italien, Nokia nach Rumänien. Ist Fertigung hierzulande nicht mehr bezahlbar? Der ehemalige AEG-Personalchef Josef Klebl lässt sich lange Zeit mit einer Antwort. Es gebe sicherlich diesen Trend, sagt er schließlich. Zu groß sei der Kostendruck, zu klein die Gewinnspannen. „Mit jeder Waschmaschine, die in Nürnberg produziert und in Deutschland verkauft wurde, verlor das Unternehmen 60 Euro.“ Etwas anders sehe es mit hochwertigen Küchengeräten aus. In Rothenburg produziert Electrolux Einbaugeräte, die schließlich über den Fachhandel verkauft werden. „Da sind die Margen attraktiver.“

Heute ist Klebl Geschäftsführer von Electrolux Deutschland. Rund 800 Mitarbeiter arbeiten noch für ihn, all jene, die nicht im Werk beschäftigt waren, sondern im Marketing, Vertrieb oder Kundendienst. Verkauft und repariert werden AEG-Geräte schließlich weiterhin. Mit den 800 Mitarbeitern plant Klebl langfristig, erst kürzlich habe das Unternehmen eine entsprechend große Fläche auf dem alten AEG-Gelände für zehn Jahre gemietet, betont er.

Das Areal gehört Electrolux nicht mehr, Besitzer der 160 000 Quadratmeter großen Fläche ist inzwischen der Berliner Immobilieninvestor MIB, der es zu einer

Art Gewerbepark umbauen will. Wesche freut sich über jedes Unternehmen, das sich dort ansiedeln will, schließlich könnte es ja ehemalige AEGler einstellen. Der Name wirke auch heute noch, zu alten AEG-Konditionen würden jedoch die wenigsten weiterbeschäftigt. „Die meisten müssen erst mal mit 15 bis 20 Prozent weniger Lohn auskommen.“

So wie Angela Arne. Sie arbeitet jetzt über ein Leiharbeitsunternehmen für Continental, für 15 Prozent weniger Gehalt. 1995 kam Arne aus Kasachstan nach Deutschland und zu AEG. Die zierliche Frau redet schnell, fast im Stakkato-Stil, sie zählte mit zu den Ersten, die gehen

mussten, das war im Sommer 2006. In ihrer Zeit in der Beschäftigungsgesellschaft ließ sich Arne zur Fertigungsmechanikerin ausbilden. Sie ist stolz darauf, als einzige Frau in ihrer Gruppe die Prüfung vor der Industrie- und Handelskammer bestanden zu haben – und zugleich enttäuscht, weil es nur zu Leiharbeit, nur zu einem befristeten Vertrag, nur zu weniger Gehalt gereicht hat. Bis Ende August läuft ihr Vertrag noch. Sie hofft, dass Continental sie dann übernimmt. Was sie in ihrem Leben beruflich noch erreichen will? „Wir haben gute Zeiten gehabt“, sagt sie. „Bald kommt die Rente.“ Angela Arne ist 44 Jahre alt.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.03.2008, Nr. 64, S. 16 / Seitenüberschrift: DIE LOUNGE
Ressort: Wirtschaft

AEG - das war einmal

Vor genau einem Jahr schloss Electrolux das AEG-Hausgerätewerk in Nürnberg. Rund die Hälfte der 1750 Mitarbeiter hat inzwischen eine neue Stelle gefunden. Trotzdem sehnen sich viele nach den alten Zeiten zurück.

Von Julia Löhr

Die Straßenschilder weisen noch immer den Weg zum Hausgerätewerk von AEG. Aber auf dem weitläufigen Areal rund um die Muggenhofer Straße 135 in Nürnberg wird schon lange nichts mehr produziert. Bahngleise enden vor geschlossenen Hallentoren, nur selten läuft jemand über das Gelände. Gelegentlich durchbrechen Baggergeräusche die Stille. Eines der alten AEG-Gebäude ist mit Bauplänen verhängt, die im Wind flattern. Darüber spannt sich ein Plakat: "Schon bald im neuen Glanz: das Electrolux-Haus". AEG, das war einmal.

Vor einem Jahr schloss der schwedische Electrolux-Konzern das knapp 90 Jahre alte Stammwerk des Haushaltsgeräteherstellers und verlagerte die Produktion von Waschmaschinen nach Polen, die von Geschirrspülern nach Italien. 1750 Mitarbeiter verloren ihre Arbeit und mit ihr das Gefühl von Sicherheit, Ordnung, einem ganz normalen Leben. Wer nicht in den Vorruhestand ging, wechselte im Rahmen des Sozialplans in eine Beschäftigungsgesellschaft, die nur einen Steinwurf vom AEG-Gelände entfernt ihre Büros hat. Leicht hatte diese es nicht.

"Wenn das lauter Ingenieure gewesen wären, hätten wir die in zwei Tagen vermittelt. Waren es aber nicht", sagt Gunther Wesche, der sich in der Gesellschaft für Personalentwicklung und Qualifizierung (GPQ) um die Entlassenen kümmert. Es waren zum Großteil un- oder angelernte Kräfte, die nach der Schließung vor ihm saßen. Wesche ist ein ruhiger Mann, er raucht mehr, als er spricht, und wenn er spricht, klingen seine Worte nüchtern. Er ist ein Profi. Der 53 Jahre alte Wesche hat schon viele Kündigungswellen miterlebt: Grundig, Adtranz, Siemens, wie im Schlaf betet er eine lange Liste von Namen herunter. Seit rund zehn Jahren gibt es die Beschäftigungsgesellschaft, 10 000 Entlassene haben Wesche und seine Kollegen seitdem betreut. Die Arbeit hat tiefe Falten auf seiner Stirn hinterlassen. Ein Jahr lang hat er nun versucht, die AEGler fitzumachen für den Arbeitsmarkt, mit Computertrainings, Bewerbungstipps und Deutschkursen.

Einer von ihnen ist Mahmut Bayrak, 57 Jahre alt. 22 Jahre arbeitete er für AEG, zuletzt in der Montage von Geschirrspülmaschinen. Seit 1977 lebt der gebürtige Türke in Deutschland, trotzdem ist sein Deutsch kaum zu verstehen. Zwei Deutschkurse hat er schon in der Beschäftigungsgesellschaft absolviert, einen weiteren will er von April an in der Arbeitsagentur machen. Dorthin wird er dann "übertreten", wie es im Behördendeutsch heißt. Bayrak nimmt an vielen Kursen teil, nicht nur in Deutsch. Auch in einer Theatergruppe macht der Mann mit dem schneeweißen Haar und der großen Brille mit. Das Nürnberger Staatstheater interessiert sich für die Geschichten der Mitarbeiter; "Arbeits Ende Gestern" heißt das Theaterprojekt in Anspielung auf den Firmennamen. Hoffnungen auf eine neue Stelle macht sich Bayrak keine. "Ich glaube nicht, dass ich etwas Neues finde." Die Zeit zwischen Arbeitslosengeld und Rente will er mit seiner Abfindung überbrücken, 82 000 Euro brutto, 54 000 Euro netto.

Es gibt Sätze, die wiederholen sich, gleichgültig mit welchem früheren AEG-Mitarbeiter man spricht. "Wir haben gedacht, wir bleiben bis zur Rente dort" ist so einer. Das Leben hatte eine Struktur, die Zukunft schien planbar und sicher bis zu jenem Tag im Dezember 2005, als Electrolux das Aus für das Werk bekanntgab, woraufhin die Beschäftigten in einen mehr als fünfwöchigen Streik traten. Das Werk wurde in dieser Zeit zu einer Pilgerstätte für Gewerkschafter und Politiker, die gegen den Raubtierkapitalismus und die Globalisierung wetterten. Es gab heiße Suppe und einen Blitzbesuch des damaligen Vizekanzlers Franz Müntefering, auch Oskar Lafontaine schaute vorbei. Die Schließung konnte keiner verhindern. Insgesamt 230 Millionen Euro kostete Electrolux die Verlagerung, darin sind auch 23,5 Millionen Euro für die Qualifizierungsmaßnahmen in der Beschäftigungsgesellschaft enthalten.

Etwa die Hälfte der Mitarbeiter hat bislang eine neue Stelle gefunden, sagt Wesche, während er in seinen Akten nach Tabellen und Tortendiagrammen kramt, die das Schicksal der Belegschaft in Zahlen fassen. "Hier, 43,9 Prozent", sagt er und zeigt auf eine Grafik. Er ist zufrieden. "Ich hatte nur mit einem Drittel gerechnet." Wenn Wesche von seinen Erfolgen spricht, gerät der stoische Mann regelrecht ins Erzählen. Ein ehemaliger Mitarbeiter sei inzwischen Produktionsleiter eines Mittelständlers und habe mehr als 30 alte Kollegen nachgeholt.

Auch Gerhard Nemmer zählt zu den Erfolgsgeschichten. Der 37 Jahre alte Industriemechaniker gehörte zu den wenigen AEG-Mitarbeitern mit einer abgeschlossenen Ausbildung, er hatte keine Schwierigkeiten, etwas Neues zu finden. Seit rund einem Jahr arbeitet er in einer mittelständischen Maschinenfabrik, für 1500 Euro netto. Gleichzeitig bildet er sich zum Industriemeister weiter. Nemmer will noch etwas erreichen, will ins mittlere Management. "Das ist die letzte große

hirntechnische Herausforderung in meinem Leben", sagt er sarkastisch und lacht.

Nemmer lacht ohnehin viel, aber glücklich hört er sich nicht an. Auf die Frage, ob er zufrieden ist, antwortet er: "Leben ist Veränderung", mehr nicht. Die Fortbildung hätte er bei AEG wahrscheinlich nicht gemacht. "Trotzdem wäre ich lieber dortgeblieben." Das Kapitel AEG ist für Nemmer noch nicht abgeschlossen. "Es wird Jahre dauern, bis ich darüber hinweg bin. Das ist, wie wenn eine langjährige Beziehung in die Brüche geht." Seine Beziehung zu AEG dauerte 16 Jahre.

Am anderen Ende von Nürnberg, weit weg vom AEG-Werk und von den Erinnerungen an alte Zeiten, arbeitet Ioannis Postoltsikis. Der ehemalige Gabelstaplerfahrer hat sich mit der Sportgaststätte "Zabo Eintracht" selbständig gemacht. Es ist Mittagszeit, trotzdem sind die meisten Plätze in dem Gastraum leer. Neben den Holzbänken welkt ein Ficus, an der Wand hängt ein Fernseher, es läuft Fußball. Im Januar hat Postoltsikis die Gaststätte übernommen. "Es dauert, bis sich herumspricht, dass hier jemand Neues drin ist", entschuldigt sich der Grieche. Die Alternative sei Zeitarbeit gewesen. "Aber da hätte ich nur 900 Euro brutto verdient." Derzeit kommt er dank des Gründungszuschusses von der Arbeitsagentur auf rund 1400 Euro monatlich.

Bis Ende September läuft die Förderung, bis dahin muss sich zeigen, ob Postoltsikis genügend Stammgäste findet. Lieber würde er in einer Fabrik arbeiten, mit Wochenenden, Feier- und Urlaubstagen und ohne Zwölf-Stunden-Schichten hinter der Theke. "Wenn wir keine Wohnung hier gekauft hätten, wären meine Frau und ich nach Griechenland zurückgegangen", sagt er. Auch er denkt noch oft an seinen früheren Arbeitgeber zurück. "Als ich im Januar das mit Nokia gehört habe, kamen alle Bilder wieder hoch."

AEG verlagerte die Produktion nach Polen und Italien, Nokia nach Rumänien. Ist Fertigung hierzulande nicht mehr bezahlbar? Der ehemalige AEG-Personalchef Josef Klebl lässt sich lange Zeit mit einer Antwort. Es gebe sicherlich diesen Trend, sagt er schließlich. Zu groß sei der Kostendruck, zu klein die Gewinnspannen. "Mit jeder Waschmaschine, die in Nürnberg produziert und in Deutschland verkauft wurde, verlor das Unternehmen 60 Euro." Etwas anders sehe es mit hochwertigen Küchengeräten aus. In Rothenburg produziert Electrolux Einbauherde, die ausschließlich über den Fachhandel verkauft werden. "Da sind die Margen attraktiver."

Heute ist Klebl Geschäftsführer von Electrolux Deutschland. Rund 800 Mitarbeiter arbeiten noch für ihn, all jene, die nicht im Werk beschäftigt waren, sondern im Marketing, Vertrieb oder Kundendienst. Verkauft und repariert werden AEG-Geräte schließlich weiterhin. Mit den 800 Mitarbeitern plant Klebl langfristig, erst kürzlich habe das Unternehmen eine entsprechend große Fläche auf dem alten AEG-Gelände für zehn Jahre gemietet, betont er.

Das Areal gehört Electrolux nicht mehr, Besitzer der 160 000 Quadratmeter großen Fläche ist inzwischen der Berliner Immobilieninvestor MIB, der es zu einer Art Gewerbepark umbauen will. Wesche freut sich über jedes Unternehmen, das sich dort ansiedeln will, schließlich könnte es ja ehemalige AEGler einstellen. Der Name wirke auch heute noch, zu alten AEG-Konditionen würden jedoch die wenigsten weiterbeschäftigt. "Die meisten müssen erst mal mit 15 bis 20 Prozent weniger Lohn auskommen."

So wie Angela Arne. Sie arbeitet jetzt über ein Leiharbeitsunternehmen für Continental, für 15 Prozent weniger Gehalt. 1995 kam Arne aus Kasachstan nach Deutschland und zu AEG. Die zierliche Frau redet schnell, fast im Stakkato-Stil, sie zählte mit zu den Ersten, die gehen mussten, das war im Sommer 2006. In ihrer Zeit in der Beschäftigungsgesellschaft ließ sich Arne zur Fertigungsmechanikerin ausbilden. Sie ist stolz darauf, als einzige Frau in ihrer Gruppe die Prüfung vor der Industrie- und Handelskammer bestanden zu haben - und zugleich enttäuscht, weil es nur zu Leiharbeit, nur zu einem befristeten Vertrag, nur zu weniger Gehalt gereicht hat. Bis Ende August läuft ihr Vertrag noch. Sie hofft, dass Continental sie dann übernimmt. Was sie in ihrem Leben beruflich noch erreichen will? "Wir haben gute Zeiten gehabt", sagt sie. "Bald kommt die Rente." Angela Arne ist 44 Jahre alt.

Bildunterschrift: Abschied vom liebgewonnenen Arbeitsplatz: Das AEG-Gelände in Nürnberg gehört jetzt einer Berliner Immobiliengesellschaft.

Foto Rainer Wohlfahrt

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.03.2008, Nr. 64, S. 16